

Koalitionsvertrag für Wiesbaden 2026-2031

CDU Wiesbaden

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Wiesbaden

FDP Wiesbaden

Volt Wiesbaden

Aus Verantwortung für Wiesbaden.

Vier Perspektiven. Ein Weg.

Wiesbaden, den 13.08.2026

Präambel

Wiesbaden steht vor großen Herausforderungen. Die angespannte finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt, der notwendige Modernisierungsschub in der Verwaltung, die Folgen des Klimawandels und die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts verlangen klare Prioritäten und verlässliche politische Entscheidungen. Mit diesem Koalitionsvertrag legen wir die Grundlage für eine stabile und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Jahren 2026 bis 2031.

Uns verbindet der Anspruch, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger konstruktiv und lösungsorientiert zusammenzuarbeiten. Wir wollen Wiesbaden zukunftsfähig und lebenswert für alle gestalten, die städtischen Finanzen stabilisieren und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere Stadt auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Vier Parteien bringen unterschiedliche politische Perspektiven und Schwerpunkte in diese Zusammenarbeit ein. Darin liegt die Chance, ein breites Spektrum der Stadtgesellschaft abzubilden und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Unser Ziel ist eine verlässliche Zusammenarbeit, die unterschiedliche Interessen fair ausgleicht, klare Entscheidungen ermöglicht und Verantwortung auch in schwierigen Zeiten gemeinsam trägt.

Grundlage unserer Zusammenarbeit ist das gemeinsame Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einer offenen, vielfältigen Stadtgesellschaft. Wir stellen uns jeder Form von Ausgrenzung und Diskriminierung entschieden entgegen. Antisemitismus, Rassismus jeglicher Art, Queerfeindlichkeit und Sexismus haben in Wiesbaden keinen Platz. Jüdisches Leben ist ein selbstverständlicher und unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadtgesellschaft. Wir wollen es schützen und stärken.

Die stark angespannte finanzielle Lage der Stadt verlangt nach pragmatischen Lösungen. Deshalb stellen wir alle Maßnahmen unter den Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit. Maßnahmen müssen wirksam, umsetzbar und finanzierbar sein; zugleich sollen sie sicher, sozial ausgewogen und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Finanzielle Verantwortung bedeutet für uns nicht, ökologische und soziale Standards aufzugeben. Klimaschutz, Klimaanpassung und sozialer Zusammenhalt müssen so gestaltet werden, dass sie dauerhaft wirksam, bezahlbar und gesellschaftlich tragfähig sind.

Die Koalition verpflichtet sich zu einer verantwortungsvollen, generationengerechten und auf dauerhaft genehmigungsfähige Haushalte ausgerichteten Finanzpolitik. Wir werden zuvorderst Ausgaben kritisch prüfen, Abläufe effizienter gestalten, durch Wirtschaftsansiedlung und ein zentrales Fördermittelmanagement neue Einnahmequellen erschließen. Zugleich werden wir Bund und Land weiter auffordern, kommunale Aufgaben angemessen zu finanzieren oder die Kommunen von

bestimmten, ihnen übertragenen Pflichten wieder zu befreien. Die im Vertrag vereinbarten Ziele bilden die politische Prioritätensetzung der Koalition; dabei ist die Gesamtbalance des Vertrages zu wahren; einzelne Politik- oder Aufgabenbereiche sollen nicht unverhältnismäßig belastet werden. Bei der Abwägung werden neben gesetzlichen Verpflichtungen insbesondere die Funktionsfähigkeit der kommunalen Infrastruktur, die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen sowie mögliche langfristige Folgekosten berücksichtigt.

Wiesbaden braucht eine Politik, die den Blick zugleich auf das Notwendige, das Machbare und das Zukünftige richtet: auf stabile Finanzen, eine moderne und funktionsfähige Verwaltung, starke wirtschaftliche und ökologische Grundlagen sowie eine Stadtentwicklung, die Wohnen, Gewerbe und Klimaschutz zusammendenkt. Wiesbaden soll sich dabei als verlässlicher, innovativer und verantwortungsvoll gestalteter Standort behaupten.

Ebenso wollen wir die Lebensqualität in unserer Stadt sichern und weiter steigern. Dazu gehören sichere und nachhaltige Mobilität, Sicherheit im öffentlichen Raum, bezahlbarer Wohnraum, lebendige Kultur, attraktiver Sport, ein starkes Ehrenamt und ein Alltag, in dem sich die Menschen auf ihre Stadt verlassen können. Wiesbaden soll offen und verlässlich bleiben – eine Stadt, die funktioniert und zugleich ihre Vielfalt als Stärke begreift.

Im Mittelpunkt unseres Handelns stehen die Menschen. Gute Bildung von Anfang an, eine verlässliche Gesundheits- und Pflegeversorgung, Schutz und Gleichstellung sowie echte Teilhabe für alle sind Ausdruck unseres Anspruchs, Wiesbaden als Stadt für alle zu gestalten. Dabei leitet uns die Überzeugung, dass Zusammenhalt dort wächst, wo Chancen geschaffen, Unterschiede respektiert und Verantwortung füreinander übernommen wird.

Aus diesen gemeinsamen Zielen erwächst unser politischer Auftrag für die kommenden Jahre: mit unterschiedlichen Perspektiven, aber einem klaren gemeinsamen Weg.

Aus Verantwortung für Wiesbaden. Vier Perspektiven. Ein Weg.

Inhalt

1. Wiesbaden zukunftsfähig aufstellen	1
1.1 Finanzielle Handlungsfähigkeit sichern	1
1.2 Wiesbadens Verwaltung digitalisieren und modernisieren	10
1.3 Wirtschafts- und Innovationsstandort stärken und für Fachkräfte attraktiv machen	16
1.4 Flächen klug nutzen: Stadtentwicklung für Wohnen, Gewerbe und Ökologie gemeinsam denken	25
1.5 Klima schützen und die Energieversorgung zukunftsfähig gestalten	31
1.6 Wiesbadens Lebensgrundlagen schützen: Umwelt- und Naturschutz stärken	34
2. Wiesbaden lebenswert machen und halten	39
2.1 Leistungsfähige, sichere und nachhaltige Mobilität für alle schaffen	39
2.2 Sicherheit gewährleisten und stärken	55
2.3 Wohnraum für alle – bezahlbar, ökologisch und sozial	62
2.4 Kultur in Wiesbaden und Städtepartnerschaften stärken	65
2.5 Sport und Ehrenamt als Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts fördern	72
3. Wiesbaden als Stadt für alle gestalten	76
3.1 Beste Voraussetzungen für Bildung schaffen in Kita und Schule	76
3.2 Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Pflegebereich absichern	88
3.3 Wiesbaden als Zuhause für alle Lebensphasen	93
3.4 Gleichstellung sowie Sicherheit von Frauen und Mädchen fördern	101
3.5 Beratung, Teilhabe und Schutz für LSBT*IQ-Personen stärken	108
3.6 Vielfalt als Stärke nutzen und Integration erleichtern	110
4. Politische Zusammenarbeit	113

1. Wiesbaden zukunftsfähig aufstellen

1.1 Finanzielle Handlungsfähigkeit sichern

Wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung ist die finanzielle Handlungsfähigkeit durch einen genehmigungsfähigen Haushalt. Die aktuelle finanzielle Lage Wiesbadens stellt uns und die Stadtgesellschaft dabei vor große Herausforderungen. Zur Sanierung der städtischen Finanzen setzen wir auf konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik sowie weitere Maßnahmen zur Effizienzsteigerung.

Alle Vorhaben dieses Koalitionsvertrages, die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben, stehen unter dem Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit.

Ein Haushaltssicherungskonzept (d. h. Verlust der Finanzhoheit der Kommune) wollen wir abwenden, um Investitionsspielräume, Handlungsfähigkeit und freiwillige Leistungen im Rahmen einer sozial gerechten und kulturell vielfältigen Stadtpolitik für die Zukunft zu erhalten.

Solide Haushaltspolitik benötigt eine realistische Planung von Erträgen und Ausgaben. Auch die Folgewirkungen von Ausgaben für kommende Jahre brauchen eine stärkere Berücksichtigung. Ein Heranziehen von Rücklagen für die Finanzierung konsumtiver Zwecke lehnen wir ab, um strukturelle Defizite zu verhindern. Im Haushaltsvollzug werden wir auf die Einhaltung der Haushaltspläne achten und, falls notwendig, Gegenmaßnahmen einleiten, um Defizite zu verhindern. Investitionen in die Infrastruktur wollen wir gezielt dort einsetzen, wo ein Nicht-Handeln höhere Folgekosten verursachen würde.

Klar ist aber auch: Wir können einen nachhaltigen und zukunftsfähigen Haushalt nur dann erreichen, wenn Bund und Land eine angemessene Finanzierung der kommunalen Aufgaben sicherstellen. Wir werden gegenüber allen höheren Ebenen daher Konnexität und eine gerechte Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen einfordern – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um Steuerreformen. Gleichzeitig braucht es eine echte Aufgabenkritik seitens Land und Bund – also weniger zugewiesene Aufgaben und weniger Vorgaben und Bürokratie, um den kommunalen Aufwand spürbar zu senken.

Wir wollen prüfen, ob den Ortsbeiräten nach § 82 Abs. 4 HGO im Sinne der Demokratieförderung und des Bürokratieabbaus mehr Verantwortung, größere finanzielle Spielräume und eine vereinfachte Zusammenarbeit mit dem Magistrat ermöglicht werden können.

Wir prüfen zudem die Vergabe von Namensrechten (z. B. an Sportstätten), um neue Einnahmen für den Breiten- und Spitzensport zu generieren.

Wir wollen eine öffentlich zugängliche Datenbank schaffen, aus der hervorgeht, welche Institutionen Zuschüsse und Sponsoring aus den städtischen Finanzen (Haushalt und städtische Beteiligungen) erhalten.

Zero-Based-Budgeting und zukünftige Haushaltsaufstellungen

Um die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu stemmen, müssen erhebliche Einsparungsanstrengungen im Ergebnishaushalt erbracht werden. Ein zentraler Baustein hierfür ist eine transparente und realistische Haushaltsplanung. Wir werden deswegen gemeinsam mit der Verwaltung ab dem Haushalt 2027 das Prinzip Zero-Based-Budgeting verankern und die Haushaltsplanung auf Nullbasis Schritt für Schritt auf alle Fachbereiche anwenden. Wir streben innerhalb von drei Haushalten in gleichmäßigen Schritten die vollständige Umsetzung an.

Der Haushalt für das Jahr 2027 soll als einjähriger Haushalt geplant werden. Ab dem Jahr 2028 sollen wieder Doppelhaushalte aufgestellt, beraten und beschlossen werden.

Nach Implementierung des Zero-Based-Budgeting wollen wir ein Pilotprojekt „Gender Budgeting“ aufsetzen.

Fördermanagement

Wir werden das Fördermanagement der Verwaltung strategisch weiterentwickeln. Ziel ist es, Förderprogramme von Bund, Land und Europäischer Union frühzeitig zu identifizieren, Förderpotenziale konsequent auszuschöpfen und die Fachbereiche bei Antragstellung, Projektumsetzung und Nachweisführung professionell zu unterstützen. Hierzu schaffen wir transparente Prozesse und ein regelmäßiges Fördermittelmonitoring, und stärken die zentrale Stelle für Fördermittelmanagement. Dadurch erhöhen wir die Investitionskraft unserer Kommune und entlasten den städtischen Haushalt. Ziel unserer politischen Arbeit ist es, Beschlüsse rechtzeitig herbeizuführen, Antragsfristen zuverlässig einzuhalten und Fördermittel von Bund, Land sowie weiteren Fördermittelgebern auszuschöpfen.

Das zentrale Fördermittelmanagement soll zudem – soweit möglich – auch nicht-kommunalen Institutionen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, und gemeinnützigen Körperschaften informierend zur Verfügung stehen.

Steuern

Wir wollen die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer stabil halten. Insbesondere bei der Gewerbesteuer sehen wir sämtliche Potentiale zur Erhöhung der Hebesätze ausgereizt. Bei einer Erhöhung droht eine Abwanderung großer Gewerbesteuerzahler, die zu einem sinkenden Gewerbesteueraufkommen führen könnte. Stattdessen setzen wir auf eine vorausschauende Standortpolitik, die durch Bestandspflege und Neuansiedlungen das Gewerbesteueraufkommen nachhaltig stärkt.

Bei entsprechender Haushaltslage wird angestrebt, die Belastungen durch Grund- und Gewerbesteuer zu reduzieren.

Sämtliche Kommunalsteuern wollen wir auf ihren Haushaltsbeitrag überprüfen. Sofern das Steueraufkommen geringer oder nur unwesentlich höher ist als die Kosten der Erhebung, wollen wir in Abhängigkeit von der jeweils gewünschten Steuerungswirkung über eine Anpassung oder Abschaffung entscheiden.

Im Jahre 2021 wurde durch die Landesregierung die Möglichkeit für die Kommunen geschaffen, die Grundsteuer C wieder zu erheben. Wir werden eine entsprechende Einführung prüfen, um unbebaute, aber baureife Grundstücke höher zu besteuern als bebaute Grundstücke.

Gebührenhaushalte

Wir bekennen uns zum Grundsatz der Kostendeckung in den städtischen Gebührenhaushalten. Wir werden prüfen, für welche Gebühren Ausnahme- und Ermäßigungstatbestände sachlich gerechtfertigt sind.

Um wiederkehrende politische Debatten über notwendige Anpassungen zu vermeiden und Bürgern wie Leistungserbringern Planungssicherheit zu geben, werden wir die städtischen Gebühren künftig kontinuierlich an die tatsächliche Kostenentwicklung anpassen. Im Rahmen dieser Überprüfung ist im Einzelfall auch zu untersuchen, ob einzelne gebührenrelevante Leistungen ganz entfallen können, um Kostensteigerungen zu begrenzen (etwa das Bereitstellen der Abfallbehälter zur Abholung durch die Grundstückseigentümer selbst).

Innerstädtische Großprojekte

Bei der Entwicklung innerstädtischer Großprojekte streben wir vorrangig tragfähige privatwirtschaftliche oder partnerschaftliche Lösungen an. Ein begrenzter einmaliger Mitteleinsatz des Stadtkonzerns kann erfolgen, wenn dadurch nachweislich Leerstands-, Betriebs-, Sicherungs- oder sonstige Folgekosten vermieden, reduziert oder wirtschaftlich sinnvoll abgelöst werden.

Voraussetzung ist eine transparente Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, die Einbeziehung sämtlicher Investitions- und Folgekosten sowie ein tragfähiges Nutzungs- und Finanzierungskonzept. Dauerhafte strukturelle Zusatzbelastungen des städtischen Haushalts oder der städtischen Beteiligungen sollen nicht entstehen.

Zur Entlastung des städtischen Haushalts und einer zeitnahen Umsetzung von Projekten wollen wir private Investoren verstärkt einbinden. Einer Unterstützung durch private Förderungen und Initiativen stehen wir positiv gegenüber.

Planungsprozesse sollen so aufgestellt sein, dass redundante Planungen oder Planungsaufwendungen ohne gesicherte Erfolgsaussichten vermieden werden.

Wir werden Planungs- und Bauprozesse für öffentliche Gebäude konsequent vereinfachen und stärker auf Funktionalität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit ausrichten. Künftig sollen bewährte Standardlösungen, serielle Bauweisen und eine frühzeitige Priorisierung der wesentlichen Anforderungen stärker genutzt werden, um Planungszeiten zu verkürzen und Baukosten zu reduzieren. Dabei setzen wir auf klare Entscheidungsstrukturen, damit öffentliche Bauvorhaben bedarfsgerecht, qualitätsvoll und zugleich wirtschaftlich umgesetzt werden. Unser Ziel ist es, mit den verfügbaren Mitteln mehr öffentliche Gebäude zu realisieren.

Palast-Hotel

Wir präferieren einen Verkauf vor einer Vergabe in Erbpacht. In jedem Fall wird eine Auflage in den Vertrag aufgenommen, dass es zu einem Heimfall kommt, sofern das Objekt nicht zügig entwickelt wird. Hinsichtlich des genauen Nutzungszwecks soll es keine konkrete Vorgabe geben.

Sportarena

Die Liegenschaft der ehemaligen Sportarena soll deutlich aufgewertet werden. Hierzu werden wir alle Optionen prüfen. Die zukünftig vorgesehene, vorzugsweise gemischte Nutzung (Wohnen, Gewerbe, Kultur) muss sich insgesamt wirtschaftlich selbst tragen. Über einen möglichen Investitionszuschuss werden wir nach Vorlage eines tragfähigen Konzeptes entscheiden.

City-Passage/Mauritius-Höfe

Wir werden gemeinsam mit dem Investor auf zeitnahe Fortschritte beim Umbau der Mauritius-Höfe hinarbeiten. Falls eine Neubewertung des städtebaulichen Ziels hierbei hilfreich sein kann, stehen wir dem offen gegenüber.

Walhalla

Für den Kulturort Walhalla trägt die Stadt eine besondere Verantwortung, der sie gerecht werden muss. Wir streben eine diesem historischen Bauensemble entsprechende kulturelle Nutzung an. Eine Sanierung der Walhalla wird jedoch ohne umfangreiche Fördermittel von Land, Bund und EU nicht darstellbar sein. Wir werden uns daher intensiv um entsprechende Fördermittel oder alternative Finanzierungsmöglichkeiten bemühen. Sollte die Umsetzung trotzdem nicht finanzierbar sein, werden wir alle Optionen prüfen (beispielsweise Umnutzung, Verpachtung, Verkauf).

Sportpark Rheinhöhe

Der Sportpark Rheinhöhe wird gemäß den Planungen realisiert.

Rathaus

Das Rathaus soll schrittweise und im laufenden Betrieb modernisiert werden. Die bisherigen Planungen zur Sanierung des Rathauses (Überdachung des Innenhofs etc.) werden in diesem Umfang nicht fortgeführt.

Umgang mit dem Sondervermögen Infrastruktur

Die für Wiesbaden vorgesehenen Mittel aus dem sogenannten „Sondervermögen Infrastruktur“ des Bundes sollen grundsätzlich in Maßnahmen investiert werden, die spürbar bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Darunter fallen überfällige Instandhaltungen der Infrastruktur zum Abbau des Sanierungsstaus. Dabei wollen wir von den Ortsbeiräten vorgeschlagene Maßnahmen in den Stadtteilen besonders würdigen.

Beteiligungen

Die städtischen Beteiligungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge, gleichzeitig stellen auch sie sich im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einer Ausgaben- und Aufgabenkritik. Wir bilden eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die die städtischen Beteiligungen, ihre Anzahl, den Beteiligungskodex sowie das jeweilige Aufgabenspektrum der Gesellschaften überprüft und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet. Ergebnisse sollen bis spätestens Sommer 2027 vorliegen.

Die Fehlbeträge bei defizitären Beteiligungen und Eigenbetrieben sollen nicht weiter über die prognostizierten Defizite steigen, Einsparungspotentiale sind konsequent zu nutzen.

EGW

Die Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (EGW) soll als koordinierende Stelle für Akteure und Angebote des Gesundheitswesens in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt wirken und eine innovative Impulsgeberin sein.

ELW

Die Einrichtung des großen Eigenbetriebs (ELW + Grünflächenamt) unterstützen wir und erwarten hieraus eine Effizienzsteigerung.

ESWE Verkehr

ESWE Verkehr wurde mit der Fokussierung auf das Kerngeschäft (Busbetrieb) in den letzten Jahren deutlich stabilisiert. Den Weg der Stabilisierung wollen wir fortsetzen. Wir stärken die Eigenverantwortung von ESWE Verkehr und übertragen entsprechende Entscheidungen wieder in die operative Zuständigkeit des Unternehmens.

Eine weitere Herausforderung ist die Schaffung eines neuen Betriebshofes. Hier ist eine vollständige Verlagerung auf einen neuen Standort zu prüfen, um die wertigen Flächen sinnvoller zu nutzen. Mögliche Einnahmen könnten zur Gegenfinanzierung des neuen Ominibusbetriebshofes herangezogen werden.

Der städtische Zuschuss für ESWE Verkehr soll so gehalten werden, dass es nicht mehr zu Streichungen bzw. Ausdünnungen im Busverkehr kommt.

ESWE Versorgung & KMW

ESWE Versorgung und die KMW liefern essentielle Beiträge für die Versorgungssicherheit der Landeshauptstadt Wiesbaden und sind die großen Stellschrauben für die Energie- und Wärmewende. Darüber hinaus entlasten die Ausschüttungen der beiden AGs den städtischen Haushalt. Da beide AGs mehrheitlich im Besitz von Kommunen sind, sind die demokratischen Gremien der Kommunen über relevante Planungsvorhaben zu informieren.

GWW & GeWeGe

GWW/GeWeGe bleiben das Rückgrat für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für alle in Wiesbaden. Es bleibt für uns wichtig, dass die Kapitalausstattung beider Gesellschaften das ambitionierte Neubau- und Sanierungsprogramm unterstützt. Dies wollen wir vor allem über Thesaurierungen und (soweit möglich) nicht über Eigenkapitalzuschüsse aus dem städtischen Haushalt sicherstellen.

mattiaqua

Angesichts der durch die Inbetriebnahme des Sportparks Rheinhöhe deutlich steigenden Defizite von mattiaqua in den kommenden Jahren müssen die Kostendeckungsgrade der Bäder und Einrichtungen erhöht werden. Der Neubau des Hallenbads Kostheims soll umgesetzt werden.

SEG & WiBau

Die WiBau als städtische Baugesellschaft, insbesondere für den Schulbau im Mietmodell tätig, soll zukünftig eine Weiterentwicklung zu kostenbewusstem Planen und Bauen vollziehen.

Dabei sind von beauftragenden Ämtern vorgegebene Raum- und Baukonzepte kritisch aus Kostengründen zu bewerten, und bei der Ausschreibung von Planungsleistungen ist auf ein kosteneffizientes Bauen zu achten.

Die SEG, die in der Vergangenheit für eine Vielzahl unterschiedlichster Projekte eingesetzt wurde, soll sich zukünftig auf ihren Schwerpunkt, die städtebauliche Entwicklung, fokussieren. Hierbei ist in den Projekten ein kurz- und mittelfristiger Zeitrahmen von zwei bis fünf Jahren zu beachten, in denen städtebauliche Entwicklungen zügig, ohne größere Leerstände und unter Beachtung hoher, auch finanzieller Effizienz umzusetzen sind.

SEG und WiBau werden zukünftig besser mit der Stadtplanung vernetzt. Wir werden beide Beteiligungen einer Aufgabenkritik unterziehen und dabei auch den Ist-Bestand der Immobilien prüfen. Für alle Vorhaben dieser Beteiligungen braucht es

neben der gezielten Planung auch die notwendige Finanzausstattung; ein unwirtschaftliches Arbeiten der Beteiligungen ist für die Landeshauptstadt Wiesbaden nicht finanzierbar. Grundbedingung für die Bereitstellung der notwendigen Finanzausstattung durch die politisch Verantwortlichen ist die Vorlage einer gezielten und überzeugenden Planung.

TriWiCon & WICM

Auch die TriWiCon/WICM müssen im Zuge der städtischen Gesamtkonsolidierung ihren Beitrag über Mehrerträge oder Einsparungen leisten. Unabhängig davon werden wir die Generalsanierung des Kurhauses beginnen. Das Wiesbadener Kurhaus ist nicht nur Wahrzeichen unserer Stadt, sondern auch Austragungsort vieler Veranstaltungen, die für unsere Stadtgesellschaft von besonderer Bedeutung sind. Ohne einen Fortbestand des Kurhauses wären auch die Einnahmen aus der Spielbank nicht mehr in dieser Höhe gesichert.

Wivertis

Wir wollen gemeinsam mit der Wivertis überprüfen, wo sich steuerliche und inhaltliche Effizienzen in der Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Wiesbaden heben lassen. Schwerpunkte liegen dabei auf dem Aufgabenprofil, der zuverlässigen Leistungserbringung bei steigenden Anforderungen und Effizienzsteigerung durch Skalierungseffekte.

Als ersten Schritt erweitern wir die laufende Prüfung zur Verringerung der Steuerlast für die Landeshauptstadt Wiesbaden um die Prüfung der Überführung in die WVV. Eine Integration in die Stadtverwaltung wird dabei ausgeschlossen.

WJW

Wir bekennen uns zur Wiesbadener Jugendwerkstatt WJW mit der Domäne Mechtildshausen als festem Bestandteil. Die WJW hat in den vergangenen Jahren viele Optimierungsbemühungen unternommen, um die Erträge zu erhöhen und die Verluste zu minimieren. Dennoch hängt das Fortbestehen der Gesellschaft vom Zuschuss der Landeshauptstadt Wiesbaden ab. Wir prüfen daher, wie wir die qualitativen Angebote der WJW weiterhin erhalten können. Hierfür werden wir auch strukturelle Maßnahmen prüfen (z. B. Haustarif), um die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Ausgliederungen

Wir werden prüfen, ob die Auslagerung diverser Geschäftsbereiche in Eigenbetriebe Abläufe straffen und Kosten reduzieren kann. Hierunter fallen z. B. die Sportstättenverwaltung analog zur Bäderverwaltung bei mattiaqua sowie die Auslagerung der Liegenschaftsverwaltung oder der Wirtschaftsförderung.

Governance

Wir werden nach vorne gerichtet die Geschäftsführungs-, Aufsichts- und Kontrollstrukturen der Wiesbadener Gesellschaften auf weitere Effizienzpotenziale hin überprüfen. Den Wiesbadener Beteiligungskodex und das Beteiligungshandbuch werden wir auf Grundlage des aktuellen Deutschen Public Corporate Governance-Musterkodex und der gesammelten Erfahrungen der letzten Jahre überarbeiten und aktualisieren.

Dabei sollen folgende Punkte besonders berücksichtigt werden:

- Es besteht künftig eine umfassende Auskunftspflicht der Beteiligungen gegenüber dem für Beteiligungen zuständigen Ausschuss.
- Sponsoring-Aktivitäten sollen städtische Gesellschaften nur ausnahmsweise entfalten. Alle Sponsoring-Aktivitäten sind von den Gesellschaften zu veröffentlichen.
- Die Anzahl der Aufsichtsratsmandate pro Person wird grundsätzlich begrenzt.
- Die Einbindung externer Expertise in die Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften durch die Berufung unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder, wie sie bereits im Kodex vorgesehen ist, soll der Normalfall sein.
- Die Neubestellung von Geschäftsführungen soll in der Regel von externen Personaldienstleistern begleitet werden.
- Die Kontrollfunktion der Aufsichtsräte soll gestärkt werden. Den Aufsichtsratsmitgliedern sollen die notwendigen Instrumente zur wirksamen Wahrnehmung ihrer Pflichten zur Verfügung gestellt werden; zugleich sollen sie stärker in die Pflicht genommen werden, ihre Kontrollfunktion aktiv und gewissenhaft auszuüben.

Beteiligungsverwaltung

Die Steuerung der städtischen Beteiligungen durch Stadtverwaltung und Magistrat wollen wir verbessern. Dazu überprüfen wir die Strukturen der Beteiligungsverwaltung in der Kernverwaltung und der WVV, entwickeln eine Gesamtstrategie für den Konzern Stadt und bringen eine neue Revisionsordnung für die städtischen Gesellschaften auf den Weg.

Personalsteuerung

Wir installieren ein neues Personalsteuerungskonzept und werden die Verwaltungstransformation vorantreiben. Die Verwaltungstransformation berücksichtigt strategische Vorgaben einer mittelfristigen Personaldimensionierung, sichert die Anforderungen der Aufsichtsbehörde an den Stellenplan und dient der Planungssicherheit einer zeitgemäßen Personalausstattung. Dabei müssen tarifvertragliche Regelungen ausgeschöpft und die Maßnahmen zur Mitarbeitendenbindung gestärkt werden.

Wir bilden hierzu eine Task Force Verwaltungstransformation. Die Task Force, zu der auch Politik sowie externe Experten gehören sollen, soll Konzepte und Zeitpläne für diesen Veränderungsprozess erstellen und festlegen. Darüber hinaus sollen Vorschläge zur Überarbeitung städtischer Regeln erarbeitet werden. Dies beinhaltet beispielsweise Regelungen zur dezentralen Ressourcenverantwortung, Delegationskataloge oder Dienstanweisungen.

Wir nutzen die Verwaltungstransformation und den demographischen Wandel für eine umfassende Aufgaben- und Prozesskritik. Regelmäßige Personal- und Kennzahlenreports sind zu erarbeiten und dienen (auch bei Budgetfragen) als Entscheidungsgrundlage. Wir erwarten durch konsequente Digitalisierung und den Einsatz von KI erhebliche Effizienzsteigerungen. Bei jeder frei werdenden Stelle muss deswegen ernsthaft geprüft werden, ob diese nachbesetzt werden muss. Benchmarking mit anderen Städten hilft uns darüber hinaus, Kosten zu senken und Leistungen zu optimieren.

Aufgrund des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahren 40 % der Beschäftigten die Wiesbadener Stadtverwaltung altersbedingt verlassen. Wir werden einen Teil der freiwerdenden Stellen nicht nachbesetzen und den Personalstamm der Stadt und ihrer Eigenbetriebe so über die nächsten fünf Jahre um insgesamt 8 % abschmelzen lassen. Fach- und Aufgabenbereiche mit überdurchschnittlichem Digitalisierungs- bzw. KI-Potenzial sollen dabei stärker zur Zielerreichung beitragen als Bereiche, in denen entsprechende Möglichkeiten in geringerem Maße bestehen. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen.

Revisionsamt und Konzernrevision

Wir bauen Revisionsamt und Konzernrevision aus. Um die Effizienz der Revision zu erhöhen, prüfen wir, ob eine gemeinsame Ressourcennutzung von Revisionsamt und Konzernrevision Vorteile im Prüfungsgeschehen bringt. Für eine genauere Prüf- und Kontrollgrundlage der Konzernrevision werden wir die Revisionsordnung überarbeiten. Die Unterstützung durch externe Prüfungsgesellschaften bleibt für die Arbeit der Konzernrevision essenziell.

1.2 Wiesbadens Verwaltung digitalisieren und modernisieren

Wir wollen Wiesbaden von innen modernisieren. KI übernimmt Routineaufgaben, damit Mitarbeitende sich um das kümmern können, was wirklich Aufmerksamkeit braucht. Unser Ziel ist, dass alle Menschen in Wiesbaden gleichermaßen von den Chancen der Digitalisierung profitieren können. Dafür setzen wir auf barrierefreie, inklusive und leicht zugängliche digitale Angebote sowie auf analoge Alternativen, wo sie benötigt werden. Bürgernahe Dienstleistungen sollen dabei möglichst zentral, serviceorientiert und nutzerfreundlich organisiert werden. New Work schafft flexible Arbeitsplätze und gibt Flächen zur Abmietung frei. Wir führen messbare Leistungskennzahlen für die gesamte Stadtverwaltung ein, anhand derer wir die Leistungsfähigkeit der Verwaltung und den Erfolg unserer Anstrengungen messen können.

Unser Anspruch ist es, dass Wiesbaden in fünf Jahren bundesweit als Kommune wahrgenommen wird, die zeigt, wie eine innovative Verwaltung Menschen Zeit zurückgibt, Vertrauen stärkt und Demokratie im Alltag erlebbar macht.

Wir schaffen ein handlungsfähiges Dezernat für digitale Transformation: Die Steuerung der digitalen Transformation erfolgt in Zukunft aus einem Dezernat. Dafür stärken wir das Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung in seinen Aufgabenbereichen Organisation, Stellenplan, IT-Verfahren und IT-Infrastruktur, Digitalisierung, Projektmanagement, Prozessmanagement, Lern- und Wissensmanagement, Neue Arbeitsformen (New Work) und Transformation.

Ein Digitalisierungsbudget für stadtweite Querschnittsprojekte wird in angemessener Höhe beim Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung geschaffen. Das Dezernat für Smart City, Digitales und Europa berät und unterstützt die Fachämter hierbei und achtet auf die Umsetzung einheitlicher Standards.

Gute Ideen aus der Verwaltung fördern wir gezielt. Wir stärken die Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams und beteiligen uns aktiv an behördenübergreifenden Innovationsnetzwerken. Bestehende Lösungen anderer Behörden nutzen wir konsequent entsprechend des Einer-für-Alle-Prinzips (EfA) und stellen eigene Entwicklungen anderen Kommunen zur Verfügung. Neue Fachverfahren und Verwaltungsleistungen sollen auf offenen Standards und Schnittstellen basieren, um Interoperabilität und Innovationsfähigkeit langfristig sicherzustellen.

Den Weg zur Smart City gehen wir konsequent weiter. Wiesbaden gestaltet in seiner Rolle als Modellkommune die Staatsmodernisierung – unter anderem über die Deutschland-App – aktiv mit und bringt die Erkenntnisse in die Weiterentwicklung bundesweiter Standards ein.

Zur Teilung der Fixkosten kommunaler Leistungen wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften, auch in anderen Bundesländern, deutlich ausweiten.

Digitale Infrastruktur und IT-Sicherheit

Digitalisierung braucht sichere und verlässliche Grundlagen. Wir setzen Maßnahmen zur Stärkung der IT-Sicherheit konsequent um und bauen die digitale Resilienz der Stadtverwaltung weiter aus.

Die Verantwortlichkeiten für IT-Fachverfahren werden professionalisiert und einheitliche Standards für Betrieb, Sicherheit und Weiterentwicklung etabliert. Wo sinnvoll, setzen wir auf interkommunale Zusammenarbeit, um IT-Fachverfahren gemeinsam weiterzuentwickeln, Kosten zu senken und die Betriebssicherheit zu erhöhen.

Wir stehen für eine stabile und leistungsfähige kommunale IT-Struktur. Organisatorische Entscheidungen richten wir konsequent an den Zielen Wirtschaftlichkeit, IT-Sicherheit, Innovationsfähigkeit und verlässlicher Leistungserbringung aus. Die IT-Infrastruktur-Roadmap der Wivertis verfolgen wir weiter.

Der Einsatz von Open-Source-Software wird priorisiert, wo dies wirtschaftlich und sicherheitstechnisch sinnvoll ist. IT-Beschaffung und IT-Betrieb gestalten wir weiterhin nachhaltig, insbesondere durch den Einsatz erneuerbarer Energien in Rechenzentren.

Mitarbeitende werden durch regelmäßige Schulungen, professionellen Support und Sicherheitsaudits für IT-Sicherheit und digitale Souveränität qualifiziert. Die Vernetzung mit IT-Dienstleistern und Hochschulen stärken wir.

Den WLAN-Ausbau an öffentlichen Plätzen und Einrichtungen treiben wir bedarfsgerecht voran.

Verwaltungsorganisation und Personal

Eine leistungsfähige Verwaltung stärkt das Vertrauen in staatliches Handeln. Auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel reagieren wir mit effizienteren Strukturen und optimierten Arbeitsprozessen. Unser Ziel ist es, für Wiesbaden eine serviceorientierte Verwaltung zu entwickeln, die auch als moderne und attraktive Arbeitgeberin mit der Privatwirtschaft mithalten kann.

New Work, Homeoffice und mobiles Arbeiten werden zum Standard – überall dort, wo Aufgaben und Datenschutz es zulassen. Auch für Auszubildende schaffen wir mehr Möglichkeiten für flexibles Arbeiten. Eine Dienstvereinbarung zu neuen Arbeitsformen und Desksharing schafft den Rahmen für die stadtweite Einführung dieser modernen Arbeitsmodelle. Durch die Einführung von New Work ergeben sich auch neue Möglichkeiten im Management der Liegenschaften. Wir werden die städtischen Büroflächen daher bis 2031 signifikant reduzieren.

Die digitale Transformation erfordert ein neues Führungsverständnis: vernetztes Arbeiten, agile Methoden und die Fähigkeit, Veränderung aktiv zu gestalten. Wir investieren in die digitale Kompetenz unserer Mitarbeitenden – mit gezielten Schulungen, digitalen Trainingsformaten und Mentoringprogrammen für alle Ebenen. Die Einführung der E-Akte und durchgängig digitale Arbeitsprozesse sind dabei zentrale Bausteine. Nachwuchsförderung, klare Karrierewege und Chancengleichheit sichern langfristige Entwicklungsperspektiven.

Doppelstrukturen bauen wir ab, Kompetenzen bündeln wir. Wir bauen eine verwaltungsinterne Beratungseinheit auf, die Fachbereiche bei Veränderungsprozessen begleitet, Prozesse analysiert und gemeinsam mit Beschäftigten und Bürgerinnen und Bürgern Verbesserungen entwickelt. Das systematische Verbesserungswesen bauen wir weiter aus.

Für klar abgegrenzte Spezialvorhaben setzen wir gezielt externe Expertise ein, um wichtige Transformationsprojekte zu beschleunigen, ohne dauerhaft neue Stellen aufzubauen.

Die Gleichstellung von Frauen in der IT fördern wir gezielt, durch Qualifizierungsangebote, Netzwerke und gezielte Verbesserung der Chancengerechtigkeit.

Servicedesign und Bürgerservice

Verwaltungsleistungen gestalten wir einfach, barrierefrei, mehrsprachig und niedrigschwellig. Bürgernahe Dienstleistungen organisieren wir möglichst zentral, serviceorientiert und nutzerfreundlich, erreichbar über mehrere gleichwertige digitale und analoge Zugangswege, die niemanden ausschließen. Dabei prüfen wir die optimale Nutzung von bestehenden Verwaltungsstandorten und die Ausweitung von mobilen Angeboten.

Englisch wollen wir als zweite Servicesprache in der Verwaltung etablieren. Entsprechende Angebote wollen wir in ausgewählten Bereichen (z. B. der Wirtschaftsförderung) in der kommenden Wahlperiode starten und dann ausbauen.

Wiesbaden entwickeln wir schrittweise zu einer One-Stop-Shop-Verwaltung und bündeln Leistungen entlang von Lebenslagen statt entlang von Zuständigkeiten, etwa Geburt und Familie, Heirat, Umzug, Mobilität oder Selbstständigkeit. Wir wollen hierzu zwei Pilotprojekte zum One-Stop-Shop für ein familienfreundliches Wiesbaden und eine einfache Unternehmensgründung umsetzen. Die städtische Homepage [wiesbaden.de](https://www.wiesbaden.de) wird dafür kontinuierlich als die zentrale Informations- und Serviceplattform weiterentwickelt.

Langfristig erreichen wir, dass Verwaltungsleistungen die Menschen finden, nicht umgekehrt. Dort, wo es rechtlich und technisch möglich ist, erbringen wir Dienstleistungen antragslos. Die Stadt führt ein digitales Erinnerungsverfahren ein und informiert Bürger und Bürgerinnen rechtzeitig über ablaufende Ausweisdokumente, Führerscheine, Parkausweise und andere Fristen.

Wir möchten die Nutzungsquote der Onlinedienste steigern. Dafür setzen wir bis zur flächendeckenden Nutzung der BundID auf eine Multi-Identitätsstrategie und fördern die Verbreitung der BundID. Die persönliche Anwesenheitspflicht bei Verwaltungsleistungen prüfen wir kritisch. Für dringende Anliegen halten wir entsprechende Zugangswege vor.

Moderne Zahlungsmöglichkeiten, darunter Kreditkarten, digitale Bezahlverfahren und weitere zeitgemäße Alternativen bauen wir aus. Menschen, die Bargeld nutzen möchten, können dies niedrigschwellig über bestehende Strukturen weiterhin tun. Die Organisation der städtischen Zahlungsabwicklung entwickeln wir wirtschaftlich und bedarfsgerecht weiter.

Die E-Akte führen wir als verbindliche Grundlage für mobiles Arbeiten und durchgängig digitale Prozesse ein. Wiederverwendbare digitale Komponenten, etwa für E-Payment, Terminbuchung, Chatbots und Authentifizierung, nutzen wir entlang etablierter Standards nach. Doppelte Systeme bauen wir konsequent ab. Digitale Dienstleistungen bieten wir auch auf Englisch sowie bedarfsorientiert in weiteren Sprachen an.

Eine Video-Beratung führen wir ein und bauen sie aus, damit Bürgerinnen und Bürger Behördengänge ortsunabhängig direkt mit Verwaltungsmitarbeitenden erledigen können. Die Telefonzentrale entwickeln wir zur zentralen Serviceeinheit weiter und schließen Wiesbaden an den bundesweiten 115-Verbund ohne zusätzlichen Stellenaufbau an. Die 115 sehen wir als Weg zu einer KI-gestützten Lösung, welche die Funktion der 115 vollständig übernimmt. Entlastungspotenziale durch KI prüfen wir dabei konsequent auch dahingehend, dass einfach gelagerte Auskünfte 24/7 angefragt werden können.

Das WI-Box-Netzwerk bauen wir aus, sodass Urkunden, Dokumente und weitere Unterlagen unabhängig von Öffnungszeiten abgeholt und eingereicht werden können. Verwaltungsterminals in geeigneten Stadtteilen verbessern die Erreichbarkeit vor Ort. Anlaufstellen für digitale Unterstützung schaffen wir im Stadtgebiet für Menschen, die Hilfe bei der Nutzung digitaler Angebote benötigen; analoge Zugänge bleiben erhalten, ohne parallele Papierstrukturen zu verstetigen. Workshops und Schulungen zu digitalen Verwaltungsleistungen führen wir fort.

Verwaltungsleistungen sollen regelmäßig anhand einheitlicher Qualitätskriterien überprüft werden. Die Digitalisierung bisher analoger Verfahren treiben wir voran. Dabei priorisieren wir diejenigen Leistungen, die die Menschen am stärksten betreffen. Gemeinsam mit Land und Bund entwickeln wir rechtssichere Lösungen für digitale Beurkundungen.

Wir schaffen ein neues Stadtamt, das zentrale Verwaltungsbereiche in einer organisatorischen Einheit bündelt. Ziel ist es, Doppelstrukturen abzubauen, Kompetenzen zu bündeln und Verwaltungsleistungen stadtweit in vergleichbarer Qualität, mit einheitlichen Standards und über mehrere Zugangswege anzubieten. Die personelle Ausstattung des neuen Stadtamtes erfolgt dabei durch eine Umschichtung bestehender Stellen aus anderen Ämtern, um zusätzliche Stellenbedarfe zu vermeiden.

Künftig soll es keinen Unterschied mehr machen, wo Verwaltungsleistungen in Anspruch genommen werden. Angebote, Prozesse und digitale Zugangsmöglichkeiten werden harmonisiert und weiterentwickelt. Ziel ist es, bestehende Standorte besser auszulasten und Wege für Bürgerinnen und Bürger zu verkürzen. Wir orientieren uns dabei an erfolgreichen Beispielen aus anderen Städten sowie an den Empfehlungen der KGSt für einen modernen Service. Das neue Stadtamt entwickeln wir gemeinsam mit Beschäftigten sowie Bürgerinnen und Bürgern.

Wir schaffen ein Ausbildungsbürgeramt als Pilotprojekt, in dem Auszubildende unter fachlicher Begleitung eigenständig Verwaltungsleistungen anbieten. Dies stärkt die Attraktivität der Ausbildung, fördert Eigenverantwortung und schafft zusätzliche Kapazitäten.

Künstliche Intelligenz und Automatisierung

Den verantwortungsvollen Einsatz auch im Hinblick auf den Datenschutz und Datensouveränität von Künstlicher Intelligenz sehen wir als übergeordnetes Prinzip. Dies bedeutet, dass die Nutzung von KI nach ethischen Regeln erfolgt. Wir stellen sicher, dass Technologie den Menschen nützt, niemanden benachteiligt und transparent bleibt. Die Verantwortung für die Handlungen der KI liegt dabei immer beim Menschen. Abschließende und insbesondere personenbezogene und belastende Verwaltungsentscheidungen verbleiben grundsätzlich bei den Beschäftigten.

Wir setzen die bereits verabschiedete Datenstrategie konsequent um und führen fachbereichsübergreifend einheitliche Rollen und Standards für den Umgang mit Daten ein. Datenbestände vereinheitlichen wir, redundante Daten reduzieren wir und Datenstrukturen verbessern wir kontinuierlich. Damit schaffen wir die Grundlage für den Einsatz von Automatisierung bis hin zu Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Wir bauen die KI-Kompetenz der Beschäftigten durch kontinuierliche Schulungs- und Weiterbildungsangebote gezielt aus.

Künstliche Intelligenz und Automatisierung sollen Beschäftigte von Routineaufgaben entlasten und helfen, dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel zu begegnen. KI setzen wir insbesondere bei der Prüfung von Dokumenten, bei Recherchen, Übersetzungen, Wissensmanagement und der Erstellung von Entscheidungsempfehlungen ein. Robotergestützte Prozessautomatisierung nutzen wir dort, wo repetitive und regelbasierte Arbeitsschritte automatisiert werden können.

Wir etablieren einen verwaltungsinternen KI-Assistenten, der Beschäftigte bei Recherchen, bei der Suche nach Dienstanweisungen und bei der Erstellung und Prüfung von Dokumenten unterstützt. Für Bürgerinnen und Bürger entwickeln wir den Chatbot auf wiesbaden.de kontinuierlich weiter und stellen intelligente Assistenzsysteme bereit, die bei der digitalen Antragstellung unterstützen.

KI-Projekte priorisieren wir gezielt dort, wo der Nutzen am höchsten ist, beispielsweise bei Personalmangel oder Antragsüberlastung. Durch KI gewonnene Kapazitäten werden genutzt, um Vakanzen auszugleichen und die Verwaltung

zukunftsfähig aufzustellen. Unser Ziel ist es, durch den Einsatz von KI die städtische Verwaltung schlanker und effizienter aufzustellen.

Bürokratieabbau und Registermodernisierung

Wir überprüfen bestehende Prozesse regelmäßig auf Vereinfachungs- und Digitalisierungspotenziale. Verwaltungsleistungen vereinfachen, bündeln oder stellen wir dort ein, wo dies rechtlich möglich ist.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes treiben wir weiter entschlossen voran. Die Spielräume des Hessischen Bürokratieabbaugesetzes nutzen wir konsequent.

Menschen sollen ihre Daten der Verwaltung perspektivisch nur noch einmal mitteilen. Wir treiben die Registermodernisierung als essenzielle Grundlage für guten und schnellen Bürgerservice voran, unterstützen die Einführung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) und datensparsamer Verfahren und bilden mit vorhandenem Personal eine verwaltungsübergreifende Taskforce, die bestehende Register prüft, Datenqualität sichert und registerbasierte Verfahren einführt.

Smart City und Digitale Teilhabe

Wir streben eine Bündelung der bisherigen Angebote der Stadt und ihrer Gesellschaften in einer Wiesbaden-App an. Die Einführung der App soll stufenweise in Releases erfolgen und so erst die Funktionalität heutiger Apps und Angebote bündeln und in späteren Releases erweitern. Dies soll in einem späteren Release auch Kultur- und Freizeitangebote sowie Möglichkeiten zur Beteiligung am Stadtleben umfassen.

Als Pilotkommune der Deutschland-App des Bundes gestalten wir die Entwicklung einer nutzungsfreundlichen zentralen Zugangsmöglichkeit zur Verwaltung aktiv mit.

Die Verwaltung trifft Entscheidungen auf der Grundlage von Daten. Daten verarbeiten wir ämterübergreifend nach einheitlichen Standards im Rahmen der städtischen Datenstrategie. Den digitalen Zwilling bauen wir weiter aus. Offene, nicht-personenbezogene Daten machen wir nach dem Grundsatz „Public Money – Public Data“ zugänglich.

Das Zukunftswerk unterstützen wir als offenen Ort der Begegnung, der digitalen Teilhabe und der gemeinsamen Gestaltung. Wir streben einen Ausbau von Innovationsformaten und mobilen Formaten für digitale Teilhabe und Smart City weiter an, um Menschen aller Altersgruppen zu erreichen und Beteiligung dort zu ermöglichen, wo sie ihren Alltag verbringen. Gleichzeitig prüfen wir die Aufgaben des Zukunftswerks und achten darauf, Doppelstrukturen mit anderen Trägern und Institutionen zu vermeiden.

1.3 Wirtschafts- und Innovationsstandort stärken und für Fachkräfte attraktiv machen

Wir stärken den Wirtschaftsstandort durch ausreichend Gewerbeflächen, eine leistungsfähige Verkehrs- und Energieinfrastruktur und schnellere Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig schaffen wir die Voraussetzungen, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten – mit bezahlbarem Wohnraum, guter Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, einem attraktiven Kultur- und Freizeitangebot sowie einer hohen Lebens- und Umweltqualität.

Wir stärken die berufliche Bildung, verbessern den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf und entwickeln Wiesbaden als attraktiven Hochschul- und Forschungsstandort weiter, um Fachkräfte zu sichern.

Klimaneutralität, Ressourceneffizienz und faire Arbeit verstehen wir als Wettbewerbs- und Standortvorteile einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

Darüber hinaus werden wir nachfolgende Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts umsetzen.

Aktive Unternehmensansiedlung

Wir werben aktiv für Wiesbaden im In- und Ausland und wollen unsere verbleibenden Gewerbeflächen dazu nutzen, herausragende Unternehmen in unserer Stadt anzusiedeln, die gute Jobs und eine hohe Wertschöpfung in unsere Stadt bringen, aber auch bestehenden Unternehmen Expansionsmöglichkeiten bieten. Dazu möchten wir auch die internationale Platzierung Wiesbadens in europäischen und internationalen Netzwerken und Partnerschaften fortführen und stärken. Ein strategisches Standortmarketing soll die Stärken Wiesbadens sichtbar machen und die Ansiedlung neuer Unternehmen unterstützen.

Wir setzen uns für einen starken, vielfältigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Wiesbaden ein. Ein ausgewogener Branchenmix ist die Grundlage für wirtschaftliche Resilienz, Beschäftigung und Wertschöpfung. Deshalb wollen wir im Sinne des GeKo 2040 bestehende Industrie- und Gewerbebetriebe am Standort sichern, neue Unternehmen gezielt ansiedeln und die wirtschaftliche Vielfalt weiterentwickeln.

Besonderes Potenzial sehen wir in der Gesundheitswirtschaft und angrenzenden Zukunftsfeldern wie Health-Tech. Auf Grundlage des Masterplans Gesundheitswirtschaft und des S3-Hubs wollen wir diesen Schwerpunkt konsequent weiterentwickeln und in der Ansiedlungsstrategie verankern. Dabei nehmen wir ausdrücklich sowohl gewerbliche und privatwirtschaftliche Gründungen als auch gemeinwohlorientierte und wissenschaftsnahe Initiativen in den Blick. Wir werden die Vernetzung der Akteure ausbauen, Innovationen und Ausgründungen fördern und die Bausteine des Masterplans weiter umsetzen.

Wir bündeln die verfügbaren Standortdaten und entwickeln das Standortprofil regelmäßig weiter. Branchenentwicklungen, Flächenbedarfe, Fachkräftesituation und Infrastruktur sollen frühzeitig erkennbar werden. Auf dieser Grundlage können Wirtschaftsförderung, Stadtplanung und weitere zuständige Stellen Ansiedlungen und Erweiterungen zielgerichtet begleiten. Bestehende europäische und regionale Netzwerke nutzen wir verstärkt, um Wiesbaden als Standort für innovative und wertschöpfungsstarke Unternehmen sichtbar zu machen und Fördermöglichkeiten für Unternehmen und gemeinsame Projekte zu erschließen.

Innenstadt und Fußgängerzone

Wir arbeiten gemeinsam daran, unsere Innenstadt attraktiver zu gestalten. Dazu müssen die Menschen gerne in unsere Stadt kommen wollen. Wir streben deswegen einen vielfältigen Nutzungsmix aus Shopping, Dienstleistungen, Gastronomie sowie Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten an. Jede Besucherin und jeder Besucher soll sich in der Innenstadt wohlfühlen. Eine besondere Bedeutung hat dafür ein attraktiver öffentlicher Raum mit Begrünung, Sitzgelegenheiten, ausreichend Gastroflächen sowie Flaniermöglichkeiten. Deswegen werden wir die Klimaanpassungsmaßnahmen in der Stadt vorantreiben und das Sicherheitsgefühl stärken, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden.

Die Innenstadt soll über den gesamten Tagesverlauf bis in die Abendstunden attraktiv und belebt sein; mögliche Nutzungskonflikte werden dabei berücksichtigt.

Belebung der Innenstadt

Öffentliche Plätze wollen wir mit mehr Begrünung, Sitz- und Spielmöglichkeiten sowie einer wechselnden Bespielung weiterentwickeln.

Veranstaltungen mit regionaler und überregionaler Strahlkraft leisten einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Innenstadt sowie zur Attraktivität Wiesbadens als Einkaufs-, Kultur- und Erlebnisstandort und wir wollen sie weiter fördern.

Bei den anstehenden Neuausschreibungen für die Bespielung des Mauritiusplatzes setzen wir auf Kontinuität und Wandel. Das bisherige Konzept für die Winterzeit behalten wir bei und prüfen eine Verlängerung der Bespielungszeiten im Januar. Für den Sommer setzen wir auf ein modifiziertes Konzept. Einen Konsumzwang soll es auch weiterhin nicht geben.

Die Fußgängerzone der Innenstadt ist gerade für Jugendliche ein beliebter Freizeitort. Aber für sie fehlt ein Aufenthaltsort, der konsumfrei und gleichzeitig schützende Anlaufstelle ist. In einem Leerstand wollen wir deswegen als Pilot einen niedrigschwelligen Jugendtreffpunkt einrichten. Für den Fall der Verstetigung wollen wir bestehende Angebote bündeln und stärker in die Fußgängerzone verlagern.

Die Innenstadt endet für uns nicht am historischen Fünfeck. In die Entwicklung und Förderung sollen auch angrenzende Areale, wie etwa die Wellritzstraße, einbezogen werden.

Leerstände und Innenstadt-Marketing

Leerstände wollen wir durch ein aktives Leerstandsmanagement, zeitlich begrenzte Pop-up-Nutzungen und Kooperationen mit Kultur, Gründenden und lokalem Gewerbe schneller aktivieren. Gemeinsam mit Wirtschaftsförderung, WICM und Gewerbetreibenden entwickeln wir eine integrierte Marketingstrategie. Für strategisch bedeutsame Immobilien prüfen wir geeignete Instrumente, einschließlich einer räumlich begrenzten Vorkaufsrechtssatzung nach § 25 BauGB.

Citymanagement und Nachtleben

Wir stärken das bestehende Citymanagement als zentrale Koordinierungs- und Schnittstellenstruktur der Innenstadtentwicklung, auch im Hinblick auf den Dialog mit Immobilieneigentümern. Zudem entwickeln wir ein Konzept zur Stärkung der Abend- und Nachtökonomie, das insbesondere junge Zielgruppen anspricht und zugleich Sicherheit, Lärmschutz und die Interessen der Anwohnenden berücksichtigt. Dazu gehören die Umsetzung einer Nachtökonomie-Studie sowie die Einführung eines Nachtbürgermeisters zur Koordinierung und Weiterentwicklung des Nachtlebens.

Schwalbacher Straße

Der Umbau der Schwalbacher Straße wird fortgesetzt und der Boulevard auf der östlichen Seite umgesetzt, soweit die Finanzierbarkeit der Maßnahme gegeben ist. Eine leistungsfähige Verkehrsführung für alle Verkehrsträger ist sicherzustellen. Ziel ist ein funktionierender Verkehrsfluss, ein attraktiver Boulevard zur Stärkung von Einzelhandel und Gastronomie mit hoher Aufenthaltsqualität und eine sichere Führung für Fuß-, Rad-, Bus- und Autoverkehr. Dabei werden die Belange aller Verkehrsteilnehmenden ausgewogen berücksichtigt und die Verkehrsführung nach Fertigstellung anhand belastbarer Daten evaluiert und bei Bedarf angepasst. Nach dem Einbiegen von der Rheinstraße kommend ist eine Lösung mit jeweils zwei Pkw-Fahrspuren zu gewährleisten. Soweit in diesem Szenario die Leistungsfähigkeit des ÖPNV nicht ausreichend gegeben ist, werden wir alternative Lösungen durch ein unabhängiges Verkehrsgutachten prüfen lassen. Nach Fertigstellung des ersten Abschnitts zwischen Rheinstraße und Luisenstraße wird evaluiert, ob die Kapazität ausreichend ist oder ob weitere Anpassungen erforderlich sind. Der Bereich der Mauritiushöfe wird zunächst von der Umgestaltung ausgespart, um die Klärung der Zukunft des Projekts abzuwarten und ggf. Baustelleneinrichtungsfläche für Abbruch und Neubau zur Verfügung zu haben. Die neue barrierefreie Bushaltestelle Platz der Deutschen Einheit C (südlich der Mauritiushöfe) und die neue Fußgängerquerung zwischen Innenstadt und Westend (nördlich der Mauritiushöfe) können unabhängig davon gebaut werden.

Erreichbarkeit, ÖPNV und Parkraum

Zur Stärkung der Attraktivität und Erreichbarkeit der Innenstadt werden wir gemeinsam mit dem Einzelhandel kundenfreundliche ÖPNV- und Parkangebote weiterentwickeln, beispielsweise durch Vergünstigungen in Verbindung mit dem Besuch von kulturellen Einrichtungen oder Einkäufen im lokalen Handel. Darüber hinaus werden wir den kommunalen Einfluss auf die Parkraumbewirtschaftung weiter ausbauen.

Veranstaltungen und Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Wiesbaden. Deshalb werden wir die Tourismusstrategie gemeinsam mit der WICM weiterentwickeln, um nachhaltigen Tourismus weiter zu stärken und das Marketing für Kongresse und Freizeitreisen auszubauen. Die Destination Wiesbaden-Rheingau werden wir weiter ausbauen und die interkommunale Zusammenarbeit stärken.

Die produktive Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren wie der Hotellerie und Kulturinstitutionen im Partnernetzwerk Wiesbaden wollen wir fortführen und ausbauen.

Die touristische Vermarktung wollen wir stärker zielgruppenorientiert und ganzjährig ausrichten. Gemeinsam mit WICM, Hotellerie, Gastronomie, Kultur, Einzelhandel und den Partnern der Destination entwickeln wir buchbare und miteinander verknüpfte Angebote für Kongressgäste, Familien, junge Zielgruppen und Kulturreisende weiter. Informationen zu Anreise, Mobilität, Veranstaltungen und Angeboten sollen leicht zugänglich, mehrsprachig und möglichst barrierearm gebündelt werden.

Veranstaltungen mit besonderer wirtschaftlicher, touristischer oder gesellschaftlicher Bedeutung wollen wir auf Grundlage transparenter Kriterien und nachvollziehbarer Kosten-Nutzen-Abwägungen unterstützen. Dabei stärken wir die Zusammenarbeit mit privaten Partnern, Sponsoren und Veranstaltungsakteuren, um bedeutende Formate gemeinsam zu finanzieren und weiterzuentwickeln.

Wir prüfen in Absprache mit dem Einzelhandelsverband die Einführung eines anlassbezogenen vierten verkaufsoffenen Sonntags.

Wiesbaden bleibt für uns Stadt der Feste und Bälle. Wir wollen bestehende Feste erhalten, aber auch Feste und Bälle für Wiesbaden (wieder-)gewinnen.

Wir wollen die europäische Identität Wiesbadens stärken und prüfen, wie bestehende Veranstaltungen – insbesondere rund um den 9. Mai als Europatag – entsprechend weiterentwickelt werden können.

Die Nutzung der Einnahmen aus dem Kurbeitrag zur Förderung des Kurwesens und damit verbunden der Tourismusförderung sowie der Verbesserung der Attraktivität der Innenstadt werden wir transparenter gestalten.

Gründerförderung

Wir fördern weiterhin das Gründerzentrum im Alten Gericht und wollen ein noch attraktiverer Gründungsstandort werden, insbesondere für Ausgründungen aus unseren Hochschulen. Auch setzen wir uns für mehr bezahlbare und attraktive Flächen für Start-ups und kreative Unternehmen ein.

Wir werden das Wiesbadener Gründungsökosystem konsequent weiterentwickeln und die Wirtschaftsförderung als zentrale Anlaufstelle für Gründerinnen und Gründer sowie Unternehmen stärken. Ziel ist eine enge Vernetzung und eine verbesserte Kommunikation zwischen Stadt, Wirtschaft, Hochschulen, Business Angels und Gründungsszene. Dabei werden wir den gesamten Gründungsprozess, von der Erstberatung über die Wachstums- und Expansionsphase bis hin zur Finanzierung, in den Blick nehmen. Bestehende Maßnahmen und Förderangebote werden wir regelmäßig evaluieren und dort nachsteuern, wo ihre Wirksamkeit verbessert werden kann. Bewährte Instrumente wie das Gründerstipendium und den StartAward werden wir fortführen.

Bestehende Netzwerke und Orte wie der Heimathafen, Makerspaces und die WiTECH Alliance sollen besser miteinander verknüpft und für gemeinsame Projekte, Praxisarbeiten, Wettbewerbe und Erprobungsräume genutzt werden. So erleichtern wir Ausgründungen, bringen innovative Lösungen schneller in die Anwendung und eröffnen etablierten Unternehmen zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten.

Darüber hinaus wollen wir gemeinsam mit Kammern, Kreditinstituten und weiteren Partnern Abläufe mit dem Ziel optimieren, Gründungen innerhalb von 24 Stunden abzuschließen, wie dies beispielsweise in Bielefeld ermöglicht wird.

Den S3-Hub im Alten Gericht als zentralen Baustein des Gründungsökosystems und dessen Fokus auf Social Entrepreneurship und nachhaltige sowie wirkungsorientierte Gründungen werden wir weiterhin stärken. Darüber hinaus wollen wir auch Start-ups und Scale-ups in weiteren wirtschaftlich relevanten Bereichen, wie beispielsweise der Gesundheitswirtschaft, gezielt fördern. Dabei beziehen wir neben jungen Gründungen auch etablierte Unternehmen als wichtige Partner für soziale und nachhaltige Innovationen ein.

Unterstützung der lokalen Wirtschaft

Unsere Wirtschaftsförderung richtet sich gleichermaßen an etablierte Unternehmen und Gründungen, an große Unternehmen, den Mittelstand, kleine Gewerbebetriebe und Freiberufler. Sie soll sich als Dienstleister zu einer zentralen Anlaufstelle für alle unternehmerischen Anliegen weiterentwickeln und Beratung, Genehmigungswege und die Vermittlung zu zuständigen Stellen bündeln. Hierfür prüfen wir eine organisatorische Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung.

Verwaltungsprozesse überprüfen wir mit dem Ziel klarer Zuständigkeiten, kurzer Entscheidungswege und einer wirksamen Betreuung der Unternehmen.

Die städtische Vergabe richten wir mittelstands-, innovations- und gründungs-freundlich aus. Dabei nutzen wir vergaberechtliche Spielräume, bauen unnötige Hürden ab und berücksichtigen Nachhaltigkeit, Lebenszykluskosten und Tariftreue.

Den Industriebeirat stärken wir als dauerhaftes Dialoggremium und beziehen die Erkenntnisse der 2. Industriestudie in die Standortentwicklung ein. Den Austausch zwischen Stadt, IHK und Wirtschaft sowie der Unternehmen untereinander werden wir weiter stärken.

Neben dem Industriebeirat nutzen wir bestehende Formate für Handwerk, Mittelstand, Handel, Gastronomie, Kreativ- und Gesundheitswirtschaft. Rückmeldungen aus diesen Gesprächen sollen systematisch in die Verbesserung von Verwaltungsabläufen, Standortbedingungen und Förderangeboten einfließen.

Den Wiesbadener Industriestandort wollen wir weiter stärken und die Unternehmen in ihrem Transformationsprozess unterstützen. Wir unterstützen sie beim digitalen und ökologischen Wandel sowie bei der Steigerung ihrer Energie- und Ressourceneffizienz. Wiesbaden wollen wir zu einem Vorreiter der Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Zukunftstechnologien wie Wasserstoff wollen wir durch die Unterstützung von Pilotprojekten nutzbar machen.

Die beschlossene Handwerksagenda werden wir weiter umsetzen und weiterentwickeln. Wir wollen die städtische Bürokratie abbauen, das Unternehmenskonto für die Stadtverwaltung realisieren und prüfen, ob wir uns als mittelstandsfreundliche Kommune zertifizieren lassen können.

Gemeinsam mit Handwerk, Bauwirtschaft, Verbänden, Klimaschutzagentur und Bildungseinrichtungen initiieren wir ein Bündnis für grüne Gewerke, um die Chancen der ökologischen Transformation (z. B. aus der Wärmewende) für das lokale Handwerk nutzbar zu machen.

Zur Sicherung gewachsener Betriebe unterstützen wir gemeinsam mit Kammern und Wirtschaftspartnern auch die Unternehmensnachfolge. Beratungsangebote, erfahrene Unternehmerinnen und Unternehmer, potenzielle Nachfolgerinnen und Nachfolger sowie Finanzierungspartner sollen frühzeitig zusammengebracht werden. Dabei nutzen wir bestehende Strukturen und machen die vorhandenen Angebote sichtbarer.

Wiesbaden wollen wir als bedeutenden Dienstleistungs- und Behördenstandort sichern und weiter stärken. Die bestehenden Unternehmen der Banken-, Finanz- und Versicherungsbranche unterstützen wir dabei als wichtige Akteure. Wir setzen uns aktiv für die Ansiedlung weiterer Dienstleistungsunternehmen, nationaler und europäischer Institutionen ein.

Die Zusammenarbeit von Unternehmen mit den Hochschulen durch gemeinsame Projekte, Wissenstransfer, Wettbewerbe und praxisbezogene Abschlussarbeiten werden wir aktiv unterstützen. Ein Beispiel für die Wirkungen des Hochschulstandortes ist die starke Kreativwirtschaftsbranche in Wiesbaden, die wir weiter fördern wollen.

Gewerbeflächen

Gewerbeflächen sind notwendig, um bestehende Unternehmen am Standort zu halten, betriebliche Erweiterungen zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu sichern und neue Unternehmen anzusiedeln. Bestehende Gewerbeflächen werden wir erhalten und nicht in andere Nutzungen umwandeln. Mit dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept GEKO 2040 werden wir das Standortprofil schärfen und ein strategisches Flächen- und Ansiedlungsmanagement entwickeln. Hierzu führen wir vorhandene Daten zu Flächen, Beschäftigung, Gründungen, Investitionen und Fachkräftebedarfen zusammen und berichten regelmäßig über Fortschritte und Handlungsbedarf. Neue Berichtspflichten für Unternehmen sollen dadurch nicht entstehen; vorhandene Daten und bestehende Austauschformate werden genutzt.

Bei der Vergabe städtischer Gewerbeflächen sollen neben wirtschaftlichen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden. Die Belange der bereits ansässigen Unternehmen hinsichtlich ihrer Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten berücksichtigen wir dabei ausdrücklich.

Vorrang hat für uns die effizientere Nutzung und nachhaltige Weiterentwicklung bestehender Gewerbegebiete. Dazu gehören die Aktivierung mindergenutzter Flächen, Nachverdichtung und Aufstockung. Wir stellen sicher, dass die Gewerbegebiete über leistungsfähige digitale Netze, eine verlässliche Energieversorgung und eine gute Erreichbarkeit verfügen.

Die frei werdenden Flächen des Bundeskriminalamts und der Landespolizei sollen nicht ausschließlich für den Wohnungsbau vorgesehen werden; geeignete Flächen wollen wir für gewerbliche Nutzungen und die Ansiedlung zukunftsfähiger Unternehmen bereitstellen. Außerdem wollen wir eine Verlagerung des ESWE Betriebshofs aus der Innenstadt prüfen, um so Gewerbeflächen direkt am Hauptbahnhof zu schaffen. Das Gewerbegebiet in Delkenheim werden wir weiterentwickeln.

Neben den Gewerbegebieten sichern wir auch kleinteilige gewerbliche Strukturen in den Stadtteilen und Ortskernen. Gemeinsam mit Ortsbeiräten, Gewerbetreibenden und Eigentümerinnen und Eigentümern wollen wir wohnortnahe Versorgung, Wochenmärkte, lokale Dienstleistungen und geeignete Gewerberäume erhalten. Lokale Produkte, Direktvermarktung und Kooperationen zwischen Handel, Gastronomie, Landwirtschaft und Tourismus sollen besser sichtbar werden.

Für Gewerbeflächen und -immobilien bauen wir ein fortlaufendes, digital unterstütztes Flächenmonitoring auf. Gemeinsam mit Eigentümerinnen und Eigentümern, IHK und Handwerkskammer erfassen wir verfügbare, leerstehende oder mindergenutzte Flächen und machen geeignete Angebote für Ansiedlungen, Erweiterungen und Unternehmensnachfolgen leichter auffindbar. Dabei achten wir auf den Schutz betrieblicher Daten und auf eine enge Abstimmung mit der Stadtplanung.

Zugleich bauen wir die interkommunale Zusammenarbeit bei der Gewerbeflächenentwicklung aus, insbesondere im Umfeld der Wallauer Spange und mit dem Rheingau-Taunus-Kreis.

Berufliche Bildung und den Hochschulstandort Wiesbaden stärken

Berufliche Bildung stärken und Fachkräfte sichern

Wir setzen uns für eine praxisnahe Berufsorientierung an allen Schulen ein und stärken die enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmen, Kammern und Verbänden, damit junge Menschen Berufe frühzeitig und praxisnah kennenlernen können. Durch den Ausbau entsprechender Programme, Ausbildungsmessen und betrieblicher Einblicke wollen wir Ausbildungsplätze besser besetzen und zugleich die beruflichen Perspektiven junger Menschen verbessern und diese frühzeitig erreichen. Digitale Instrumente wie die Chancenplattform Wiesbaden, den Ausbildungsradar Wiesbaden sowie das Forum Fachkräfteinitiative Industrie werden wir beibehalten und wollen wir weiter stärken, da sie bereits heute erfolgreich zur Vernetzung, Vermittlung und Fachkräftesicherung beitragen. Letzteres wollen wir auf weitere Branchen wie Handwerk und Gesundheit ausweiten und die Fachkräftesicherung zu einer branchenübergreifenden Aufgabe weiterentwickeln. Die Erfahrungen der Fachkräfteinitiative Industrie übertragen wir gemeinsam mit Kammern, Bildungseinrichtungen und Unternehmen auf weitere Bereiche, insbesondere Handwerk, Gesundheit, Pflege, Gastronomie und digitale Berufe.

Zur Bindung von Nachwuchs- und Fachkräften unterstützen wir Übergänge von Ausbildung und Studium in Wiesbadener Unternehmen. Dazu fördern wir Praxisprojekte, Abschlussarbeiten und Matching-Formate und machen die beruflichen Perspektiven am Standort sichtbarer.

Bei der Gewinnung internationaler Fachkräfte unterstützen wir Unternehmen im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten bei Orientierung, Verwaltungswegen und der Vernetzung mit Beratungsangeboten.

Wir wollen den Berufsschulstandort Wiesbaden erhalten und stärken. An den Stellen, an denen Klassen wegen geringer Zahlen kaum zu halten sind, setzen wir auf pragmatische, regionale Kooperationen, zum Beispiel mit Mainzer Schulen. Berufsschulen sollen technisch so ausgestattet werden, dass sie mit den Ausbildungsbetrieben Schritt halten, inklusive moderner Werkstätten und digitaler Lernumgebungen.

Gleichzeitig wollen wir gezielt gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit und den Fachkräftemangel vorgehen, indem wir mehr Menschen für eine Ausbildung in zukunftsfähigen Berufen gewinnen. Außerdem wollen wir die enge Verzahnung von Schule, Ausbildung und Wirtschaft fördern sowie durch eine Imagekampagne der Stadt die Vorteile der dualen Ausbildung hervorheben.

Die Wiesbadener Jugendwerkstatt wollen wir als wichtigen Baustein der beruflichen Qualifizierung und Integration erhalten. Das Arbeitsmarktprojekt „Bleib in Wiesbaden“ setzen wir fort, um geflüchteten Menschen den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung zu erleichtern. Die Zusammenarbeit mit lokalen Betrieben, IHK und Handwerkskammer werden wir ausbauen und Partnerschaften zwischen Unternehmen und Geflüchteten unterstützen. Die Fachkräfteinitiative WI WORK LIFE I Industrie werden wir ausbauen.

Hochschulstandort Wiesbaden stärken

Wiesbadens Hochschulen sind Motoren für Innovation, Fachkräftesicherung und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Deshalb wollen wir den Hochschulstandort Wiesbaden gezielt stärken und die Zusammenarbeit mit den Hochschulen sowie den Studierendenvertretungen intensivieren. Hierfür wollen wir die Stabsstelle Hochschule weiter ausbauen. Außerdem wollen wir einen Runden Tisch für Studierendenvertretungen einrichten, um deren Ideen und Perspektiven zu kennen und berücksichtigen zu können.

Die Hochschule RheinMain bündelt ihre Fachbereiche am Campus Kurt-Schumacher-Ring und benötigt dort Flächen für künftige Entwicklungen sowie dringend benötigten studentischen Wohnraum. Die Flächenentwicklung der Hochschule RheinMain am Campus Kurt-Schumacher-Ring unterstützen wir und prüfen die Bereitstellung von Flächen im umliegenden Gebiet.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob es weitere staatliche Hochschulangebote in Wiesbaden braucht, um das bestehende Angebot zu ergänzen, und wir wollen neue private Hochschulen und Universitäten für Wiesbaden anwerben, um das Studienangebot in Wiesbaden zu erweitern und damit Wiesbaden als Hochschul- und Forschungsstandort insgesamt attraktiver zu machen.

Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende schaffen

Wiesbaden ist Hochschul- und Ausbildungsstadt. Mit den zahlreichen Studierenden und Auszubildenden wächst auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Viele junge Menschen können sich die marktüblichen Mieten jedoch nicht leisten. Deshalb wollen wir die Entwicklung zusätzlicher, bezahlbarer Wohnangebote für Studierende und Auszubildende gezielt fördern und ihnen so eine verlässliche Perspektive in Wiesbaden bieten. Dabei setzen wir sowohl auf klassische Wohnheime als auch auf moderne gemeinschaftliche Wohnformen. Mehr passende Wohnangebote für diese Zielgruppen entlasten zugleich den allgemeinen Wohnungsmarkt.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das Studierendenwerk und andere Träger beim Bau neuer Wohnplätze stärker unterstützen. Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen einen klaren Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Auszubildende leisten. Dabei sollen studiennahe Angebote zur Kinderbetreuung mitgedacht werden. Zudem werden wir das Studierendenwerk aktiv bei der Suche nach geeigneten Grundstücken für neue Wohnheime unterstützen. Ein konkretes Projekt ist die Entwicklung eines Studierenden- und Azubi-Wohnheims am Rande des neu geschaffenen Elsässer Parks in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk. Wir beteiligen die entsprechenden Verbände und Institutionen (Handwerkskammer, IHK, Kreishandwerkerschaft) an der Entwicklung von Projekten für Azubiwohnheime.

1.4 Flächen klug nutzen: Stadtentwicklung für Wohnen, Gewerbe und Ökologie gemeinsam denken

Uns eint der Wille, unsere Stadt weiterzuentwickeln. Sowohl die Lebensqualität der sich wandelnden Stadtgesellschaft als auch die Zukunftsfähigkeit für die kommenden Generationen sollen gesichert werden. Eine vorausschauende Stadtentwicklung ist der entscheidende Schlüssel für die zukünftige Attraktivität Wiesbadens, weshalb wir Rahmenbedingungen schaffen wollen, die den vielfältigen Bedürfnissen gerecht werden.

Wir erkennen die Zielkonflikte zwischen der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Gewerbeflächen, dem Erhalt von unversiegelten Flächen sowie dem Klimaschutz und versuchen, diese Zielkonflikte zu minimieren. Private wie städtische Projekte werden wir deshalb sowohl unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit bzw. Bezahlbarkeit als auch der Klimafestigkeit betrachten.

Wir wollen diese Zielkonflikte durch intelligente und abgewogene Planungsprozesse kontinuierlich minimieren. Dabei ist es uns ein zentrales Anliegen, die hohe Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu sichern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und gleichzeitig Raum für Innovation und Fortschritt zu bieten. Private wie städtische Projekte werden wir deshalb stets in einer ganzheitlichen Betrachtung bewerten – sowohl unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit als auch aus der Perspektive der Klimafestigkeit und gesamtstädtischen Zukunftsfähigkeit.

Bauleitplanung

Flächennutzungsplan und Innenentwicklung

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans werden wir fortsetzen. Hierbei werden wir die Stellungnahmen der Ortsbeiräte einbeziehen und dabei auch die Gesamtstadt im Blick behalten. Bei der anschließenden Umsetzung werden wir die Potentiale des Flächennutzungsplans konsequent nutzen, um zusätzlichen Wohnraum und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Hierbei sollen auch die Möglichkeiten des Bauturbos umfassend genutzt werden. Bei der Flächenentwicklung werden wir auch die zukünftigen Infrastrukturen berücksichtigen. Wir halten am Grundsatz der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung fest. Dabei werden wir alle Potentiale zur Innenentwicklung konsequent nutzen (Aufstockung, Nachverdichtung, Konversionsflächen etc.). Bei der Innenentwicklung werden wir innovative und neue Ansätze wählen und hierzu den Bau-Turbo mutig anwenden. So wollen wir beispielsweise in geeigneten Lagen Wohnraum über Nahversorgern entwickeln. Bei der Bauleitplanung werden wir die Multikodierung von Flächen berücksichtigen.

Die Planung und Entwicklung von Baugebieten werden wir fortsetzen.

Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung

Bei allen Verfahren der Bauleitplanung werden wir die gesetzlichen Vorgaben der Umweltprüfung vollumfänglich einhalten. Die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes und der Klimaanpassung fließen dabei als wesentlicher Bestandteil in die planerische Abwägung ein.

Uns eint der Wille, die Bauleitplanung zu beschleunigen. Hierzu werden wir von den gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, Verfahren durch Mittel der Online-Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu beschleunigen und bestehende Beteiligungsformen weiterzuentwickeln. Hierzu wollen wir den Bekanntheitsgrad des Portals wiesbadenwirkt.de ausbauen.

Großprojekte: Ostfeld, BKA und Landespolizei

Bei der weiteren Entwicklung des Ostfelds werden wir die Wirtschaftlichkeit des Projekts im Blick behalten. Für die Entwicklung des städtischen Teils des Ostfelds gelten die Kriterien des Beschlusses aus September 2020 und die Vorgaben der Regionalversammlung. Die Umsetzung der BKA-Planungen muss hierbei oberste Priorität haben.

Die Planungen für die freiwerdenden Liegenschaften von BKA und Landespolizei müssen so schnell wie möglich begonnen werden. Die Flächen sollen nicht allein dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, sondern auch zur Ansiedlung von Gewerbe genutzt werden. Bei den freiwerdenden Flächen von BKA und Landespolizei wollen wir die zukünftige Nutzung mitgestalten. Um das Erstzugriffsrecht bei den Liegenschaften des Bundes zu erhalten, muss ein städtisches Rahmenkonzept vorliegen. Das werden wir zeitnah erarbeiten.

Gewerbeflächen

Wir erkennen an, dass es im Bereich Gewerbe nur noch wenig Potential gibt (GEKO 2040). Bei der Flächenentwicklung ist uns bewusst, dass Wiesbaden derzeit über eine unzureichende Zahl an freien Gewerbeflächen verfügt. Diese Lücke wollen wir – ausgehend vom in Aufstellung befindlichen Flächennutzungsplan – schließen, indem wir bestehende Gewerbegebiete aufwerten und neue Gebiete ausweisen, stets unter Berücksichtigung klima- und umweltrelevanter Aspekte.

Das geplante Gewerbegebiet in Delkenheim wird zur Sicherung dringend benötigter Flächen für neue gewerbliche Nutzungen in Wiesbaden ausgewiesen und als Erweiterung des Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsstandorts Max-Planck-Park bedarfsgerecht geschaffen. Dabei orientieren wir uns an den Flächen und Zielen im Aufstellungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Mai 2026. Ebenso wird die gewerbliche Nutzung auf den bereits heute genutzten Flächen am Dyckerhoffbruch ausgeweitet. Dabei berücksichtigen wir auch Erschließung, Umwelt- und Klimawirkung sowie Wirtschaftlichkeit. Die Beplanung der Perspektivfläche West wird in dieser Wahlperiode nicht weiter verfolgt.

Potenzialflächenprüfung

Im Übrigen werden wir alle potenziellen Flächen in Wiesbaden auf kurzfristige Entwicklungsmöglichkeiten überprüfen und nach Möglichkeit Baurecht schaffen, um bezahlbaren Wohnraum und neue Flächen für Unternehmen in Wiesbaden zu entwickeln. Dabei werden wir – wie auch bei der übrigen Flächenentwicklung – die Auswirkungen auf Umwelt, Klima und Boden berücksichtigen.

Klimafeste Stadt

Integration in Planungsprozesse

Bei allen größeren Bau-, Verkehrs- und Sanierungsprojekten werden Hitzevorsorge, Entsiegelung, Baumpflanzungen, Regenwassermanagement und Energieeffizienz von Beginn an mitgeplant und finanzierbar umgesetzt. Ziel ist konkrete Umsetzung mit messbarer Wirkung. Im Rahmen der Bauleitplanung werden wir diese Ziele weiter verfolgen sowie die künftigen finanziellen Folgen mitdenken. Möglichkeiten zur Entsiegelung sollen genutzt werden, z. B. bei Schulhöfen.

Schwammstadt-Prinzip und Ökologie

Wir machen das Schwammstadt-Prinzip zum Leitbild einer klimaresilienten Stadtentwicklung. Bei Neubauvorhaben soll Vorsorge getroffen werden, dass Regenwasser künftig stärker vor Ort zurückgehalten wird, dass es versickert oder dass es genutzt wird. So erhöhen wir die Widerstandsfähigkeit unserer Stadt gegenüber Starkregen und entlasten gleichzeitig Kanalisation und Gewässer.

Bebauungsdichte

Aufgrund des Flächenmangels und der hohen Kosten für Grund und Boden soll grundsätzlich so flächenoptimiert wie möglich gebaut werden. Bebauungspläne sollen die Dichtevorgaben (80 bzw. 50 WE/ha) erfüllen. Ausnahmen gelten, sofern ansonsten der Charakter des Quartiers und die ländlichen Siedlungsstrukturen dadurch verändert werden oder eine Abweichung aus klimatischen Gründen notwendig ist. Die Dichtevorgaben gelten erst ab Entwicklungen über 2 Hektar Entwicklungsfläche.

Bezahlbares, ökologisches und soziales Bauen

Zielgruppen und genossenschaftliches Wohnen

Wiesbaden braucht dringend bezahlbare Wohnungen für alle. Das gilt für alle Lebensphasen: für Auszubildende, die hier starten wollen, für Familien und Alleinstehende ebenso wie für ältere Menschen, die in vertrauter Umgebung bleiben oder generationenübergreifend leben möchten. Wohnen hat eine essentielle Bedeutung und ist für uns Ausdruck der Lebensgestaltung und Verankerung in der Stadt. Eine wachsende Stadt lebt vom Beitrag vieler: von kommunalen und privaten Bauherren, von Genossenschaften, Betrieben und Initiativen, die neue Wohnformen erproben. Genossenschaftliches Wohnen sehen wir als wichtigen Ausdruck bürgerschaftlicher Selbstorganisation und wollen es gezielt stärken.

Konzeptvergaben und Entbürokratisierung

Bei der Vergabe städtischer Flächen machen wir Qualität (z. B. städtebaulich) und Konzept zum Maßstab, damit Wohnungspolitik Quartiere schafft, in denen sich Menschen zuhause fühlen. Wir werden individuelle Wohnformen, gemeinschaftlich orientierte Wohnprojekte, neue Wohnformen sowie einen bestimmten Mix an Wohn- und Gewerbefläche u. a. durch Konzeptvergaben fördern. Bei der Vergabe von städtischen Flächen werden wir darauf achten, dass das Verfahren unbürokratisch und schnell erfolgt, und wir werden insbesondere die finanziellen Auswirkungen unserer Anforderungen an die künftigen Bauherren im Blick behalten.

Wir werden den bisherigen Prozess bei der Vergabe städtischer Flächen durch Konzeptvergaben prüfen, um diese zu beschleunigen und Verfahrensdauern zu verkürzen, damit wir so Bauvorhaben zügiger in die Umsetzung bringen.

Flankierend dazu werden wir die baurelevanten städtischen Satzungen auf den Prüfstand stellen. Ziel dieser Überprüfung ist eine konsequente Entbürokratisierung, die nicht erforderliche regulatorische Hemmnisse abbaut, Bauherren spürbar entlastet und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Unser Ziel ist es, den Ermessensspielraum der Verwaltung für pragmatische Lösungen zu erweitern und Innovationen beim Bauen – auch im Sinne von Klimaschutz und Nachhaltigkeit – zu ermöglichen.

Sozialwohnungsquote (WiSoBoN) und Wirtschaftlichkeit

Uns eint der Wunsch, in Zukunft ökologisch und bezahlbar zu bauen. Die Wirkungen von WiSoBoN und Baulandbeschluss sind den Partnern bewusst. Hier gilt es pragmatische Lösungen zu finden. Eine flexible Handhabung kann vor dauerhaft brach liegenden Flächen und nicht umgesetzten Projekten schützen. Die Rahmenbedingungen für private und öffentliche Bauvorhaben haben sich zuletzt durch externe Einflüsse deutlich verschlechtert. Vor diesem Hintergrund werden wir die bestehenden Regelungen prüfen und entsprechend anpassen, mit dem Ziel, neue Wohnungen in Wiesbaden zu schaffen.

Wir werden einen pragmatischen Umgang mit WiSoBoN und dem Baulandbeschluss etablieren, der nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Realisierbarkeit agiert: Die tatsächliche Schaffung von Wohnraum bei einer angepassten Quote ist zielführender als kein Wohnungsbau. Dieser Ansatz vereint zwei Ziele: Bauen muss wieder schneller und günstiger werden, während Bauträger weiterhin fair an den Kosten der sozialen Infrastruktur beteiligt werden. Hierzu werden wir ein Verfahren entwickeln und dabei behalten wir auch mittlere Einkommensgruppen im Blick. Wir wollen verhindern, dass freifinanzierte Wohnungen über eine Quersubventionierung unverhältnismäßig mit den Kosten von Großprojekten belastet werden.

Aktive Bodenpolitik und Geodaten

Das 2022 neu geschaffene Instrument der aktiven Bodenpolitik werden wir für den strategischen Ankauf von Grundstücken nutzen. Es macht uns in der Zukunft unabhängig von Spekulation und legt so den Grundstein für die Schaffung von preiswertem Wohnraum. Das Konzept der aktiven Bodenpolitik werden wir evaluieren und in regelmäßigen Abständen möchten wir eine Überprüfung der im Besitz der Stadt befindlichen Grundstücke durchführen.

Zur Umsetzung des Vorstehenden bedarf es auch besserer Daten. Wir wollen hierzu die Geodaten der Stadt künftig stärker bündeln und besser nutzbar machen. Hierzu soll schrittweise eine zentrale Geodateninfrastruktur aufgebaut und bestehende Doppelstrukturen abgebaut werden. Dies verbessert die Datengrundlagen für Stadtentwicklung, Mobilität, Klimaanpassung und Verwaltungsentscheidungen.

Auslaufende Erbbauverträge

Im nächsten Jahrzehnt werden zahlreiche städtische Erbbauverträge in den Wiesbadener Wohnsiedlungen auslaufen. Wir setzen uns dafür ein, hier schnell Planungssicherheit zu schaffen und diese Erbbaurechte entweder zu marktüblichen Konditionen zu verlängern oder den bisherigen Erbbauberechtigten die Möglichkeit zum Kauf des Grundstücks zu geben.

Städtisches Bauen

Vorbildfunktion bei Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit

Bei städtischen Bauprojekten verbinden wir unsere Vorbildfunktion für klimagerechtes Bauen mit konsequenter Kostendisziplin. Wir setzen verstärkt auf nachhaltige Konzepte wie beispielsweise Holzbauweise, Photovoltaik sowie Begrünung und wollen die Planung durch digitale Methoden und serielles Bauen deutlich beschleunigen. Auch Ansätze des zirkulären Bauens wollen wir erproben. Für jedes Projekt werden wir unvoreingenommen den wirtschaftlichsten Weg ermitteln.

In einer von historischen Gebäuden geprägten Stadt wie Wiesbaden kommt dem Denkmalschutz besondere Bedeutung zu. Auch verweisen zahlreiche Denkmäler der Industriekultur auf die lebendige Geschichte. Diese Bau- und Stadtkultur gilt es zu bewahren und sorgsam mit ihr umzugehen.

Es bedarf einer Weiterentwicklung der städtischen Immobilienstrategie, um politisch besser entscheiden zu können, welche Projekte prioritär entwickelt werden sollen.

Klimaresilienz und Ressourcenschonung

Städtische Gebäude sollen klimaresilient werden. Hierzu gehört für uns auch, dass bei Neu- oder Umbau von Verwaltungsgebäuden, beispielsweise Schulen oder Sporthallen, auch die Gebäudekühlung mitgedacht werden muss. Wir werden hierbei jeweils bei der Planungsaufgabe prüfen, ob eine klimaneutrale Kühlung technisch möglich und wirtschaftlich tragbar umsetzbar ist.

Um Ressourcen zu schonen und CO₂-Emissionen bei der Baustoffherstellung zu reduzieren, prüfen wir ergebnisoffen die Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Bauteilbörse. Darüber hinaus werden wir ausloten, wie sich bei städtischen Bauprojekten der Einsatz von recycelten Baustoffen unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit gezielt erhöhen lässt.

Besondere städtebauliche Projekte in Wiesbaden

Unsere städtischen Plätze sind zentrale Begegnungsorte. Um ihre Aufenthaltsqualität budgetgerecht und zügig aufzuwerten – etwa durch Begrünung, konsumfreie Zonen oder verbesserte Sauberkeit –, werden wir zeitnah eine Prioritätenliste vorlegen. Insbesondere die 2021 beschlossenen Experimentierräume können eine innovative Quartiersentwicklung voranbringen, wobei wir uns auf zügig umsetzbare Maßnahmen konzentrieren wollen.

Die Stadteingänge sind die städtebauliche Visitenkarte Wiesbadens. Wir werden diese Eingangstore qualitativ und funktional aufwerten, um ein attraktives Entree in die Landeshauptstadt zu schaffen. Das größte und längste Entree der Landeshauptstadt Wiesbaden ist mit seinen 14 km das Ufer von Rhein und Main. Das Rhein.Main.Ufer-Konzept werden wir daher konsequent fortführen. Unser Ziel ist es, die Naherholung am Wasser zu stärken und gleichzeitig touristische sowie gastronomische Potenziale pragmatisch nutzbar zu machen.

1.5 Klima schützen und die Energieversorgung zukunftsfähig gestalten

Der Schutz des Klimas sowie Klimaanpassungsmaßnahmen und eine zukunftsfähige Energieversorgung sind zentrale Aufgaben der kommunalen Politik. Wiesbaden soll klimafreundlich, resilient, zukunftsfähig und lebenswert weiterentwickelt werden. Dabei wollen wir Klimaschutz, wirtschaftliche Vernunft, Versorgungssicherheit und soziale Ausgewogenheit miteinander verbinden. Ziel ist eine pragmatische und wirksame Klima- und Energiepolitik, die konkrete Verbesserungen für die Menschen schafft und gleichzeitig einen verantwortungsvollen Beitrag zu den nationalen und europäischen Klimazielen leistet.

Erreichen der Klimaziele

Wir bekennen uns zu den Klimazielen der Landeshauptstadt Wiesbaden und werden auf der Grundlage des KLIMA_PLANs ein Umsetzungsprogramm für diese Wahlperiode erarbeiten, das diejenigen CO₂-Einsparmaßnahmen mit der besten Kosten-Nutzen-Effizienz priorisiert.

Im Mittelpunkt stehen insbesondere die CO₂-Reduktion, Energieeffizienz, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, der Schutz natürlicher Ressourcen sowie Klimaanpassung und die Verbesserung des Stadtklimas. Die Maßnahmen sollen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit, Finanzierbarkeit, Umsetzbarkeit und Alltagstauglichkeit priorisiert und nach diesen Kriterien regelmäßig überprüft werden. Dabei setzen wir auf technologieoffene Lösungen, Innovationen sowie die Einbindung von Bürgerschaft, Wirtschaft und lokalen Akteuren. Beratungsangebote im Bereich Energieeinsparung, -effizienz und -erzeugung werden wir fortführen und ausbauen.

Für die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger streben wir eine zentrale Anlaufstelle in der Innenstadt an, in der Umweltladen, Klimaschutzagentur und das Beratungsangebot von ESWE Versorgung gebündelt werden, sofern dadurch im laufenden Betrieb keine zusätzlichen Kosten entstehen.

Energiewende

Die Energiewende soll verantwortungsvoll, technologieoffen und finanzierbar gestaltet werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die kommunale Wärmeplanung sowie energetische Sanierungen sowohl der Wiesbadener Schulen als auch des Mietwohnungsbestandes der GWW sollen vorangebracht werden. Dabei sollen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden. Wir unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien und setzen auf einen technologieoffenen Energiemix. Neben Photovoltaik und Solarthermie sollen auch Fluss- und Geothermie sowie die Nutzung von Abwärme und die dafür

erforderliche Infrastruktur weiterentwickelt werden. Lokale und genossenschaftliche Energieprojekte fördern wir; eine Neuauflage der Bürgersolaranlagen prüfen wir.

Unser Ziel ist die Klimaneutralität der Energieversorgung bis 2045 und die Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Unsere Klimaziele gleichen wir mit den europäischen und nationalen Zielen ab, um einen Gleichlauf sicherzustellen. Wir handeln analog unseres kommunalen Klima- und Wärmeplans.

Die von ESWE Taunuswind beantragten zehn Windkraftanlagen auf der Hohen Wurzel sind schon lange streitbefangen. Wir werden die anstehenden gerichtlichen Entscheidungen abwarten und respektieren.

Für alle übrigen Flächen im Stadtgebiet gelten die städtischen Stellungnahmen von 2014 bzw. 2016 weiter, womit aus Sicht der Landeshauptstadt Wiesbaden u.a. auf den Flächen Platte/Rassel und Rentmauer auch zukünftig keine Windkraftanlagen errichtet werden sollen.

Die Energieinfrastruktur, insbesondere Leitungen, Energiespeicher und Umspannwerke werden wir in den Planungen berücksichtigen. Wir fördern den Aufbau und den Betrieb von Strom- und Wärmespeichern, um die Stabilität der Netze zu jeder Zeit zu stärken.

Wenn der Bau von Umspannwerken in der Nähe zu Wohnbebauung, Schulen und Kitas nicht vermieden werden kann, werden wir für ausreichende und möglichst große Abstände zu diesen sorgen.

Für alle Maßnahmen und Projekte gilt: Sie werden auf Förderfähigkeit untersucht. Wir prüfen den Ausbau des Fördermittelmanagements und die Einbindung von privatem Kapital im Bereich der Energieinfrastruktur.

Wärmeplanung

Der Ausbau der Fernwärme ist ein zentraler Baustein für eine klimafreundliche Wärmeversorgung, vor allem in der Innenstadt und in Biebrich. Wir bekennen uns ausdrücklich zum weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes.

Auf einen satzungsmäßigen Anschluss- und Benutzungszwang verzichten wir und vertrauen darauf, dass ein attraktives Angebot die Menschen aus eigener Überzeugung gewinnt.

Faire und transparente Preise sind uns ein wichtiges Anliegen. Damit aus dem natürlichen Monopol keine Nachteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher entstehen, entwickeln wir ein Modell, das Wettbewerb ermöglicht und die Preisgestaltung im Bereich der Wiesbadener Fernwärme transparenter gestaltet und überprüfbar hält.

In Stadtgebieten ohne geplante Fernwärmeversorgung planen wir mit den Netzbetreibern einen bedarfsgerechten Ausbau der Stromnetzinfrastuktur.

Klimaresilienz durch Klimaanpassungsmaßnahmen

Die Folgen des Klimawandels sind auch in Wiesbaden zunehmend spürbar. Hitzeperioden, Trockenheit und Starkregenereignisse erfordern eine klimaresiliente Stadtentwicklung.

Wir werden die Klimaanpassungsmaßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterentwickeln. Entsiegelung, Begrünung, Beschattung, Wassermanagement und klimaangepasste Freiräume sollen deshalb stärker berücksichtigt werden, dabei findet das bereits geplante Schwammstadt-Prinzip Anwendung.

Gleichzeitig sollen Grünanlagen, Parks, Friedhöfe und der Stadtwald als wichtige Bestandteile von Lebensqualität, Klimaschutz und Naherholung nachhaltig gesichert und weiterentwickelt werden.

Ebenso soll der Hitzeschutz im Gesundheitssektor, in Einrichtungen für Kinder und ältere Menschen sowie darüber hinaus für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen gesichert und weiterentwickelt werden.

Der umweltbezogene Gesundheitsschutz umfasst insbesondere Maßnahmen zur Luftreinhaltung, zum Lärmschutz sowie zunehmend den Hitzeschutz. Auf Basis repräsentativer Messungen entwickeln wir Maßnahmen für eine gesunde Umwelt.

Wir werden den Hitzeaktionsplan bedarfsgerecht fortschreiben und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

In öffentlichen Bauten wird – neben baulichen Maßnahmen wie z. B. größere Dachüberstände, begrünte Flachdächer und Sonnenschutz – die Installation von Kühlanlagen vorangebracht.

1.6 Wiesbadens Lebensgrundlagen schützen: Umwelt- und Naturschutz stärken

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine zentrale Aufgabe der kommunalen Politik. Wiesbaden soll als lebenswerte, widerstandsfähige Stadt mit vielfältiger Natur weiterentwickelt werden. Dabei wollen wir Umwelt- und Naturschutz, Aufenthaltsqualität, Stadtentwicklung und wirtschaftliche Vernunft miteinander verbinden. Ziel ist eine pragmatische und wirksame Umwelt- und Naturschutzpolitik, die konkrete Verbesserungen für die Menschen schafft und gleichzeitig einen verantwortungsvollen Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und der ökologischen Lebensgrundlagen leistet.

Biodiversität und Stadtgrün

Wiesbaden verfügt mit Stadtwald, Parks, Bachläufen und Grünflächen über wertvolle natürliche Ressourcen. Deren Erhalt und Entwicklung ist eine kommunale Aufgabe, die wir aktiv wahrnehmen. Wir wollen die Biodiversität im Stadtgebiet schützen, Grün- und Lebensräume vernetzen und die Stadt widerstandsfähiger gegen den Verlust von Arten machen. Die Arbeit an der Biodiversitätsstrategie für Wiesbaden wird daher fortgesetzt.

Dabei verbinden wir Naturschutz mit Klimaanpassung, Aufenthaltsqualität und Stadtentwicklung. Maßnahmen werden auf Wirksamkeit und Finanzierbarkeit geprüft und wo möglich durch EU-, Bundes- und Landesmittel finanziert.

Wir werden den Biotopverbund schrittweise ausbauen. Auch Trittsteinbiotope in Stadtteilen tragen ihren Anteil zur Weiterentwicklung bei. Wir unterstützen deshalb auch private Initiativen zu diesem Thema.

Um den Schutzstatus der Streuobstwiesen dauerhaft abzusichern, unterstützen wir die Umsetzung der Richtlinie des Hessischen Landwirtschaftsministeriums zu Streuobstwiesen (2026). Wir wollen die Pflege weiterhin unterstützen und die lokale Vermarktung stärken.

Wir prüfen Strategien zum verantwortungsvollen Umgang mit invasiven Tier- und Pflanzenarten und verstärken die Aufklärung der Bevölkerung. Dazu gehören auch präventive und eindämmende Maßnahmen.

Zum Gewässerschutz setzen wir die Renaturierung der Wiesbadener Fließgewässer gemäß der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie fort. Eine zügige Umsetzung setzt voraus, dass die Förderkulisse auf dem bisherigen Niveau erhalten bleibt.

Wir prüfen Maßnahmen zur Reduzierung der Algenbelastung im Schiersteiner Hafen. Wir überprüfen die Einhaltung der (durch Landes- und Bundesgesetze festgelegten) dünger- und pestizidfreien Uferzonen, insbesondere am Lindenbach zur Verbesserung der Wasserqualität des Schiersteiner Hafens. Der Floßhafen Kostheim ist ein wichtiger Überwinterungs- und Rastplatz für Wasservögel wie die Krickente und hat auch eine hohe Bedeutung als Lebensraum für bestimmte Fischarten. Er hat also einen hohen Wert als Biotop, dessen Zustand wir erhalten werden.

Öffentliche Beleuchtung soll bedarfsgerecht, sicher, energieeffizient, tierfreundlich und möglichst wirtschaftlich gestaltet werden. Dabei berücksichtigen wir die Anforderungen an Verkehrssicherheit, das subjektive Sicherheitsgefühl und den Schutz nachtaktiver Arten.

Stadtgrün

Um unser Stadtgrün klimaresilient und lebendig zu gestalten, setzen wir auf klimaangepasste, insekten- und vogelfreundliche Bepflanzungen, bevorzugt mit heimischen Arten, sowie auf nachhaltige Bewässerungssysteme. Teile der Wiesbadener Grünflächen sollen zu Blühwiesen umgewandelt werden.

Den Wiesbadener Altbaumbestand im öffentlichen Raum werden wir schützen, intensiv kontrollieren und wenn nötig umgehend durch Neupflanzungen ersetzen. Dabei achten wir auf gute Qualität im Untergrund. Unser Ziel ist es, die Anzahl klimaresilienter Stadtbäume zu erhöhen und damit gleichzeitig für mehr Beschattung zu sorgen.

Bürgerschaftliches Engagement bei der Pflanzung von Bäumen und Schaffung von öffentlichen Grünanlagen unterstützen wir ausdrücklich.

Gleichzeitig sind Grünflächen Orte der aktiven Zusammenkunft und des Stadtlebens, ebenso wie die bestehenden Grillplätze und Feuerstellen. Die Parkpflegewerke wollen wir vor diesem Hintergrund stets aktuell halten.

Durch Öffentlichkeitsarbeit werden Bürgerinnen und Bürger für die Vorteile begrünter Vorgärten gegenüber versiegelten Steingärten sensibilisiert. Dadurch wird auch die Einhaltung der Vorgartensatzung unterstützt.

Um das Potenzial der Wiesbadener Grünflächen auch touristisch auszuschöpfen, prüfen wir die Bewerbung Wiesbadens um die mittelfristige Ausrichtung einer Bundesgartenschau.

Wir setzen die aktuelle und zertifizierte Bewirtschaftung des Wiesbadener Stadtwalds fort. Voraussetzung für seine zukunftsfähige Entwicklung ist die Steigerung klimaresilienter Mischbaumarten und eine wirksame Begrenzung des Wildverbisses.

Wir werden das Jagdkonzept zeitnah evaluieren und unter der Einbeziehung der Jägerschaft anhand der Ergebnisse auf den Prüfstand stellen.

Zur Reduzierung der Waldbrandgefahr wollen wir digitale Frühwarnsysteme sowie ein ausreichendes Netz an Löschwasserentnahmestellen prüfen und die Öffentlichkeitsarbeit verstärken.

Landwirtschaft und Lebensmittel

Landwirtschaftliche Wirtschaftswege wollen wir instand halten sowie missbräuchliche Nutzungen konsequent unterbinden. Wir werden weiterhin die regionale Vermarktung fördern.

Neue Pachtverträge werden für städtische landwirtschaftliche Flächen bevorzugt an regional wirtschaftende Betriebe vergeben. Die konkrete Wirtschaftsform (ökologisch oder konventionell) ist dabei nicht ausschlaggebend, sofern die vereinbarten Nachhaltigkeitskriterien erfüllt werden: Dabei stehen insbesondere standortgerechte Bewirtschaftung, der Schutz von Boden, Wasser und Biodiversität sowie regionale Wertschöpfung im Vordergrund sowie der Schutz ökologisch wertvoller Naturräume.

WJW

Wir bekennen uns zur Wiesbadener Jugendwerkstatt WJW mit der Domäne Mechtildshausen als festem Bestandteil. Die WJW hat in den vergangenen Jahren viele Optimierungsbemühungen unternommen, um die Erträge zu erhöhen und die Verluste zu minimieren. Dennoch hängt das Fortbestehen der Gesellschaft vom Zuschuss der Landeshauptstadt Wiesbaden ab. Wir prüfen daher, wie wir die qualitativen Angebote der WJW weiterhin erhalten können. Hierfür werden wir auch strukturelle Maßnahmen prüfen (z. B. Haustarif), um die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Wir werden die ökologische, nachhaltige und regionale Landwirtschaft der Domäne Mechtildshausen erhalten und wollen die Wiederinbetriebnahme der dortigen Mietschlachtstätte ermöglichen.

Tierschutz

Wir entwickeln den Tierschutz in Wiesbaden gemeinsam mit den anerkannten Tierschutzorganisationen weiter. Dazu gehören Maßnahmen zum Schutz heimischer Arten sowie geeignete Projekte zum Wohl von Haus-, Wild- und Stadttieren.

Ressourcenmanagement

Wir fördern gesunde Böden, Bodenschutz und regenerative Bewirtschaftung zum Erhalt der Ökosystemleistungen (regionale Lebensmittelproduktion, Klimaschutz, Wasserspeicher, Biodiversität etc.). Bei Abwägungsfragen muss die Sicherstellung des Wohnraumbedarfs gleichberechtigt mit Fragen des Landschafts- und Bodenschutzes behandelt werden.

Wir fördern die Nutzung von Regen und Brauchwasser. Das spart Trinkwasser und dient dem Hochwasserschutz.

Abfallmanagement

Im Wiesbadener Entsorgungssystem setzen wir die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie um, mit Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung und effizienter Rohstoffnutzung. Der Zusammenschluss von Grünflächenamt und ELW wird weitergeführt.

Sauberkeit

Sauberkeit im öffentlichen Raum ist eine Voraussetzung für Lebensqualität, Sicherheit und ein attraktives Stadtbild. Deshalb werden wir die Stadtsauberkeit konsequent weiter verbessern und gegen Littering sowie wilde Müll- und Sperrmüllablagerungen entschlossen vorgehen. In diesem Bereich werden wir eine Erhöhung der Bußgelder prüfen. Unser Ziel ist ein gepflegtes Erscheinungsbild in allen Stadtteilen – von der Innenstadt bis in die Vororte.

Hierzu werden wir die Reinigungsorganisation so weiterentwickeln, dass öffentliche Flächen flexibel, bedarfsgerecht und zeitnah gereinigt werden können. Besonders belastete Bereiche und Sauberkeitsschwerpunkte sollen gezielt in den Blick genommen und Reinigungsintervalle sowie Kontrollen dort angepasst werden, wo dies erforderlich ist. Moderne Lösungen wie intelligente Abfallbehälter mit Füllstandssensoren sowie zusätzliche Mülleimer an geeigneten Standorten sollen die Stadtreinigung sinnvoll ergänzen und so den Ressourceneinsatz effizienter gestalten.

Sauberkeit ist zugleich eine gemeinsame Aufgabe von Stadt und Stadtgesellschaft. Deshalb setzen wir neben einer leistungsfähigen Stadtreinigung auf Aufklärung, Eigenverantwortung und eine konsequente Ahndung von Vermüllung und Vandalismus.

Die kommunalen Buß- und Verwarngelder in städtischer Zuständigkeit sollen für eine saubere, sichere und lebenswerte Stadt spürbar angepasst werden. Der Bußgeldkatalog wird dabei nach Gefahrenabwehr, Umwelt- und Gesundheitswirkung, Reinigungsaufwand und Verhältnismäßigkeit neu ausgerichtet.

Luftqualität, Lärmschutz

Um die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Wiesbaden weiter zu verbessern, arbeiten wir an der weiteren Reduzierung der Luftschadstoffe und Lärmbelastung durch einen flüssigeren Verkehr, den Ausbau emissionsarmer Mobilitätsangebote und intelligente Verkehrssteuerung. Hierzu berücksichtigen wir u. a. die vorgesehenen Maßnahmen des Hessischen Lärmaktionsplans.

Wir setzen uns dafür ein, dass das neue Betriebskonzept für den Flughafen Frankfurt für die Nordwest-Abflüge nicht wie vorgelegt umgesetzt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zusagen aus dem Planfeststellungsverfahren eingehalten werden und in der besonders schützenswerten Zeit nach 22 Uhr keine zusätzliche Verlagerung von der Südumfliegung auf die Nordwestrouten erfolgt, die eine erhöhte Lärmbelastung für die östlichen Stadtteile Wiesbadens verursacht.

2. Wiesbaden lebenswert machen und halten

2.1 Leistungsfähige, sichere und nachhaltige Mobilität für alle schaffen

Eine leistungsfähige, sichere und nachhaltige Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität und die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt. Unser Ziel ist ein Verkehrssystem, das allen Menschen unabhängig von Alter, Mobilität oder Wohnort eine gleichberechtigte und verlässliche Teilhabe ermöglicht. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz: Fuß-, Rad-, öffentlicher und motorisierter Individualverkehr sollen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern sinnvoll miteinander verknüpft, weiterentwickelt und zukunftsfähig aufgestellt werden.

Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, das Verkehrsmittel ihrer Wahl sicher, komfortabel und möglichst barrierefrei zu nutzen, ohne andere Verkehrsteilnehmende unnötig zu beeinträchtigen. Mobilitätspolitik verstehen wir als lernenden Prozess. Neue Lösungen wollen wir dort erproben, wo sie einen erkennbaren Mehrwert bieten. Entscheidungen sollen technologieoffen, datenbasiert und unter Berücksichtigung ihres tatsächlichen Nutzens für die Menschen getroffen werden. Dabei orientieren wir uns an den Grundsätzen von Verkehrssicherheit, Klimaschutz, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr sowie ein zuverlässiger Schienenverkehr bilden das Rückgrat einer zukunftsfähigen Mobilität. Deshalb werden wir die Voraussetzungen für einen attraktiven, verlässlichen und zukunftsorientierten ÖPNV schaffen und gleichzeitig die Anbindung Wiesbadens an den regionalen und überregionalen Schienenverkehr konsequent verbessern. Eine zeitnahe Reaktivierung der Aartalbahn und eine zügige Umsetzung der Wallauer Spange sowie eine Verbesserung der Zuverlässigkeit der RB10/VIAS werden wir konsequent einfordern und intensiv begleiten.

Ziel ist eine leistungsfähige Infrastruktur und eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Akteuren auf kommunaler, regionaler, Landes- und Bundesebene. Deshalb werden wir die Interessen Wiesbadens gegenüber der Deutschen Bahn, dem Rhein-Main-Verkehrsverbund, dem Land Hessen und dem Bund mit Nachdruck vertreten und uns für die Umsetzung der für Wiesbaden wichtigen Verkehrsprojekte einsetzen.

Gleichzeitig werden wir den Rad- und Fußverkehr gezielt stärken und bestehende Lücken in der Infrastruktur schließen. Sichere Wege, barrierefreie Querungen und eine bessere Vernetzung aller Verkehrsträger sind für uns wesentliche Bausteine einer modernen Mobilität.

Wir verfolgen das Ziel, die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden kontinuierlich zu erhöhen. Unser Leitbild ist eine Stadt, in der schwere Verkehrsunfälle vermieden werden. Hierzu werden wir Infrastruktur, Verkehrssteuerung, Kontrollen und Aufklärung gleichermaßen weiterentwickeln und verbessern.

Veränderungen im Verkehrsraum wollen wir frühzeitig erklären und transparent kommunizieren. Die Erfahrungen von Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft sowie Mobilitätsverbänden sollen in die Weiterentwicklung der Mobilität einfließen.

Motorisierter Individualverkehr

Der motorisierte Individualverkehr bleibt auch künftig ein wichtiger Bestandteil der Mobilität in Wiesbaden. Viele Bürgerinnen und Bürger sind im Alltag auf das Auto angewiesen – sei es auf dem Weg zur Arbeit, für familiäre Verpflichtungen, aufgrund eingeschränkter Mobilität oder aus beruflichen Gründen. Unser Ziel ist daher eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt und einen leistungsfähigen Verkehrsfluss mit den Anforderungen an Verkehrssicherheit, Klimaschutz und Aufenthaltsqualität in Einklang bringt.

Die Erreichbarkeit der Innenstadt mit allen Verkehrsträgern hat für uns Priorität. Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und kulturelle Einrichtungen sind auf eine gute Erreichbarkeit ebenso angewiesen wie die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes erhalten und dort verbessern, wo Engpässe zu erheblichen Beeinträchtigungen führen. Gleichzeitig werden wir die Möglichkeiten einer intelligenten und digitalen Verkehrssteuerung weiter ausbauen, um den Verkehrsfluss zu optimieren und Staus möglichst zu vermeiden.

Bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen werden wir den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Verkehrssicherheit, Lärmschutz, Leistungsfähigkeit des Straßennetzes sowie die Belange der Anwohnenden sind dabei gleichermaßen zu berücksichtigen.

Tempo 40 soll bedarfsgerecht bestehen bleiben. Hierbei soll in reinen Wohnstraßen oder Straßen mit besonders intensiver Wohnbebauung Tempo 30 bzw. Tempo 40 gelten. Gerade bei Ausfallstraßen ist dies allerdings kritisch zu sehen und eine Rückkehr zu Tempo 50 zu prüfen. Dabei wird der Lärmaktionsplan berücksichtigt. Auf Hauptverkehrsachsen werden Geschwindigkeiten hinsichtlich Sicherheit, Verkehrsfluss, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität überprüft. Ziel ist eine einheitliche Regelung pro Straßenzug, um den Schilderwald zu reduzieren. An Gefahrstellen vor Schulen, Kitas, etc. sowie in reinen Nebenstraßen gilt weiterhin Tempo 30.

Dauerhafte Geschwindigkeitsbeschränkungen sollen auf einer nachvollziehbaren fachlichen Grundlage beruhen und entsprechend überprüft werden.

Zur Entlastung des Verkehrs werden wir die Einrichtung einer Möglichkeit zum Rechtsabbiegen am Landeshaus beziehungsweise alternativ im Bereich der Biebricher Allee fachlich prüfen. Dabei soll kein Eingriff in Grünstreifen, Umweltspur, Fußweg und MIV-Spuren erfolgen und die Sicherheit von Radfahrenden und Fußgängern muss gewährleistet sein.

Die Rheinstraße erfüllt als wichtige innerstädtische Verkehrsachse vielfältige Funktionen. Wir werden ihre weitere Entwicklung so gestalten, dass die Erreichbarkeit der Innenstadt gesichert, der Verkehrsfluss verbessert und gleichzeitig die Anforderungen an einen attraktiven öffentlichen Raum berücksichtigt werden.

Die Wirkung der Pfortnerampel an der Berliner Straße werden wir mittels geeigneter Unterbrechungen innerhalb eines längeren Zeitraumes durch eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation untersuchen lassen. Dabei sollen sowohl die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss aller Verkehrsmittel im unmittelbaren Umfeld als auch auf das gesamtstädtische Verkehrsnetz bewertet werden. Hierbei sind auch die Anforderungen ein- und ausrückender Busse vom neuen Betriebshof der ESWE-Verkehr zu berücksichtigen. Die Untersuchung soll ausdrücklich auch alternative Standorte oder andere geeignete Maßnahmen zur Verkehrssteuerung einbeziehen. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir über das weitere Vorgehen entscheiden.

Ladeinfrastruktur

Wir werden den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge weiter vorantreiben. Dabei setzen wir uns insbesondere für einen unbürokratischen und bürgerfreundlichen Ausbau privater Ladeeinrichtungen ein. Bei der Standortsuche für neue Ladestationen werden die Ortsbeiräte vorab informiert. Genehmigungsverfahren sollen vereinfacht und Hindernisse beim Aufbau privater Ladepunkte abgebaut werden.

Fußverkehr

Wiesbaden soll eine Stadt sein, in der sich Menschen sicher, komfortabel und barrierefrei zu Fuß bewegen können. Der Fußverkehr ist die Grundlage jeder Mobilität und verdient daher besondere Aufmerksamkeit bei der Gestaltung des öffentlichen Raums. Unser Ziel ist eine fußgängerfreundliche und barrierearme Stadt mit sicheren Wegen, attraktiven Aufenthaltsbereichen und einer Infrastruktur, die allen Generationen und Menschen mit unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnissen gerecht wird.

Wir werden den öffentlichen Raum konsequent aus der Perspektive der Fußgängerinnen und Fußgänger weiterentwickeln. Hierzu gehören ausreichend breite und gut nutzbare Gehwege, sichere Querungsmöglichkeiten,

Fußgängerzonen, verkehrsberuhigte Bereiche sowie eine Verkehrsplanung, die den Fußverkehr gleichberechtigt berücksichtigt. Bei der Planung und Sanierung von Straßen werden wir bestehende Nutzungskonflikte zwischen den verschiedenen Verkehrsarten frühzeitig identifizieren und geeignete Maßnahmen ergreifen, um diese nachhaltig zu entschärfen.

Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum werden wir konsequent weiter ausbauen. Bordsteine sollen im gesamten Stadtgebiet an Kreuzungen und Querungsstellen schrittweise abgesenkt werden, um Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Familien mit Kinderwagen sowie älteren Menschen eine selbstständige und sichere Fortbewegung zu ermöglichen. Gleichzeitig werden wir durch geeignete bauliche Maßnahmen dem verbotswidrigen Parken in Kreuzungsbereichen entgegenwirken und damit sowohl die Verkehrssicherheit als auch die Barrierefreiheit verbessern.

Wir werden die Schaltung von Lichtsignalanlagen kontinuierlich überprüfen und dort, wo es verkehrlich möglich und sinnvoll ist, stärker an den Bedürfnissen des Fußverkehrs ausrichten. Hierzu gehört insbesondere die Einrichtung zusätzlicher Grünphasen für Fußgänger, ohne dabei die Leistungsfähigkeit des gesamten Verkehrsnetzes aus dem Blick zu verlieren, sowie die Erprobung von Dauergrün für den Fuß- und Radverkehr (die Ampel schaltet erst dann, wenn sich ein Kfz nähert) in den Nebenzeiten.

Die Sicherheit von Kindern auf ihrem Schulweg hat für uns höchste Priorität. Deshalb werden wir die Schulwegsicherheit kontinuierlich verbessern und durch regelmäßige Kontrollen unterstützen. Gemeinsam mit Schulen, Eltern, Polizei und den Schutzleuten vor Ort werden wir geeignete Maßnahmen entwickeln, um Gefahrenstellen zu entschärfen und sichere Schulwege dauerhaft zu gewährleisten.

Hierzu gehören auch die Prüfung und gegebenenfalls die Erprobung neuer Konzepte wie temporäre oder dauerhafte Geschwindigkeitsreduzierungen und ausgewiesene Zonen für den Hol- und Bringverkehr (Kiss & Ride). Entscheidungen hierüber sollen stets gemeinsam mit den betroffenen Schulen sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten getroffen werden. Dabei steht die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler jederzeit im Mittelpunkt.

Die Wiesbadener Fußgängerzone soll ein sicherer und attraktiver Aufenthaltsort für alle Menschen bleiben. Deshalb werden wir die Einhaltung der geltenden Verkehrs- und Zufahrtsregeln konsequent kontrollieren und durch eine regelmäßige Präsenz der Stadtpolizei das Sicherheitsgefühl stärken. Die Zufahrt zur Fußgängerzone wollen wir durch versenkbare Poller regeln.

Wir werden Maßnahmen prüfen, um Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr weiter zu reduzieren. Hierzu zählt insbesondere die Untersuchung einer stärkeren Trennung der Verkehrsarten.

Radverkehr

Der Radverkehr ist in Wiesbaden eine Mobilitätsalternative, die gerade zu Hauptverkehrszeiten ein zügiges Vorankommen ermöglicht und so zur Entlastung der Straßen beiträgt. Wir wollen den Radverkehr als festen Bestandteil eines modernen und leistungsfähigen Mobilitätssystems weiter stärken. Unser Ziel ist ein sicheres, lückenloses und alltagstaugliches Radwegenetz, das Menschen jeden Alters eine komfortable und verlässliche Nutzung des Fahrrads ermöglicht. Dabei setzen wir auf ein ausgewogenes Miteinander aller Verkehrsarten und eine Infrastruktur, die Konflikte vermeidet und die Verkehrssicherheit erhöht.

In den kommenden Jahren werden wir den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur gezielt vorantreiben und bestehende Lücken im Radwegenetz schließen. Neben innerstädtischen Projekten werden wir insbesondere auch die Radverbindungen in das Wiesbadener Umland verbessern und die interkommunale Zusammenarbeit weiter vorantreiben. Die Umsetzung der Radschnellwege von der Innenstadt nach Mainz und Frankfurt hat für uns Priorität. Die hierfür nötigen Flächen werden wir sichern.

Besonderes Augenmerk legen wir auf sichere und attraktive Verbindungen zwischen den Stadtteilen sowie auf eine bessere Anbindung der Bahnhöfe und Haltepunkte. Fahrrad und öffentlicher Nahverkehr sollen künftig noch enger miteinander verzahnt werden. Hierzu werden wir Mobilitätsstationen weiterentwickeln, ausreichend Fahrradabstellanlagen schaffen und den Ausbau sicherer sowie möglichst abschließbarer Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen, wichtigen Haltepunkten und zentralen Zielen wie der Innenstadt konsequent vorantreiben. Wir wollen planerisch prüfen lassen, wie eine deutlich bessere Fahrrad-Anbindung des Hauptbahnhofs realisiert werden kann und bessere Abstellmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden können.

Um die Orientierung und Sicherheit für Radfahrende zu verbessern, werden wir Radverkehrsanlagen nach Möglichkeit einheitlich und deutlich kennzeichnen. Wo es verkehrlich sinnvoll und technisch möglich ist, sollen Radwege durchgängig farbig als solche markiert und die unterschiedlichen Verkehrsarten klar voneinander getrennt werden. Damit schaffen wir mehr Sicherheit sowohl für Radfahrende als auch für den Fußverkehr und den motorisierten Verkehr.

Zur Förderung des Radverkehrs gehört auch eine moderne Verkehrssteuerung. Deshalb werden wir die Einrichtung weiterer Grünpfeile für den Radverkehr zum Rechtsabbiegen prüfen und dort umsetzen, wo dies unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit möglich und rechtlich zulässig ist.

Die Kombination verschiedener Verkehrsmittel ist ein wesentlicher Baustein moderner Mobilität. Deshalb werden wir die Verknüpfung des Radverkehrs mit Sharing-Angeboten und dem öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen. Ziel ist eine nahtlose Mobilitätskette, die den Umstieg zwischen Fahrrad, Bus und Bahn einfach und komfortabel ermöglicht.

Öffentlicher Personennahverkehr

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist Voraussetzung für eine nachhaltige, sozial gerechte und wirtschaftlich starke Stadt. Unser Ziel ist ein zuverlässiges, verständliches und attraktives Nahverkehrsangebot, das den Bedürfnissen der Fahrgäste entspricht und eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt.

Wir werden die Liniennetzreform 2027 umsetzen und das im neuen Nahverkehrsplan entworfene Basisnetz realisieren. Die Einführung des neuen Busnetzes wird durch eine umfassende Informations- und Kommunikationskampagne begleitet. Die Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig und transparent über Veränderungen informiert, um die Akzeptanz des neuen Netzes zu stärken und einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Das Zielnetz bleibt unsere mittel- bis langfristige Perspektive. Seine schrittweise Umsetzung werden wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterverfolgen und regelmäßig überprüfen.

Ein attraktiver Nahverkehr setzt einen leistungsfähigen Betreiber voraus. Deshalb werden wir die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit ESWE Verkehr als moderner, zuverlässiger und wettbewerbsfähiger Mobilitätsdienstleister wahrgenommen wird. Dazu gehören eine stabile Betriebsorganisation, attraktive Arbeitsbedingungen sowie eine zukunftsorientierte Personalentwicklung. Unser Ziel ist es, dauerhaft einen zuverlässigen Busverkehr in Wiesbaden sicherzustellen.

Den geplanten Neubau des Betriebshofes werden wir mit Nachdruck vorantreiben. Hierbei soll auch eine vollständige Verlagerung auf einen neuen Standort geprüft werden, mit dem Ziel, wertige Flächen anderweitig zu nutzen. Mögliche Einnahmen könnten in diesem Fall zur Gegenfinanzierung des neuen Omnibusbetriebshofes herangezogen werden. Dabei streben wir einen modernen, leistungsfähigen und weitgehend elektrifizierten Betriebshof an, der den Anforderungen eines zukunftsfähigen Nahverkehrs gerecht wird und eine hohe Betriebsstabilität garantiert. Im Zuge der weiteren Elektrifizierung der Busflotte werden wir auch die Ladeinfrastruktur kontinuierlich ausbauen und insbesondere Endhaltestellenladepunkte hinsichtlich ihrer technischen, wirtschaftlichen und betrieblichen Eignung prüfen.

Neue Mobilitätsangebote ergänzen den klassischen Linienverkehr sinnvoll. Deshalb werden wir On-Demand-Verkehre weiterentwickeln und dort ausbauen, wo sie bestehende Angebote sinnvoll ergänzen und Wirtschaftlichkeit sowie Mobilitätsgewinn miteinander verbinden. Innovative Technologien wie autonom fahrende Shuttle-Systeme wollen wir modellhaft erproben und bei erfolgreicher Entwicklung schrittweise in das Wiesbadener Mobilitätsangebot integrieren.

Der barrierefreie Ausbau von Bushaltestellen wird beschleunigt. Dabei setzen wir neben umfassenden Umbaumaßnahmen auch auf pragmatische und kurzfristig umsetzbare Lösungen, um möglichst vielen Menschen schnell eine selbstständige und komfortable Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu ermöglichen.

Wir setzen uns für eine enge Verknüpfung des Busverkehrs mit dem Schienenverkehr sowie dem Rad- und Fußverkehr ein. Moderne Mobilitätsstationen, sichere Fahrradabstellanlagen, Sharing-Angebote und kurze Umsteigewege sollen den Wechsel zwischen den Verkehrsmitteln erleichtern und den Umweltverbund insgesamt stärken.

Für Schülerinnen und Schüler soll der öffentliche Nahverkehr einfach, verlässlich und attraktiv nutzbar sein. Deshalb werden wir das vergünstigte Schülerticket erhalten, um Familien, Kindern und Jugendlichen so bezahlbare Mobilität und Teilhabe zu ermöglichen.

Die Organisation der Fahrscheinkontrollen und der Umgang mit wiederholter Beförderungerschleichung liegt im Ermessen der ESWE Verkehr.

Schienenverkehr

Wir bekennen uns ausdrücklich zur zügigen Realisierung der Aartalbahn und werden ihre Wiederinbetriebnahme aktiv unterstützen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass neue Schienenverbindungen möglichst klimaneutral betrieben werden und einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der städtischen Klimaschutzziele leisten. Ebenso unterstützen wir eine leistungsfähige Anbindung der Aartalbahn an das bestehende Schienennetz.

Die Haltepunkte der Aartalbahn sollen von Beginn an sinnvoll in das Wiesbadener Busnetz integriert werden. Darüber hinaus werden wir uns für eine attraktive Verknüpfung mit dem Rad- und Fußverkehr sowie für ausreichende Park-and-Ride-Angebote insbesondere an den östlichen Haltepunkten der Ländchesbahn einsetzen.

Die Anbindung Wiesbadens an den Fernverkehr wollen wir nachhaltig stärken. Unser Ziel ist eine bessere Einbindung Wiesbadens in das deutsche und europäische ICE-Netz. Hierzu werden wir uns gegenüber der Deutschen Bahn und dem Bund für zusätzliche Fernverkehrshalte sowie eine Verbesserung der Fernverkehrsanbindung einsetzen.

Mit der Inbetriebnahme der Wallauer Spange erhält Wiesbaden eine deutlich verbesserte Anbindung an den Flughafen Frankfurt, den DB Fernverkehr und das regionale Schienennetz. Wir unterstützen die planmäßige Realisierung dieses Projekts und werden die sich daraus ergebenden Chancen für den Pendlerverkehr und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt aktiv nutzen. Das interkommunale Projekt zum Aufbau der Infrastruktur des Haltepunkts Wallau/Delkenheim und die Schaffung der nötigen Radwege- und Straßenanbindungen (insbesondere zwischen der L3017 und L3028) werden wir weiter vorantreiben.

Die Ländchesbahn besitzt für den Wiesbadener Osten und insbesondere für die Anbindung des Bundeskriminalamtes eine herausragende Bedeutung. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit den zuständigen Partnern für eine weitere Attraktivitätssteigerung der Strecke ein. Hierzu gehören die Perspektive eines 15-Minuten-Taktes, die Prüfung zusätzlicher zweigleisiger Streckenabschnitte, der barrierefreie Ausbau des Haltepunktes Igstadt, sowie die Schaffung zusätzlicher Park-and-Ride-Anlagen. Ebenso unterstützen wir den Bau eines zusätzlichen Haltepunktes zur besseren Erschließung des Bundeskriminalamtes. Darüber hinaus setzen wir uns für einen klimaneutralen Betrieb der Strecke ein.

Ein zuverlässiger Regionalverkehr ist für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Deshalb werden wir uns gegenüber den zuständigen Aufgabenträgern für einen stabilen, pünktlichen und leistungsfähigen Schienenverkehr im gesamten Rhein-Main-Gebiet einsetzen. Dies gilt insbesondere für die RB 10, deren Zuverlässigkeit nachhaltig verbessert werden muss. Gleichzeitig setzen wir uns für attraktive Direktverbindungen zwischen Wiesbaden und Frankfurt sowie einen 15-Minuten-Takt auf der S1, insbesondere zu den Hauptverkehrszeiten, ein.

Wir unterstützen den barrierefreien Ausbau der Verkehrsstationen Mainz-Kastel, Wiesbaden-Ost und Igstadt. Der Bahnhof Mainz-Kastel ist aufgrund seiner hohen Bedeutung für den regionalen Schienenverkehr zeitnah barrierefrei auszubauen und besser mit seinem Umfeld (Rheinufer und Brückenkopf) zu verknüpfen. Ebenso setzen wir uns für die Modernisierung des Bahnhofs Wiesbaden-Ost, einschließlich einer verbesserten Erreichbarkeit des umliegenden Industrie- und Entwicklungsgebietes, des Baus einer Verbindungsbrücke Richtung Unterer Zwerchweg sowie zusätzlicher Park-and-Ride-Angebote ein.

Wir begrüßen die Aufnahme der Igelsteinkurve in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans und werden uns für ihre zeitnahe Umsetzung einsetzen. Sie stellt einen wichtigen Baustein für die langfristige Stabilisierung der regionalen Schienenverbindungen dar.

Wir setzen uns für den vollständigen barrierefreien Ausbau aller Bahnsteige des Wiesbadener Hauptbahnhofs sowie für eine umfassende Modernisierung und Attraktivierung des Bahnhofsumfeldes und eine bessere Querungsmöglichkeit für Fuß- und Radverkehr ein. Dabei sollen insbesondere die Belange mobilitätseingeschränkter Menschen konsequent berücksichtigt werden.

Wir werden die Vernetzung aller Bahnhöfe und Haltepunkte mit dem städtischen Busverkehr, dem Radverkehr sowie Sharing-Angeboten kontinuierlich verbessern. Moderne Fahrradabstellanlagen, Sharing-Stationen und attraktive Umsteigemöglichkeiten sollen den einfachen Wechsel zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln ermöglichen und den Umweltverbund insgesamt stärken.

Ostfeldanbindung

Die Entwicklung des Ostfeldes zählt zu den bedeutendsten Stadtentwicklungsprojekten der kommenden Jahre. Voraussetzung für eine nachhaltige und leistungsfähige Entwicklung des neuen Stadtquartiers ist eine attraktive Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zu einer schienengebundenen Erschließung des Ostfeldes und werden die hierfür notwendigen Planungs- und Abstimmungsprozesse aktiv begleiten.

Dabei orientieren wir uns an den Vorgaben der Regionalversammlung, wonach die schienengebundene Anbindung eine wesentliche Voraussetzung für die verkehrliche Leistungsfähigkeit und die Förderfähigkeit des Gesamtprojekts darstellt. Unser Ziel ist es, die Erreichbarkeit des neuen Stadtquartiers frühzeitig sicherzustellen und gleichzeitig eine nachhaltige Verkehrsabwicklung zu gewährleisten.

Eine Schienenanbindung ist die Voraussetzung für die Realisierung eines neuen Stadtquartiers. Die hiermit verbundenen hohen Kosten wollen wir im finanzierbaren Rahmen halten. Dafür sollen technologieoffen verschiedene, auch innovative, schienengebundene Verkehrssysteme geprüft und, soweit möglich, in bereits bestehende Prüfungen einbezogen werden.

Neben den bereits angestoßenen Untersuchungen der Anbindung des Ostfelds, wollen wir folgende Varianten vertieft prüfen (alphabetisch):

- Anbindung an die S-Bahn (Wiesbaden-Ost)
- Magnetschwebbahn bis zum Hauptbahnhof
- Neuer Halt an bzw. Abzweigung von der Ländchesbahn

Die zu entwickelnde Lösung soll langfristig leistungsfähig, wirtschaftlich tragfähig und förderfähig sowie mit den regionalen Verkehrsstrukturen kompatibel sein. Die Prüfung und Realisierung einer Schienenanbindung stellt keinen Einstieg in ein Straßenbahnnetz dar.

Sharing und Multimodale Mobilität

Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der Sharing-Infrastruktur weiter unterstützen. Neue Standorte sollen sich am tatsächlichen Mobilitätsbedarf orientieren und insbesondere dort entstehen, wo sie den Umweltverbund sinnvoll ergänzen. Die Finanzierung erfolgt zweckgebunden aus den erhobenen Sondernutzungsgebühren und soll kostendeckend sein.

Carsharing

Carsharing ist ein wichtiger Bestandteil eines modernen und vernetzten Mobilitätsangebots. Es ergänzt den öffentlichen Personennahverkehr und bietet insbesondere in dicht besiedelten Stadtgebieten eine attraktive Alternative zum eigenen Fahrzeug.

E-Scooter

E-Scooter leisten als ergänzendes Mobilitätsangebot einen Beitrag zu einer modernen und vernetzten Mobilität. Insbesondere auf der ersten und letzten Meile können sie den öffentlichen Personennahverkehr sinnvoll ergänzen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine geordnete und sichere Nutzung des öffentlichen Raums.

Wir werden die Rahmenbedingungen für den Betrieb von E-Scootern gemeinsam mit den Anbietern weiterentwickeln. Unser Ziel ist es, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, um gleichzeitig die Nutzbarkeit des öffentlichen Raums für alle Verkehrsteilnehmenden sicherzustellen. Hierfür setzen wir auf regelmäßige, konsequente Kontrollen und Aufklärung.

Hierzu werden wir das bestehende System von Abstellzonen weiter ausbauen und bedarfsgerecht ausweiten. Die Standorte sollen sich an den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen orientieren und insbesondere an Bahnhöfen, Haltestellen sowie weiteren wichtigen Mobilitätsknotenpunkten eingerichtet werden. Dabei soll ein Verlust von Pkw-Parkflächen vermieden werden.

Taxi- und Mietwagenverkehr

Taxi- und Mietwagenunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Mobilität in Wiesbaden. Sie ergänzen den öffentlichen Personennahverkehr, sichern Mobilität in Randzeiten und übernehmen eine wichtige soziale Funktion, insbesondere für ältere Menschen sowie Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Wir werden gemeinsam mit den zuständigen Stellen prüfen, wie der Taxiverkehr unter den veränderten Marktbedingungen zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann. Dabei setzen wir uns für mehr Flexibilität bei der Preisgestaltung ein.

Andere Mobilitätsanbieter arbeiten bereits mit Festpreisen, was viele Nutzergruppen attraktiv finden, Taxis jedoch derzeit nicht anbieten dürfen. Das ist ein Wettbewerbsnachteil. Deshalb wollen wir für Taxis die Möglichkeiten zur Vereinbarung transparenter Festpreise im Rahmen der geltenden rechtlichen Vorgaben prüfen.

Verkehrsüberwachung

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden besitzt für uns höchste Priorität. Wir unterstützen das Leitbild der Bundesregierung von „Vision Zero“ und streben an, die Zahl schwerer Verkehrsunfälle kontinuierlich zu reduzieren. Dieses Ziel kann nur durch das Zusammenspiel von sicherer Infrastruktur, wirksamer Verkehrsüberwachung, Prävention und gegenseitiger Rücksichtnahme erreicht werden.

Wir werden die Verkehrsüberwachung organisatorisch neu aufstellen und dabei die Stadtpolizei sowie die Verkehrsüberwachung wieder ins Ordnungsamt integrieren. Gleichzeitig werden wir die Straßenverkehrsbehörde so organisieren, dass bestehende Synergien (z. B. beim Baustellenmanagement) bestmöglich genutzt und Entscheidungsprozesse beschleunigt werden.

Die Präsenz der Stadtpolizei im öffentlichen Raum werden wir erhöhen. Verstärkte Fußstreifen und Fahrradstaffeln sollen dazu beitragen, die Einhaltung der Verkehrsregeln sichtbar zu überwachen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Schulwegsicherheit sowie auf die konsequente Freihaltung von Rettungs- und Feuerwehrezufahrten.

Dort, wo es aus Gründen der Verkehrssicherheit erforderlich ist, werden wir ordnungsrechtliche Maßnahmen konsequent durchsetzen. Hierzu gehört auch das Abschleppen verbotswidrig abgestellter Fahrzeuge, wenn diese Rettungswege blockieren, die Verkehrssicherheit gefährden oder die Barrierefreiheit erheblich beeinträchtigen.

Durch den Einsatz von Scancars entlasten wir die Verkehrsüberwachung von zeitaufwändigen Routinekontrollen des stehenden Verkehrs und setzen freiwerdende Personalkapazitäten zur Erhöhung der Fußgänger- und Radfahrsicherheit ein.

Die Arbeit der Verkehrsüberwachung wollen wir transparenter und effizienter gestalten. Wir wollen die Arbeit der Verkehrsüberwachung mithilfe von Kennzahlen transparenter und besser steuerbar machen. Gleichzeitig werden wir innovative und technologieoffene Lösungen prüfen, um die Qualität und Effizienz der Verkehrsüberwachung weiter zu verbessern und die Mitarbeitenden bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Digitale Verkehrssteuerung

Die Digitalisierung bietet erhebliche Chancen, den Verkehr in Wiesbaden sicherer, leistungsfähiger und umweltfreundlicher zu gestalten. Deshalb werden wir den Einsatz intelligenter Verkehrsleitsysteme konsequent weiterentwickeln.

Die bestehende digitale Verkehrssteuerung (Digi-V) werden wir umfassend evaluieren und hinsichtlich ihrer Potenziale weiter optimieren. Ziel ist es, den Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern, Staus zu reduzieren und gleichzeitig die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Dabei werden wir moderne Technologien und datenbasierte Verkehrssteuerung nutzen, um Verkehrsströme flexibel an die jeweilige Verkehrslage anzupassen. Unser Ziel ist ein intelligentes Verkehrsmanagement, das den unterschiedlichen Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird und die Leistungsfähigkeit des gesamten Verkehrsnetzes stärkt.

Baustellenmanagement

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur setzt ein professionelles und vorausschauendes Baustellenmanagement voraus. Baustellen sind unvermeidbar, um Straßen, Brücken und Versorgungsleitungen dauerhaft in einem guten Zustand zu erhalten. Gleichzeitig müssen die Auswirkungen auf die Mobilität so gering wie möglich gehalten werden.

Wir werden das Baustellenmanagement der Landeshauptstadt Wiesbaden weiterentwickeln und Baustellen künftig noch besser aufeinander abstimmen. Ziel ist es, Einschränkungen für alle Verkehrsteilnehmenden zu minimieren und den Verkehrsfluss während der Bauzeit bestmöglich aufrechtzuerhalten.

Hierzu werden wir stellenneutral ein Team für Baustellenbeschleunigung und -koordination schaffen, das für mehr Beschleunigung und Koordination der Wiesbadener Baustellen sorgt. Dazu prüfen wir verschiedene Anreize, um Baustellen schneller abzuschließen (z. B. Bonus-Regelungen, Malus-Regelungen und Schichtarbeiten).

Bereits bei der Planung und Einrichtung von Baustellen werden die Belange aller Verkehrsarten berücksichtigt. Sichere Verkehrsführungen für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr sowie den Fußverkehr sind für uns gleichermaßen von Bedeutung. Insbesondere die Barrierefreiheit und die Sicherheit von Schulwegen sowie Rettungswegen werden bei allen Maßnahmen besonders berücksichtigt.

Unser Schwerpunkt liegt auf dem Erhalt und der Sanierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur. Durch eine vorausschauende Instandhaltung sowie die Nutzung von Synergien bei anderen Baumaßnahmen wollen wir größere Schäden vermeiden, die Lebensdauer der Verkehrswege verlängern und langfristig Kosten sowie Verkehrsbeeinträchtigungen reduzieren.

Fuhrparkmanagement

Wir werden den städtischen Fuhrpark zukunftsfähig, wirtschaftlich und nachhaltig aufstellen. Ziel ist ein modernes Fuhrparkmanagement, das den tatsächlichen Bedarf der Verwaltung abbildet, Ressourcen effizient nutzt und einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Wiesbaden leistet.

Hierzu wird ein zentrales Fuhrparkmanagement organisationsübergreifend die Nutzung der städtischen Fahrzeuge koordinieren. Durch ein digitales Fahrzeugbuchungssystem sowie standortbezogene Fahrzeugpools sollen vorhandene Kapazitäten besser ausgelastet, Überkapazitäten abgebaut und Doppelstrukturen vermieden werden. Gleichzeitig wollen wir die Verwaltung der Stellflächen effizienter gestalten und damit einen wirtschaftlichen Betrieb des gesamten Fuhrparks sicherstellen.

Grundlage für die Weiterentwicklung des Fuhrparks ist eine umfassende Bestandsaufnahme. Deshalb werden wir die Anzahl, den Standort und die Auslastung der städtischen Fahrzeuge systematisch erfassen und auf dieser Basis den tatsächlichen Fahrzeugbedarf überprüfen. Ziel ist eine bedarfsgerechte Fahrzeugflotte, die wirtschaftlich betrieben wird und den Anforderungen der unterschiedlichen Verwaltungsbereiche entspricht.

Die Organisation des Fuhrparkmanagements soll weiterhin innerhalb der Stadtverwaltung erfolgen. Dabei setzen wir auf eine Optimierung bestehender Strukturen und Prozesse. Zusätzliche Personalbedarfe sollen nach Möglichkeit vermieden werden.

Bei der Erneuerung der Fahrzeugflotte verfolgen wir das Ziel eines klimaneutralen Fuhrparks. Soweit technisch, wirtschaftlich und betrieblich sinnvoll, werden emissionsarme und emissionsfreie Antriebstechnologien bevorzugt eingesetzt. Gleichzeitig werden wir die hierfür notwendige Lade- und Betankungsinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Parken

Eine leistungsfähige und ausgewogene MIV-Parkraumpolitik ist ein wesentlicher Bestandteil einer funktionierenden Mobilität. Unser Ziel ist es, die Erreichbarkeit der Innenstadt und der Stadtteilzentren dauerhaft zu sichern, den Parksuchverkehr zu reduzieren und vorhandene Parkflächen effizienter zu nutzen. Gleichzeitig wollen wir den Bedürfnissen der Anwohnenden ebenso gerecht werden wie den Anforderungen des Einzelhandels, der Gastronomie, des Handwerks sowie der Besucherinnen und Besucher unserer Stadt. Dabei setzen wir auf Digitalisierung, eine bessere Auslastung bestehender Parkhäuser sowie ein transparentes und nachvollziehbares Tarifsystem.

Öffentlicher Raum ist begrenzt. Für viele Anwohnende, insbesondere in der Innenstadt, stehen dabei unterschiedliche Bedürfnisse nebeneinander: kurze Wege zum eigenen Parkplatz, mehr Verkehrssicherheit sowie mehr Stadtgrün und Aufenthaltsqualität im direkten Wohnumfeld. Unser Anspruch ist es, diese Interessen verantwortungsvoll in Einklang zu bringen.

Dabei gilt für uns ein klarer Grundsatz: Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, zur Entsiegelung und zur Begrünung sollen nicht zu einem steigenden Parkdruck führen. Um diese Flächenkonflikte zu entschärfen, wollen wir vorhandene Flächen effizienter und gerechter nutzen sowie bisher unzugängliche Stellplätze für die öffentliche Nutzung erschließen. Dazu verfolgen wir ein Bündel ineinandergreifender Maßnahmen:

Quartiersgaragen, digitale Parkraumbewirtschaftung und intelligente Parkleitsysteme helfen, bestehende Kapazitäten besser auszulasten und den Parksuchverkehr zu reduzieren. Gleichzeitig bringen wir neue Park-&-Ride-Angebote auf den Weg und stärken konsequent die Verknüpfung mit einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr.

Wir entwickeln die Parkraumbewirtschaftung weiter – fair, digital und transparent. Dabei prüfen wir unter anderem, wie Bewohnerparken sinnvoll mit der Nutzung städtischer Parkhäuser verknüpft werden kann, etwa durch Anrechnungsmodelle. Zusätzlich wollen wir bestehende Flächenpotenziale besser nutzen, etwa durch die Mehrfachnutzung von Supermarkt-, Behörden- und Schulparkplätzen außerhalb der Öffnungszeiten oder durch die bauliche Verdichtung von ebenerdigen Stellplätzen zu Quartiersgaragen.

Wo im Zuge von Umgestaltungen Stellplätze entfallen, gilt: Vermeidbarkeit hat Vorrang. Ist ein Wegfall im Sinne von Sicherheit, Barrierefreiheit oder Klimaanpassung notwendig, sorgen wir im Regelfall für einen Ausgleich im räumlichen Zusammenhang. Dabei streben wir unter anderem die effizientere Nutzung bestehender Kapazitäten wie Parkhäuser und Parkplätze an. Bei größeren Eingriffen (z. B. ab fünf durch eine Maßnahme wegfallenden Stellplätzen) stellen wir durch konkrete Ausgleichsmaßnahmen sicher, dass die Chance, einen freien Parkplatz zu finden, gleich bleibt.

Quartiersgaragen und Parkhäuser

Wir wollen die Auslastung der vorhandenen Parkhäuser deutlich erhöhen – gerade in den Abend- und Nachtstunden. Zur besseren Auslastung der Parkhäuser werden wir über die bestehenden Angebote verstärkt informieren und die Vorteile des Quartiersparkens stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger rücken.

In städtischen Parkhäusern werden wir schrittweise ein einheitliches Quartierstarifmodell einführen. Anwohnende sollen vergünstigte Parkmöglichkeiten erhalten, wenn sie ihren Bewohnerparkausweis aufgeben und stattdessen dauerhaft einen Stellplatz beziehungsweise einen Dauer-Nachtparktarif in einem Parkhaus nutzen. Ziel ist es, zusätzlichen Parkraum im öffentlichen Straßenraum freizusetzen, die Auslastung der Parkhäuser zu erhöhen und gleichzeitig den Anwohnenden ein attraktives und verlässliches Angebot zu unterbreiten. Abends noch vorhandene Parkhauskapazitäten wollen wir Menschen mit Bewohnerparkausweis preisgünstig für das Übernachten zur Verfügung stellen. Abhängig vom Standort können auch entsprechende Tagesmodelle realisiert werden.

Dabei werden wir unterschiedliche Tarifmodelle prüfen und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Hierzu gehören insbesondere vergünstigte Monatsangebote für Anwohnende, attraktive Nachtparktarife, dynamische Tarife mit einer vergünstigten Nutzung bis in die Tagesstunden sowie kombinierte Quartierstarife. Die konkrete Ausgestaltung soll sich an der jeweiligen Auslastung der einzelnen Parkhäuser orientieren und wirtschaftlich tragfähig sein.

Unser Ziel ist es, die grundlegenden Prinzipien eines solchen Quartierstarifs stadtweit in allen städtischen Parkhäusern anzuwenden. Soweit dies rechtlich und wirtschaftlich möglich ist, sollen diese Angebote perspektivisch auch auf weitere Parkhäuser ausgeweitet werden. Bei auslaufenden Verträgen werden wir prüfen, ob weitere Parkhäuser in kommunale Verantwortung übernommen oder in geeigneter Weise in das städtische Parkraumkonzept integriert werden können.

Die Nutzung der Angebote soll für die Bürgerinnen und Bürger möglichst einfach erfolgen. Deshalb werden wir die Digitalisierung der Parkhäuser konsequent vorantreiben. Digitale Kennzeichenerkennung, automatisierte Abrechnungssysteme sowie nutzerfreundliche Registrierungsverfahren sollen Verwaltungsaufwand reduzieren und den Komfort für die Nutzerinnen und Nutzer erhöhen. Hierzu werden wir einen datenschutzkonformen und möglichst automatisierten Datenaustausch zwischen den beteiligten städtischen Gesellschaften und den zuständigen Fachämtern schaffen.

Darüber hinaus werden wir die Einführung weiterer digitaler Parklösungen prüfen und uns dabei an erfolgreichen Modelle anderer Städte orientieren. Hierzu gehören insbesondere App-basierte Parksysteme, digitale Monatsabrechnungen sowie innovative Parkplattformen. Gleichzeitig werden wir die Registrierung von Dienst- und Firmenfahrzeugen für das Bewohnerparken vereinfachen, sofern diese regelmäßig privat genutzt werden.

Kurzzeitparken und Innenstadt

Eine attraktive Innenstadt benötigt ein kundenfreundliches Parkangebot. Deshalb werden wir gemeinsam mit Handel, Gastronomie und den Parkhausbetreibern neue Modelle für das Kurzzeitparken entwickeln.

Hierzu prüfen wir die Einführung eines vergünstigten Kunden-Parktarifs in ausgewählten Innenstadtbereichen und Parkhäusern. Ziel ist es, kurze Besorgungen und Einkäufe zu erleichtern und gleichzeitig den teilnehmenden Einzelhandel sowie die Gastronomie zu stärken. Erfahrungen anderer Städte sollen hierbei ausgewertet und geeignete Pilotprojekte entwickelt werden.

Darüber hinaus werden wir die Einführung günstiger Einstiegstarife für das Parken speziell in den Kernbereichen der Stadtteile prüfen. Die konkrete Ausgestaltung soll sich an den örtlichen Bedürfnissen orientieren und flexibel an die jeweiligen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Bewohnerparken

Das Bewohnerparken bleibt ein wichtiger Bestandteil unserer Parkraumpolitik. Unser Ziel ist es, den Anwohnenden in dicht besiedelten Quartieren weiterhin Parkmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und die vorhandenen Stellplätze effizient zu nutzen.

Die bestehenden Bewohnerparkgebiete werden wir überprüfen und an die tatsächlichen Lebensrealitäten anpassen. Dabei sollen insbesondere gewachsene Quartiere, Stadtteilgrenzen sowie Pendler- und Parkdruck berücksichtigt werden. Über die Einrichtung weiterer Bewohnerparkgebiete soll weiterhin unter enger Einbindung der Ortsbeiräte und unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten entschieden werden.

Wir werden die Parkraumüberwachung stärken und konsequent gegen Fahrzeuge vorgehen, die dauerhaft regelwidrig öffentlichen Parkraum blockieren. Hierzu gehören insbesondere Anhänger, Wohnmobile sowie sonstige Fahrzeuge, die gegen geltende Regelungen verstoßen oder die Verfügbarkeit von Parkraum erheblich einschränken.

Die Gebühren für Bewohnerparkausweise sollen transparent, nachvollziehbar und rechtssicher ausgestaltet werden. Dabei werden wir die tatsächlichen Verwaltungskosten ebenso berücksichtigen wie die bestehenden rechtlichen Spielräume. Gleichzeitig werden wir regelmäßig überprüfen, ob Anpassungen der Parkraumbewirtschaftung erforderlich sind und dabei die sozialen Auswirkungen ebenso berücksichtigen wie die wirtschaftlichen Interessen der Stadt. Den Prozess zur Bewohnerparken-Anmeldung mit privat genutzten Firmenwagen wollen wir vereinfachen.

Mit Hilfe eines entsprechenden digitalen Service wollen wir den Anwohnenden die Möglichkeit geben, kurzfristig Fahrzeuge ihres Besuchs oder selbst genutzte Leihfahrzeuge für 24 Stunden zum Parken in der jeweiligen Bewohnerparkzone freizuschalten.

Digitalisierung und Parkraumentwicklung

Die Digitalisierung soll auch im Bereich Parken konsequent genutzt werden. Deshalb werden wir bargeldlose Bezahlungsmöglichkeiten an Parkscheinautomaten flächendeckend ermöglichen und bei Neuanschaffungen grundsätzlich entsprechende Systeme vorsehen.

Darüber hinaus werden wir bestehende Parkflächen sowie geeignete Potenzialflächen systematisch untersuchen. Hierzu zählen insbesondere Standorte für neue Quartiersgaragen, Mobilitätshubs sowie Park-and-Ride-Anlagen. Bei allen Projekten werden wir mögliche Förderprogramme des Landes Hessen, des Bundes sowie der Europäischen Union frühzeitig einbeziehen.

2.2 Sicherheit gewährleisten und stärken

Sicherheit und Schutz sind zentrale Voraussetzungen für ein gutes Leben in unserer Stadt. Sicherheit verstehen wir im erweiterten Sinne: als Zusammenspiel von objektiver Sicherheit, Sicherheitsgefühl, Prävention, sozialer Infrastruktur und resilienter Krisenvorsorge. Wir stärken Feuerwehr, Stadtpolizei, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz. Unser Ziel sind gut ausgestattete, handlungsfähige Einsatzkräfte und verlässliche Strukturen, die die Bevölkerung schützen, warnen und informieren und öffentliche Räume für alle Menschen sicher, sauber und barrierefrei gestalten.

Freiwillige Feuerwehr

Wir werden die bestehende Sanierungsliste für die Wiesbadener Feuerwehrgerätehäuser aktualisieren und den baulichen Status quo aller Standorte nochmals kritisch überprüfen. Zur Stärkung der Einsatzfähigkeit werden wir den Erwerb zusätzlicher Führerscheine der Klasse C für ehrenamtliche Einsatzkräfte fördern. Synergien mit ESWE Verkehr sollen dabei geprüft werden.

Bei der Beschaffung setzen wir klare Prioritäten. Die Einsatzfähigkeit hat Vorrang vor repräsentativen Maßnahmen. Daher werden wir zunächst den Bedarf an modernen Rüst- und Rettungswerkzeugen decken, bevor beispielsweise Neuananschaffungen bei Ausgehuniformen erfolgen.

Die Gewinnung und Bindung von Nachwuchskräften bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Bewährte Nachwuchsprogramme, etwa Zeltlager oder vergleichbare Angebote, sollen mit Unterstützung städtischer Gesellschaften und Eigenbetriebe, beispielsweise mattiaqua, entwickelt und umgesetzt werden. Zudem werden wir prüfen, ob Lehrgänge künftig verstärkt regional übergreifend angeboten werden können, um Ausbildungskapazitäten besser auszulasten und den Zugang zu Qualifizierungsmaßnahmen zu erleichtern. Zur langfristigen Sicherung qualifizierten Personals werden wir Jahrespraktika bei der Feuerwehr und der Stadtpolizei ermöglichen und ausbauen sowie den Austausch mit der Hochschule RheinMain intensivieren. Dabei prüfen wir, inwieweit eine projektbezogene Beteiligung, beispielsweise bei Umbaumaßnahmen und Neubauten von Feuerwehrgerätehäusern, ermöglicht werden kann. Insbesondere im Bereich dualer Studiengänge, Praktika, Abschlussarbeiten und gemeinsamer Projekte sollen frühzeitig Perspektiven für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst der Landeshauptstadt Wiesbaden geschaffen werden.

Berufsfeuerwehr

Wir setzen uns für die Wiedereinführung einer Rettungshundestaffel ein und werden den Bedarf sowie die organisatorischen Voraussetzungen hierfür unter Berücksichtigung der bisherigen Kritik prüfen.

Die Einhaltung der Hilfsfristen in den Vororten und Außenbereichen Wiesbadens werden wir umfassend überprüfen und auf dieser Grundlage eine sachgerechte und nachhaltige Lösung entwickeln. Darüber hinaus werden wir die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen an den Betrieb der Leitstelle überprüfen und eventuell bestehende Defizite beseitigen.

Um dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, werden wir die Bewerbungsverfahren beschleunigen und die bestehenden Personal- und Auswahlstrukturen auf Effizienz und Zukunftsfähigkeit überprüfen. Der Handlungsbedarf wurde nicht nur für die Feuerwehr, sondern für die Stadtverwaltung insgesamt gesehen. Eine Abstimmung mit der zuständigen Arbeitsgruppe Verwaltung und Personal erscheint sinnvoll. Gleichzeitig werden wir den Personalfaktor in der Feuerwehr insgesamt evaluieren und den tatsächlichen Personalbedarf anhand objektiver Kriterien neu bewerten. Ebenso werden wir die bestehenden Aufgaben- und Stellenbeschreibungen sowie das Besoldungssystem evaluieren und gegebenenfalls anpassen, um eine faire und wettbewerbsfähige Vergütung sicherzustellen. Wir werden die Überstundenentwicklung innerhalb der Stadtpolizei und der Feuerwehr analysieren und Maßnahmen zum Abbau struktureller Mehrbelastungen erarbeiten.

Öffentliche Sicherheit und Sicherheitsgefühl

Wir stärken die objektive Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in den öffentlichen Räumen Wiesbadens. Auf Grundlage aktueller Sicherheitsdaten verbinden wir sichtbare Präsenz, Prävention, Sozialarbeit, gute, energieeffiziente und tierfreundliche Beleuchtung sowie eine sichere, saubere und barrierefreie Stadtgestaltung mit geeigneten ordnungsrechtlichen und technischen Maßnahmen.

Wir entwickeln gemeinsam mit Landes- und Stadtpolizei, Suchthilfe und den zuständigen Fachstellen ein integriertes Konzept zum Umgang mit konsumbezogenen Problemlagen im öffentlichen Raum. Dabei sollen ordnungspolitische, präventive und sozialarbeiterische Maßnahmen sinnvoll miteinander verbunden werden.

In der Fußgängerzone wird die Präsenz der Stadtpolizei erhöht. An weiteren besonders belasteten Orten verstärken wir eine verlässliche und gut ansprechbare Präsenz. Zudem prüfen wir die Wiedereinführung des Schutzmanns beziehungsweise der Schutzfrau vor Ort von der Stadtpolizei. Umfang, Einsatzzeiten und örtliche Schwerpunkte werden anhand der Sicherheitslage und des tatsächlichen Bedarfs gesteuert.

Wir entwickeln ergänzende Maßnahmen zur Vermeidung diskriminierenden Vorgehens und zur Stärkung diskriminierungsfreier Sicherheitskonzepte.

Bei der Gestaltung öffentlicher Räume orientieren wir uns am Wiener Ansatz, der die Einsehbarkeit, Orientierung, Belebung und Beleuchtung frühzeitig berücksichtigt. Nach dem Vorbild Rotterdams entwickeln wir gemeinsam mit Bewohnerschaft und lokalen Netzwerken quartiersbezogene Sicherheitskonzepte. Regelmäßige Sicherheitsbegehungen unter Beteiligung der Stadtgesellschaft, insbesondere auch von Frauen und weiteren bislang wenig berücksichtigten Gruppen, ergänzen die Sicherheitsplanung. Die Maßnahmen werden auf Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit, Datenschutz sowie mögliche Verdrängungs- und Diskriminierungseffekte überprüft.

Wir prüfen auf Grundlage fachlicher Empfehlungen von Landes- und Stadtpolizei den bedarfsgerechten Ausbau von Videoschutzanlagen an kriminalitätsbelasteten Orten und stärken dabei auch deren präventive Wirkung durch eine bessere Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Videoschutz soll dabei mit aufsuchender Sozialarbeit sowie präventiven Maßnahmen verbunden werden.

Wir wollen die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl am Platz der Deutschen Einheit erhöhen und prüfen hier gemeinsam mit den zuständigen Behörden alle geeigneten und rechtssicheren Maßnahmen wie zum Beispiel die Wiedereinführung der Alkoholverbotszone und sozial begleitende Programme.

Wir erarbeiten ein Beleuchtungskonzept zur Reduzierung von Angsträumen und zur Verbesserung von Sicherheit und Aufenthaltsqualität in den Abendstunden. Wir setzen Maßnahmen zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls an Bushaltestellen um.

Stadtpolizei und kommunale Gefahrenabwehr

Wir stärken die Stadtpolizei personell, organisatorisch und technisch als bürgernahe, professionelle und rechtsstaatlich handelnde Säule der kommunalen Gefahrenabwehr. Präsenzzeiten, Personalbedarf und örtliche Schwerpunkte werden anhand von Einsatzaufkommen, Aufgabenentwicklung, Überstunden, Reaktionszeiten und lokalen Bedarfen fortlaufend überprüft. Digitale Werkzeuge zur Einsatzsteuerung, Dokumentation und Lagebewertung werden sicher und bedarfsgerecht weiterentwickelt. Verbindliche Fortbildungsstandards umfassen insbesondere Deeskalation, Einsatzkommunikation, Antidiskriminierung, interkulturelle Kompetenz, psychische Krisen, Suchterkrankungen, häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Eigenschutz.

Wir stärken die Stadtpolizei in Sichtbarkeit, Ausbildung, Ausstattung und Deeskalationsfähigkeit. Maßnahmen im öffentlichen Raum erfolgen lagebezogen, rechtsstaatlich, diskriminierungsfrei und in Verbindung mit Prävention, Sozialarbeit und Suchthilfe. Nach dem Vorbild von „sip züri“ (Sozialarbeit auf Zürichs Straßen) prüfen wir ergänzend, wie aufsuchende Sozialarbeit und qualifizierte Konfliktvermittlung die Stadtpolizei entlasten können. Vorrang haben Deeskalation, Kommunikation und Prävention. Wir prüfen die Organisationsstrukturen der kommunalen Gefahrenabwehrbehörden und passen diese gegebenenfalls an.

Wir führen die bestehende Waffenverbotszone fort und prüfen mögliche Erweiterungen in Abstimmung mit Landes- und Stadtpolizei, lageabhängig und auf Grundlage aktueller Sicherheitsbewertungen und wissenschaftlicher Expertise.

Versenkbare Poller sollen konsequent umgesetzt werden, um sensible Bereiche besser, flexibler und auch optisch ansprechender zu schützen.

Wir streben an, gemeinsam mit ESWE-Verkehr ein Aktionsbündnis „Sicherheit in Bussen“ zu initiieren, mit Fokus auf Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung.

Schutz von Einsatzkräften

Wir stärken den Schutz der haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte von Stadtpolizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen vor Bedrohungen, körperlichen Angriffen und digitaler Gewalt. Wir prüfen, inwieweit interne anonyme Meldesysteme hinsichtlich Gewalterfahrungen untereinander bereits bestehen und werden diese gegebenenfalls ausbauen. Gemeinsam mit Beschäftigten, Personalvertretungen, Einsatzorganisationen, Arbeitsschutz und Strafverfolgungsbehörden entwickeln wir ein organisationsübergreifendes Schutz- und Nachsorgekonzept. Übergriffe werden nach einheitlichen Standards gemeldet, anonymisiert ausgewertet und zur Weiterentwicklung von Prävention, Ausstattung, Dienstanweisungen und Schulungen genutzt.

Wir bauen organisationsübergreifende Trainings zum Beispiel nach dem Vorbild des Augsburger Projekts „Gemeinsam gegen Gewalt“ aus. Die psychosoziale Unterstützung stärken wir in Anlehnung an die Einsatznachsorgestrukturen der Berliner Feuerwehr durch Peer-Angebote, vertrauliche Ansprechpersonen und verlässliche Nachsorge für Einsatzkräfte und Spontanhelfende.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz

Wir modernisieren den kommunalen Bevölkerungsschutz und passen ihn an Extremwetterereignisse, Strom-, Wärme- und Kommunikationsausfälle, Pandemien sowie neue und hybride Gefahrenlagen an. Grundlage bilden regelmäßig fortgeschriebene Risiko- und Bedarfsanalysen nach dem Verfahren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie dem hessischen Heimatschutz.

Wir entwickeln den städtischen Krisenstab und die kommunale Gefahrenabwehrplanung weiter. Notfall-, Einsatz- und Krisenpläne werden regelmäßig aktualisiert, aufeinander abgestimmt und gemeinsam mit Feuerwehr, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen, THW, Verwaltung, Gesundheitswesen und weiteren systemrelevanten Einrichtungen praktisch geübt.

Nach dem Vorbild Mülheims prüfen wir eine geschützte digitale Struktur zur Übermittlung von Betriebsfähigkeit, Engpässen und Unterstützungsbedarfen. Analoge Rückfallebenen werden gewährleistet. Die Wiesbadener Katastrophen-

schutz-Leuchttürme entwickeln wir in Anlehnung an das Kölner Modell zu dezentralen, verlässlich ausgestatteten und mit der Leitstelle verbundenen Notfalltreffpunkten weiter. Die zuständige Abteilung für Krisenmanagement der Berufsfeuerwehr wird gestärkt. Außerdem werden dezentrale Lösungen mit allen Hilfsorganisationen erarbeitet, womit wir die Resilienz stärken. Zudem prüfen wir Kommunikationswege und Konzepte, um die Bevölkerung schon vor etwaigen Krisen besser zu informieren sowie die Erstellung eines gesamtheitlichen Wiesbadener Konzepts, in Anlehnung an den regional übergreifenden „Tag der Retter“. Informationskampagnen und regelmäßige Übungen stärken die Eigenvorsorge und das Wissen über Warn- und Entwarnsignale. Besonders berücksichtigt werden ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und weitere unterstützungsbedürftige Gruppen.

Warnung und Krisenkommunikation

Wir entwickeln die Warnung und Krisenkommunikation der Landeshauptstadt zu einem verlässlichen, redundanten und inklusiven Gesamtsystem weiter. Die Bevölkerung soll schnell erreicht, verständlich informiert und fortlaufend mit überprüften Handlungsanweisungen sowie einer eindeutigen Entwarnung versorgt werden. Dabei orientieren wir uns am Warnmittelmix des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Wir verknüpfen Sirenen, Cell Broadcast, Warn-Apps, Rundfunk und städtische Informationskanäle.

Die Sirenenabdeckung wird überprüft und bedarfsgerecht verbessert. Für Ausfälle von Strom, Mobilfunk oder Internet halten wir belastbare analoge Rückfallebenen vor. Warnungen werden barrierefrei, mehrsprachig, in einfacher und verständlicher Sprache bereitgestellt. Dabei orientieren wir uns am BBK-Konzept für Warninformationen.

Wir wollen ein ehrenamtliches Unterstützungskonzept in Zusammenarbeit mit den zuständigen kommunalen Stellen entwickeln, in dem geschulte freiwillige Helfende als Vermittelnde für Bevölkerungsschutzthemen die Einsatzkräfte bei delegierbaren Aufgaben entlasten und unterstützen. Dabei prüfen wir Synergien mit dem hessischen Heimatschutzregiment.

Kritische Infrastrukturen

Wir werden alle bereits vorhandenen Strategien evaluieren und gegebenenfalls ausbauen. Außerdem prüfen wir die kommunale KRITIS-Strategie und stärken die Resilienz kritischer Infrastrukturen insbesondere in den Bereichen Energie, Wasser, Gesundheit und Pflege, Kommunikation, Verwaltung und Gefahrenabwehr. Gemeinsam mit städtischen Beteiligungen sowie Einsatz- und Sicherheitsorganisationen sowie wissenschaftlichen Einrichtungen entwickeln wir ein integriertes kommunales KRITIS-Konzept.

Nach dem integrierten Risikomanagement des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erfassen wir und die zuständige städtische Stelle fortlaufend kritische Dienstleistungen, gegenseitige Abhängigkeiten, Kaskadeneffekte und Versorgungslücken. Für prioritäre Einrichtungen definieren wir in Anlehnung an den KIRMin-Ansatz („Kritische Infrastrukturen – Resilienz als Mindestversorgungskonzept“) Mindestversorgungs-, Notbetriebs- und Wiederanlaufziele. Notstrom, Kommunikation, Datensicherung, Versorgungslogistik und personelle Handlungsfähigkeit werden regelmäßig geprüft.

Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Inselbetriebsfähigkeit geeigneter kommunaler Einrichtungen werden geprüft. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und weitere sensible Einrichtungen werden in die Notfall- und Verlagerungsplanung besonders einbezogen. Nach dem Vorbild Helsinkis führen wir sektorübergreifende Übungen durch. Ergänzend prüfen wir nach dem Ansatz Barcelonas ein Beratungsangebot zur betrieblichen Kontinuitätsplanung für lokale Unternehmen und soziale Einrichtungen.

Schutzräume und Notfallinfrastruktur

Wir entwickeln für Wiesbaden ein abgestuftes Konzept für kostenlose Aufenthaltsräume sowie Schutzräume und dezentrale Notfallinfrastruktur. Dabei verbinden wir vorhandene Schutzbauwerke und kurzfristig schutzbietende Räume mit Katastrophenschutz-Leuchttürmen sowie geeigneten Wärme-, Kühl-, Betreuungs- und Versorgungsorten in Absprache mit der zuständigen Verwaltungsstelle. Wir prüfen, welche Schutzräume erhalten, ertüchtigt und multifunktional genutzt werden können und ziehen dabei die bisherigen Strukturen mit ein.

Rettungsdienst und Hilfsorganisationen

Wir binden weiterhin den Rettungsdienst und die Hilfsorganisationen partnerschaftlich ein. Wir fördern Qualifizierung, Nachwuchsgewinnung, Ehrenamt und Kooperationen mit Unternehmen, Schulen und Hochschulen. Ehrenamtliche Strukturen, Aus- und Fortbildung sowie die psychosoziale Versorgung von Einsatzkräften und Spontanhelfenden werden in den Fokus gerückt.

Prävention und soziale Sicherheit

Wir verstehen Prävention und gesellschaftliche Resilienz als gemeinsame Aufgabe von Sicherheitsbehörden, Sozial-, Jugend-, Gesundheits- und Bildungsverwaltung, freien Trägern sowie der Stadtgesellschaft.

Wir prüfen quartiersbezogene Präventionsrunden in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf mit entsprechender Bürgerbeteiligung. Maßnahmen gegen Gewalt sowie Extremismus und Radikalisierung werden gestärkt. Das hessische KOMPASS-Programm entwickeln wir mit der zuständigen kommunalen Stelle als Instrument lokaler Sicherheitsanalyse und Bürgerbeteiligung weiter. Bei Kindern und Jugendlichen prüfen wir verbindliche Kooperationen von Schulen, Jugendhilfe, Sozialarbeit und Polizei. Soziale Arbeit bleibt fachlich eigenständig. Bestehende und künftige Maßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Gewaltprävention und Opferschutz

Wir stärken Gewaltprävention und Opferschutz als verbindlichen Bestandteil der kommunalen Sicherheitsarchitektur.

Bestehende Strukturen wie die lokale Koordinierungsstelle und das Netzwerk zur Istanbul-Konvention, Frauenhäuser und Fachberatungsstellen, die medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung sowie „Luisa ist hier!“ werden besser miteinander verzahnt.

Regelmäßige „Safety Audits“ sollen geschlechtsspezifische Angsträume, unsichere Wege und Schutzlücken identifizieren. Daraus werden konkrete Maßnahmen für Beleuchtung, Sichtachsen, sichere Heimwege und Notrufmöglichkeiten abgeleitet.

Veranstaltungssicherheit

Wir wollen sichere, offene und vielfältige Veranstaltungen in Wiesbaden und verbinden ein hohes Schutzniveau mit verhältnismäßigen, transparenten und für haupt- wie ehrenamtliche Veranstaltende handhabbaren Verfahren. Bestehende Kriterien werden gemeinsam mit den städtischen Ämtern und zuständigen Behörden sowie dem Veranstaltungsbüro auf den Prüfstand gestellt, mit dem Ziel, ehrenamtliche Veranstaltende zu entlasten. „Luisa ist hier!“ und vergleichbare Schutzangebote werden verstetigt.

Städtischer Verwarnungs- und Bußgeldkatalog

Wir entwickeln den Wiesbadener Verwarnungs- und Bußgeldkatalog beständig weiter. Schwere und wiederholte Verstöße sowie Verunreinigungen an besonders sensiblen Orten werden stärker gewichtet.

2.3 Wohnraum für alle – bezahlbar, ökologisch und sozial

Wiesbaden braucht dringend bezahlbare Wohnungen für alle. Das gilt für alle Lebensphasen: für Auszubildende, die hier starten wollen, für Familien und Singles ebenso wie für ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderung, die in vertrauter Umgebung bleiben oder generationenübergreifend leben möchten. Wohnen hat eine essentielle Bedeutung und ist für uns Ausdruck der Lebensgestaltung und Verankerung in der Stadt.

Wohnformen

Flexible Bauweisen durch unterschiedliche Wohnungsbausträger (insbesondere öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, private Bauträger, Baugemeinschaften und gemeinschaftliche Wohnprojekte) schaffen die Wohnformen, die den verschiedenen Lebensentwürfen und Lebensabschnitten entsprechen.

Zur Unterstützung von bestehenden und sich gründenden Genossenschaften prüfen wir (ggf. in interkommunaler Zusammenarbeit) die Gründung einer genossenschaftlichen Immobilienagentur.

Innovative Wohnformen und Konzeptvergabe

Wir wollen die Vergabe von Wohnbauflächen nach dem besten Konzept ausweiten. Mit der Förderung gemeinschaftlichen Wohnens stärken wir Nachbarschaften und schaffen soziale Verbindungen. Wir wollen es durch transparente, verlässliche und schnelle Verfahren einfacher machen, Projekte zügig in die Tat umzusetzen. Neben Wohnungsbaugesellschaften und bestehenden Genossenschaften erleichtern wir auch die Beteiligung von Genossenschaftsbanken. Neue Projekte wollen wir mit Best-Practice-Beispielen unterstützen.

Bezahlbares Wohnen

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften leisten mit ihrem bezahlbaren Wohnungsangebot einen wichtigen Beitrag für Haushalte mit kleinem sowie mittlerem Einkommen und tragen zu einer Stabilisierung des Mietspiegels bei. Wir wollen deren Bestand an sozial gebundenen und frei finanzierten Wohnungen in den nächsten Jahren weiter ausbauen.

Bei Neuvermietungen frei finanzierter und ungebundener Wohnungen vermieten die städtischen Gesellschaften grundsätzlich nicht über dem Mittelwert im Mietspiegel. Gewinne sollen die Wohnungsbaugesellschaften in Neubau, Instandhaltung und Sanierung investieren. Auf Gewinnabführungen an den städtischen Haushalt sowie auf Zuschüsse aus ihm wollen wir verzichten.

Wir wollen insbesondere mit gemeinwohlorientierten Wohnungsbaugesellschaften die Anzahl der sozial gebundenen Wohnungen erhöhen und dauerhaft sicherstellen. Bei Neubauvorhaben gelten die WiSoBoN-Richtlinie und der Baulandbeschluss. Im Rahmen einer im Einzelfall flexiblen Handhabung bedürfen Abweichungen nach unten einer zwingenden Begründung und Zustimmung durch die städtischen Gremien, sind aber grundsätzlich möglich. Um durchmischte Stadtteile und Quartiere zu erhalten, vermeiden wir eine Konzentration sozialgebundenen Wohnraums in einzelnen Gebieten.

Flächen und Gebäude nutzen – Leerstand vermeiden

Wir wollen auf Eigentümer leerstehender Gebäude oder überbaubarer Flächen und Gebäude zugehen, um sie nutzbar zu machen.

Im Jahre 2021 wurde durch die Landesregierung die Möglichkeit für die Kommunen geschaffen, die Grundsteuer C wieder zu erheben. Wir werden eine entsprechende Einführung prüfen, um unbebaute, aber baureife Grundstücke höher zu besteuern als bebaute Grundstücke.

Sobald die Arbeitsgruppe des hessischen Städtetags die Mustersatzung für die Umsetzung des Hessischen Leerstandsgesetzes erarbeitet hat, werden wir eine passende Umsetzung für Wiesbaden ausgestalten. Wir sind uns einig, dass nur tatsächlich spekulativer Leerstand von ordnungsrechtlichen Maßnahmen betroffen sein darf. Wir stellen durch Satzung und Verwaltungshandeln sicher, dass schutzwürdige private Interessen wie laufende Sanierungen, beantragte Umbauten, ungeklärte Erbfolgen oder besondere räumliche Näheverhältnisse, etwa bei einer Einliegerwohnung in einem Einfamilienhaus, gewahrt bleiben. Bei befristet geltenden schutzwürdigen privaten Interessen erhalten Eigentümer angemessen viel Zeit zur Behebung der Hinderungsgründe. Ordnungsrechtliche Maßnahmen werden immer im Einzelfall geprüft.

Wohnen in allen Lebensphasen

Wir erleichtern älteren Menschen den Umzug aus großen in kleinere, barrierefreie Wohnungen durch passende Angebote wie lebenslange Mietverträge und eine niedrigschwellige Wohnungstauschbörse.

Wiesbaden ist Hochschul- und Ausbildungstadt. Mit den zahlreichen Studierenden und Auszubildenden wächst auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Viele junge Menschen können sich die marktüblichen Mieten jedoch nicht leisten. Deshalb wollen wir die Entwicklung zusätzlicher, bezahlbarer Wohnangebote für Studierende und Auszubildende gezielt fördern und ihnen so eine verlässliche Perspektive in Wiesbaden bieten. Dabei setzen wir sowohl auf klassische Wohnheime als auch auf moderne gemeinschaftliche Wohnformen. Mehr passende Wohnangebote für diese Zielgruppen entlasten zugleich den allgemeinen Wohnungsmarkt.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das Studierendenwerk und andere Träger beim Bau neuer Wohnplätze stärker unterstützen. Auch die städtischen Wohnungsbau-gesellschaften sollen einen klaren Beitrag zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Auszubildende leisten. Dabei sollen studiennahe Angebote zur Kinderbetreuung mitgedacht werden. Zudem werden wir das Studierendenwerk aktiv bei der Suche nach geeigneten Grundstücken für neue Wohnheime unterstützen. Wir beteiligen die entsprechenden Verbände und Institutionen (Studierendenvertretung, Handwerkskammer, IHK, Kreishandwerkerschaft, Gewerkschaftsjugend) an der Entwicklung von Projekten für studentisches Wohnen und Azubiwohnen.

Wir schaffen zudem geeignete Rahmenbedingungen für den Bau weiterer Betriebswohnungen und Business-Appartements durch GWW oder Unternehmen, soweit hier besondere Bedarfe zur Fachkräftegewinnung oder -sicherung bestehen.

Vulnerable Gruppen

Wenn Frauen aus Frauenhäusern keine Wohnung finden, verzögert sich ihr Neustart in ein selbstbestimmtes Leben. Zugleich bleiben Frauenhausplätze so länger belegt als notwendig. Daher wollen wir ihnen gezielt Wohnungen zur Verfügung stellen.

Wir helfen Menschen mit bedarfsgerechter Beratung und aktiven Unterstützungsangeboten, damit sie nicht in Wohnungs- und Obdachlosigkeit geraten. Dabei berücksichtigen wir die Hessische Landesstrategie.

Obdachlosigkeit wollen wir mit dem Housing-First-Ansatz überwinden. Denn Menschen, die in die Obdachlosigkeit geraten sind, brauchen in erster Linie eine Wohnung, um anschließend Probleme wie eine Abhängigkeitserkrankung, Arbeitslosigkeit, psychische Probleme oder Ähnliches anzugehen.

Wo das nicht möglich oder von den Betroffenen gewünscht ist, halten wir ausreichend Schlafplätze und medizinische Versorgung vor. Insbesondere für starke Kälte und Hitze entwickeln wir weitere Maßnahmen, um Menschen ohne eigene Wohnung besser zu schützen.

Durch aufsuchende Straßensozialarbeit werden Betroffene direkt angesprochen, beraten und Perspektiven zur Beendigung von Wohnungslosigkeit entwickelt. Wir führen die Arbeitsgemeinschaft #wohin fort, die Sozialleistungs- und Jobcenter, Stadtpolizei, Gesundheits- und Suchthilfe, Caritas, Diakonie und Ehrenamtliche unter einer Koordinierungsstelle verbindet, um obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum zu helfen.

Wir entwickeln geeignete Maßnahmen, um der verdeckten Wohnungslosigkeit bei Frauen zu begegnen.

2.4 Kultur in Wiesbaden und Städtepartnerschaften stärken

Kultur ist elementarer Bestandteil einer demokratischen Öffentlichkeit, die urbanes Leben erst ermöglicht und maßgeblich bereichert. Wir möchten daher die bestehende Vielfalt der kulturellen Angebote in Wiesbaden bewahren, gezielt und nachhaltig ausbauen sowie neue Impulse fördern. Um diese Ziele zu erreichen, möchten wir nachdrücklich bürgerschaftliches Engagement anregen, ermöglichen und unterstützen und die Zusammenarbeit verschiedener Akteure, Träger und Institutionen stärken.

Wir wollen Kultur mit anderen Bereichen wie etwa Wirtschaft, Bildung oder Stadtentwicklung konsequent zusammendenken und als gemeinsamen Treiber für zukunftsweisende Kulturprojekte und eine lebendige, demokratische Entwicklung unserer Stadt nutzen.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung von kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche, die als kommende Generationen noch stärker von den kreativen Potenzialen der Kultur profitieren sollen.

Sichtbarkeit und öffentlicher Raum

Die Vielfalt und Qualität der kulturellen Angebote in Wiesbaden ist bislang zu wenig sichtbar. Aus diesem Grund wollen wir auf bereits vorhandene Konzepte aufbauen und die Kultur in Wiesbaden zu einer Dachmarke weiterentwickeln. Zusätzlich werden wir zu diesem Zweck die Entwicklung einer gemeinsamen Plattform prüfen, auf der nicht nur über städtische Institutionen, sondern über alle Kulturangebote in der Stadt informiert und für diese geworben werden kann.

Die in Zusammenarbeit mit der AG Sichtbarkeit des Kulturbeirats erarbeiteten Projekte wie beispielsweise die Infobox Kultur wollen wir fortsetzen, die Freiplakatierung mindestens auf aktuellem Niveau beibehalten und die Zusammenarbeit mit dem Partnernetzwerk verstetigen.

Zur Sichtbarkeit der Kultur in der Stadt trägt insbesondere auch die Einbeziehung des öffentlichen Raumes bei. Kunst und Kultur sollen daher im Stadtraum noch stärker sichtbar und erlebbar werden.

Wir wollen neue Aufstellflächen für Kunstwerke prüfen, temporär wie dauerhaft und zu diesem Zwecke auch auf private Mäzene und Sponsoren zugehen.

Wir möchten den öffentlichen Raum zudem für interkulturelle Interventionen durch die Partnerstädte Wiesbadens zur Verfügung stellen und Netzwerke für Kulturschaffende in der Region Rhein-Main unterstützen.

Freie Graffitiflächen in der ganzen Stadt, insbesondere in den Vororten, eröffnen Jugendlichen und Kunstschaffenden neue Ausdrucksmöglichkeiten und stärken Wiesbaden als Ort lebendiger urbaner Kultur.

Wir wollen außerdem prüfen, wie der öffentliche Raum in der Advents- und dunklen Winterzeit durch ein neues, künstlerisch hochwertiges Licht- oder Videokunstkonzept mit temporären Installationen zusätzlich belebt werden kann.

Innenstadt und Nachtleben

Die gegenwärtige Transformation der Innenstadt im Zuge sich ändernder Einkaufsgewohnheiten bietet nach unserer Überzeugung die Chance, durch kulturelle Angebote und Nutzungen neue Impulse zu setzen. Temporär oder dauerhaft kulturell genutzte Räume in zentraler Lage dienen als Dritte, idealerweise auch als konsumfreie Orte, und erhöhen zugleich die urbane Attraktivität und Besucher-Frequenz des Stadtzentrums, auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten. Kulturelle Nutzungen stehen daher nicht in Konkurrenz zum klassischen Einzelhandel, sondern tragen langfristig zu dessen Sicherung bei.

Da zahlreiche Flächen im Stadtzentrum durch Leerstand gekennzeichnet sind und zeitgleich viele kulturelle Institutionen neue Wirkungsorte suchen, werden wir das Management der Immobilien im Besitz der Stadt oder städtischer Gesellschaften in diesem Sinne sensibilisieren und optimieren.

Wir sind uns zudem der strukturellen Raumnot zahlreicher Kulturinstitutionen, -initiativen und Kulturschaffenden bewusst und werden daher versuchen, diese Raumnot durch prinzipielle Einbeziehung der kulturellen Belange in der städtischen Immobilienverwaltung und der Stadtplanung zu beheben. Wir setzen uns in diesem Sinne auch für die Mehrfachnutzung städtischer Gebäude ein.

Für den Kulturort Walhalla trägt die Stadt eine besondere Verantwortung, der sie gerecht werden muss. Wir streben eine diesem historischen Bauensemble entsprechende kulturelle Nutzung an. Eine Sanierung der Walhalla wird jedoch ohne umfangreiche Fördermittel von Land, Bund und EU nicht darstellbar sein. Wir werden uns daher intensiv um entsprechende Fördermittel oder alternative Finanzierungsmöglichkeiten bemühen. Sollte die Umsetzung trotzdem nicht finanzierbar sein, werden wir alle Optionen prüfen (beispielsweise Umnutzung, Verpachtung, Verkauf).

Wir werden dazu beitragen, dass das Künstlerhaus43 einen neuen Standort in zentraler Lage erhält und unterstützen bis dahin temporäre Lösungen für die Aufrechterhaltung des Spielbetriebs.

Wir wollen das städtische Leben in der Innenstadt auch in den Abend- und Nachtstunden fördern. Zu diesem Zweck werden wir eine Nachtökonomie-Studie zur Entwicklung des Nachtlebens und der Nachtkultur beauftragen, aus der Handlungsempfehlungen für die Verwaltung entwickelt werden sollen.

Ferner wollen wir als Pendant zur sehr erfolgreichen „Kurzen Nacht der Galerien und Museen“ im Frühjahr für den Herbst ein neues abendliches bzw. nächtliches Kulturevent unter Einbeziehung der Wirtschaftsförderung entwickeln lassen.

Kulturelle Bildung, Kinder- und Jugendkultur

Wir werden das Förderprogramm kulturelle Bildung weiterführen. Darüber hinaus wollen wir die kulturelle Bildung jedoch grundsätzlich stärken, ausbauen und in neuen Strukturen verankern. Dafür sehen wir den Ganztags-Nachmittag als Schlüssel: Hier sollen kulturelle Erfahrungen über den klassischen Unterricht hinaus gemacht werden.

In Zusammenarbeit mit der freien Kulturszene, Initiativen und Vereinen wollen wir die Schule öffnen für Projekte und Workshops in allen kulturellen Bereichen. Kulturelle Angebote der Schulen selbst oder auch die jetzt schon bestehenden Kooperationen mit Museen oder Theatern bleiben weiterhin genauso wichtig wie die Initiativen der Kulturschaffenden und die Bildungsangebote im Ferienprogramm.

Wir wollen die kulturelle Bildung jedoch verstetigen, indem wir sie zusammen mit Kulturschaffenden, öffentlichen Institutionen sowie der freien Szene in den Nachmittag an den Schulen integrieren. Entsprechend wollen wir uns für Kooperationen zwischen Schulen und Kulturschaffenden einsetzen. Hierzu wollen wir im städtischen Schulamt eine Koordinierungsstelle einrichten, die sowohl den Vereinen, Kulturschaffenden und Organisationen Schulen vermittelt als auch umgekehrt Schulen passende Angebote kommuniziert, sodass auf beiden Seiten der Aufwand für die Herstellung einer Kooperation vereinfacht wird. Gleichzeitig soll diese Koordinierungsstelle auch proaktiv auf Vereine, Kulturschaffende und Organisationen zugehen und Angebote gemeinsam mit Vereinen und Organisationen entwickeln, die passenden Schulen entsprechend angeboten werden können. Wir wollen diese neuen Schul-Kultur-Partnerschaften zeitnah einführen und sie in das Verfahren zur Gestaltung der verschiedenen Ganztagsangebote verankern. Kinder und Jugendliche sollen dabei aktiv beteiligt werden.

Die Fußgängerzone der Innenstadt ist gerade für Jugendliche ein beliebter Freizeitort. Aber für sie fehlt ein Aufenthaltsort, der konsumfrei und gleichzeitig schützende Anlaufstelle ist. In einem Leerstand wollen wir deswegen als Pilot einen niedrigschwelligen Jugendtreffpunkt einrichten. Für den Fall der Verstetigung wollen wir bestehende Angebote bündeln und stärker in die Fußgängerzone verlagern. Außerdem wollen wir die Einführung weiterer Projekte in Anlehnung an das Youth Culture Festival prüfen, um Jugendlichen und Jugendorganisationen mehr Möglichkeiten zu geben, sich an Kulturprojekten zu beteiligen.

Wir regen ein Kinderkulturhaus in zentraler Lage und privater Trägerschaft in der Innenstadt an, das attraktiver Anlaufpunkt für Familien nach dem Vorbild vergleichbarer Institutionen wie dem Münchner Kindermuseum werden soll. Im Zentrum der Idee steht die analoge Sinneserfahrung, um kulturelle Erfahrungsräume erlebbar zu machen und Kreativität zu wecken. Zu diesem Zweck möchten wir auf freie Träger zugehen, um kurz- und mittelfristig ein entsprechendes Projekt zu realisieren, das zunächst einmal auch nur temporär, etwa im Rahmen einer Pop-up-Nutzung, denkbar wäre.

Freie Kulturszene

Uns ist eine transparente, verlässliche und nachhaltige Finanzierung der freien Kulturszene wichtig, da diese nur so in ihrer Vielfalt und Qualität erhalten und weiterentwickelt werden kann. Wir werden den Kulturentwicklungsplan konsequent weiterverfolgen.

Um mehr Planungssicherheit als bisher zu ermöglichen, prüfen wir, wie den institutionell geförderten freien Trägern ein Sockelbetrag über einzelne Haushaltszyklen hinaus stabil in Aussicht gestellt werden kann. Alle über diesen Sockelbetrag hinausgehenden finanziellen Mittel sollen wie bisher nach Vorschlag einer Jury zugewiesen werden, wobei die Jury erst nach Festlegung der Mittel im Haushalt entscheidet, sodass deren Votum – anders als bisher – tatsächlich auch umgesetzt werden wird.

Neben den institutionell geförderten Trägern sind für uns auch die freien Initiativen und innovative Projekte von Bedeutung, die auf städtische Förderungen durch die freien Projektmittel angewiesen sind. Durch diese Mittel können insbesondere auch junge, noch unerprobte kulturelle Impulse gestärkt werden. Da gerade freie Projekte zur Einwerbung von Drittmitteln auf eine Basisfinanzierung angewiesen sind, erachten wir eine Erhöhung dieser Mittel für sinnvoll.

Weil Kultur ein maßgeblicher Standortfaktor für den Tourismus und die Steigerung der Attraktivität der Stadt für Studierende, Unternehmen und die Stadtgesellschaft insgesamt darstellt, streben wir an, einen Teil des erhobenen Kurbeitrages in die Kultur zu investieren.

Wir prüfen die Einführung eines Härtefonds, um kurzfristig den Bestand von in Notlagen geratenen Kultureinrichtungen sichern zu können.

„Wiesbaden Engagiert“ steht auch für Kultureinrichtungen offen. Wir wollen die Projektwoche stärker bewerben und Kultureinrichtungen ermutigen, Projekte mit Hilfe des Engagements in Wiesbaden ansässiger Unternehmen zu realisieren.

Die Vision eines KulturCampus im Kulturpark vereint freie Szene, Kreativwirtschaft und Handel. Wir wollen das soziokulturelle Projekt weiterhin positiv begleiten und vorantreiben. Die nächsten Schritte zur Konkretisierung und Weiterentwicklung des Projekts liegen aktuell im Feld der Initiatoren. Als Stadt bieten wir jedoch Unterstützung als Gesprächspartner und Brückenbauer zu möglichen Kooperationspartnern an. Unabhängig vom Fortgang des KulturCampus werden wir den Betrieb der bestehenden Institutionen Krea und Kontext am Standort Kulturpark sichern.

Wir wollen zudem alle zwei Jahre ein Nachhaltigkeits-Summit für Initiativen, Vereine und Kultureinrichtungen veranstalten, um Wissenstransfer zu ermöglichen und Anregungen zu geben. Darüber hinaus wollen wir freie Kultureinrichtungen auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit unterstützen und bestärken, indem wir einen Kultur-Nachhaltigkeitspreis vergeben.

Kulturelles Erbe und Erinnerungskultur

Wir wollen das kulturelle Erbe der Stadt dauerhaft sichern und besser als bisher für die Öffentlichkeit erschließen. Zu diesem Zweck werden wir beispielsweise die notwendige Anschubfinanzierung für das analoge und digitale Konzept „Historisches Wiesbaden“ bereitstellen, damit dessen Umsetzung sukzessive in Angriff genommen werden kann.

Wir bemühen uns weiter darum, das Fluxus-Erbe und die Sammlung Berger dauerhaft in Wiesbaden zu halten und zugänglich zu machen. Die Friedrich-Wilhelm-Murnau-Stiftung wollen wir dauerhaft an ihrem Standort Wiesbaden sichern, wozu zeitnah Gespräche mit allen Beteiligten geführt werden sollen.

Um die Bedeutung des von der Stiftung bewahrten Filmerbes erlebbar zu machen, wollen wir im Stadtzentrum die dauerhafte öffentliche Präsentation des UNESCO-Weltdokumentenerbe-Films Metropolis anlässlich seines 100. Jubiläums im Jahr 2027 ermöglichen.

Das kulturelle Erbe der Stadt ist für uns auch ein wichtiger Identifikationsfaktor, weshalb wir ihre Geschichte sichtbar und erlebbar machen wollen. Wir wollen bei der anstehenden Neugestaltung des Kochbrunnenplatzes ein stärkeres Gewicht auf die historische Bedeutung dieses Stadtraums legen. Wir wollen das baukulturelle Erbe der Stadt noch besser als bisher schützen und für kommende Generationen bewahren. Wir wollen uns daher dafür einsetzen, dass das denkmalgeschützte Baukulturerbe der Stadt digitalisiert und öffentlich zugänglich gemacht wird.

Als Stadt wollen wir unserer Vorbildrolle gerecht werden und werden uns daher noch intensiver als bisher bemühen, die Kulturdenkmäler in städtischem Besitz ihrem historischen Wert entsprechend zu erhalten. Zu diesem Zweck entwickeln wir für herausragende Bauten und Anlagen langfristige Erhaltungskonzepte.

Zudem möchten wir bürgerschaftliches Engagement im Bereich der Denkmalpflege und Baukultur anregen, fördern und unterstützen. Aus diesem Grund wollen wir den kommunalen Fördertopf für private Denkmalschutzmaßnahmen erhöhen.

Wir entwickeln die Wiesbadener Erinnerungskultur weiter und stärken sie nachhaltig.

Stadtmuseum

Wir sehen die Stadt in der Pflicht, die Stiftung Stadtmuseum zeitnah räumlich, organisatorisch und konzeptionell weiterzuentwickeln. Wir wollen für die Sammlungen der Stiftung Stadtmuseum in zentraler Lage dauerhaft konservatorisch geeignete neue Räume für die Präsentation von Dauer- und Sonderausstellungen zur Verfügung stellen.

Die bisherigen Probleme und Herausforderungen des Museums machen wir jedoch nicht allein am Standort fest, sodass wir einen grundsätzlichen Neustart der Arbeit der Stiftung anstreben. Hierzu zählt etwa die Umbenennung des „Stadtmuseums“,

da diese Bezeichnung mit Blick auf die weit überregionale Ausrichtung und Bedeutung vieler Sammlungsbestände irreführend ist und thematisch einengt.

Zugleich bietet dieser Schritt der Stiftung bzw. dem Museum die Chance, sich künftig als eine Dachstiftung für Wiesbadener Sammlungen der Geschichte, Kunst und Kultur weiterzuentwickeln. So können Strukturen gestrafft und effizienter gestaltet sowie neue Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und mäzenatische Stiftungen geschaffen werden. Veranstaltungs- und Ausstellungskonzepte sollen künftig ein klares Profil erhalten und ein größeres Publikum ansprechen.

Wir unterstützen die Erforschung von Sammlungsbeständen aus kolonialen Kontexten, fördern Transparenz und wissenschaftliche Aufarbeitung.

Staatstheater

Das Hessische Staatstheater wartet weiterhin auf die seit vielen Jahren sich in Planung befindliche Generalsanierung, die vom Land vorbereitet wird und die wir als Stadt weiterhin eng begleiten werden. Im Falle des Hessischen Staatsballetts sehen wir die Notwendigkeit, den Tänzerinnen und Tänzern möglichst zeitnah eine Verbesserung ihrer Proben- und Arbeitsbedingungen in Aussicht stellen zu können. Eine solche Lösung kann jedoch nur in Kooperation mit dem Land und – als zweitem kommunalen Träger der Kompanie – der Stadt Darmstadt erfolgen.

In diesem Sinne wollen wir prüfen, ob die am Bahnhof Biebrich geplante Staatstheater-Interimsspielstätte partiell für die Sparte Tanz bereits vor Beginn der Generalsanierung realisiert und auch nach Abschluss der Sanierung als Tanzhaus dauerhaft genutzt werden kann. Neben einer neuen Perspektive für das Staatsballett böte diese Variante auch eine Lösung für das bislang ungelöste Raumproblem in den Bestandsgebäuden des Staatstheaters, das im Zuge der Sanierung ohnehin angegangen werden muss.

Wir werden zudem Gespräche mit den Städten Kassel und Darmstadt als weitere Standorte Hessischer Staatstheater führen mit dem Ziel, gemeinsam auf das Land zuzugehen, um die Finanzierung des Betriebs der Theater konkret zu diskutieren. Wir wollen dabei erreichen, die gegenwärtig ungefähr hälftige Finanzierung zwischen Stadt und Land sehr klar zugunsten der Kommunen zu verschieben.

Kulturelle Vielfalt und Inklusion

Wir setzen uns für eine inklusive Kultur ein. Das bedeutet die Förderung und Stärkung der Sichtbarkeit bislang unterrepräsentierter, das heißt weiblicher, migrantischer und queerer Perspektiven sowie von Menschen mit Behinderung.

Das Förderprogramm für interkulturelle Projekte wollen wir weiterführen. Kooperationen zwischen Kulturvereinen, freien Trägern und migrantischen Communities werden stärker unterstützt.

Kulturinstitutionen begleiten wir dabei, ihre Programme, Personalentwicklung und Publikumsansprache diversitätsorientiert weiterzuentwickeln, um neue Zielgruppen zu erreichen. Wir fördern den barrierefreien Umbau von Kulturorten.

Städtepartnerschaften

Wir unterstützen die teils seit Jahrzehnten erfolgreich gelebten Städtepartnerschaften und Stadtteilpartnerschaften. Wir fördern den kulturellen Austausch und die (internationalen) Begegnungen und wollen vor allem Austauschprogramme mit Jugendlichen und Studierenden stärken.

Den Austausch und die guten (persönlichen) Beziehungen zu den Partnerstädten wollen wir nutzen, um demokratische Werte zu stärken und Initiativen und Vereine zu unterstützen, die diese Werte in den Partnerstädten fördern.

Die Partnerschaftsvereine in Wiesbaden sind bedeutende Anker für gelebte Partnerschaften und ein sichtbares Zeichen für das internationale Miteinander in Wiesbaden. Diese gilt es weiter zu stärken, indem wir unter anderem jährlich einen Tag der Städtepartnerschaften ins Leben rufen.

Mit kreativen Ideen wollen wir auf unsere Partnerstädte aufmerksam machen, z. B. prüfen wir die Aufstellung einer digitalen Säule, die eine Direktschaltung in die Städte ermöglicht, um gegenseitige Begegnungen in Echtzeit zu ermöglichen.

Die begonnenen Sondierungsgespräche zur Gründung einer offiziellen Städtepartnerschaft mit der US-amerikanischen Stadt Cary in North Carolina wollen wir zu einem erfolgreichen Abschluss bringen und sie mit Leben füllen.

2.5 Sport und Ehrenamt als Fundament gesellschaftlichen Zusammenhalts fördern

Sport, Freizeit und ehrenamtliches Engagement sind tragende Säulen des gesellschaftlichen Lebens in Wiesbaden. Sie fördern Gesundheit, Gemeinschaft, Integration und den Zusammenhalt zwischen den Generationen. Sportvereine und ihre Ehrenamtlichen leisten hierfür täglich einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Stadt und ihre Stadtteile.

Kinder und Jugendliche lernen im Sport Werte wie Fairness, Respekt und Teamgeist. Gleichzeitig schafft Sport Begegnung und Teilhabe für Menschen aller Altersgruppen. Für uns gehört Sport zu einer leistungsfähigen kommunalen Infrastruktur und ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Jeder Mensch soll sich frei, vielfältig und mit Freude in seiner Freizeit entfalten können. Unser Ziel ist ein lebendiges Wiesbaden, in dem Sport, Freizeit, Feste und bürgerschaftliches Engagement dauerhaft verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Wir wollen Wiesbaden als leistungsfähige und attraktive Sportstadt für den Breiten- und Spitzensport weiterentwickeln. Sport und Bewegung sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Gesundheitsvorsorge und der sozialen Integration. Alle Menschen sollen sich in Wiesbaden frei, vielfältig und selbstbestimmt in ihrer Freizeit entfalten können. Ehrenamtliches Engagement verdient Respekt, Anerkennung und verlässliche Unterstützung durch Verwaltung und Politik. Wir wollen ehrenamtliche Tätigkeit verstärkt fördern und stärker auf der politischen Agenda verankern. Dies gilt insbesondere für die Jugendförderung in den Vereinen. Stadtfeste und Kulturveranstaltungen sowie ein verantwortungsvoll gestaltetes Nachtleben sind Ausdruck einer lebendigen Stadt.

Sport ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

Die kostenfreie Nutzung von stadteigenen Sportanlagen für Wiesbadener Vereine bleibt erhalten. Mit der Sanierung des Helmut-Schön-Sportparks soll in der laufenden Wahlperiode begonnen werden; die Umsetzung erfolgt schrittweise. Ziel ist es außerdem, den Sportpark Rheinhöhe im Jahr 2027 fertigzustellen und die Bäderlandschaft in Wiesbaden langfristig zu sichern. Weiterhin investieren wir gezielt in die sportliche Infrastruktur, unter anderem in den Neubau des Hallenbads Kostheim. Priorität hat für uns der Neubau der Taunushalle einschließlich eines Stadtteilzentrums. Ebenso anzustreben sind eine 4-Felder-Halle in Schierstein sowie eine 3-Felder-Halle in Kloppenheim.

Ein Sanierungsfahrplan mit einer transparenten Bedarfsübersicht für Pflege und Erhalt von Sportplätzen und Bädern wird erstellt. Dabei werden ökologische Anforderungen bei Modernisierungen und Erweiterungen berücksichtigt. Auch mögliche Mehrfachnutzungen werden geprüft. Bei Neubauten und Sanierungen von Sportstätten stehen klimaneutrale Lösungen zur Kälteversorgung im Fokus.

Angestrebt wird die Realisierung von WLAN in Sportstätten und Bürgerhäusern. Nach dem Vorbild der Stadt Gießen prüfen wir eine digitale Belegungsplattform für Hallen und Plätze und streben ihre Integration in die Wiesbaden-App an.

Ein Sportentwicklungsplan mit Bestandsaufnahme und Bürgerbeteiligung soll die Sportförderung insbesondere im Breiten-, Nachwuchs- und Trendsport gezielt weiterentwickeln.

Veranstaltungen von besonderer Bedeutung für Wiesbaden sollen weiterhin berücksichtigt werden. Dazu zählen beispielsweise das Pfingstturnier des Wiesbadener Reit- und Fahrclubs (WRFC) und die Wiesbadener Tennis Open (WTO).

Breiten- und Spitzensport sowie sportliche Großveranstaltungen werden unterstützt und stärken damit Wiesbaden als Sport- und Veranstaltungsstandort.

Awareness, Fairplay und Gewaltprävention in Sportvereinen werden weiterhin unterstützt. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind vor Gewalt, Diskriminierung und sexualisierten Übergriffen zu schützen.

Gezielt fördern wir den Behindertensport – mit barrierefreien Anlagen, inklusiven Vereinen und Informationsangeboten. Nach dem Vorbild Darmstadts soll eine Website darüber informieren, welche Vereine Sportangebote für Menschen mit Behinderungen anbieten.

Schwimmbäder

Jedes Kind soll die Möglichkeit erhalten, sicher schwimmen zu lernen. Deshalb sollen zusätzliche Schwimmbadkapazitäten für Schulen und Vereine sowie vergünstigte Tickets für Kinder und Jugendliche bereitgestellt werden. Die Ausbildung von Rettungsschwimmern wird gezielt gefördert. Bei hohen Temperaturen sollen Sport- und Badeanlagen ihre Öffnungszeiten nach Möglichkeit anpassen. Dazu können Öffnungszeiten in kühlere Abendstunden verlagert oder verlängert werden; außerdem soll ein Frühschwimmertarif geprüft werden.

Freizeit und Feste für alle

Dem E-Sport soll mehr Raum gegeben und Wiesbadener Sportvereine beim Aufbau von E-Sportabteilungen unterstützt werden.

Das Angebot altersgerechter Spiel- und Sportgeräte im öffentlichen Raum wird erweitert. Bei der Planung und Gestaltung der Flächen liegt ein besonderer Schwerpunkt auf Verschattung und Entsiegelung; zugleich werden die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen, Mädchen und anderen Nutzergruppen berücksichtigt.

Gemeinsame Nutzungskonzepte zwischen Schul- und Vereinssport werden gestärkt. Darüber hinaus wird die Öffnung weiterer städtischer Flächen für den Freizeitbedarf geprüft.

Zusammen mit der Fachgruppe Bildung, den Schulen, Sportverbänden und möglichen Trägern prüfen wir die Einrichtung eines Sportinternats oder Teilzeitinternats.

Mehr offene Orte für Jugendliche sollen entstehen. Lage und Gestaltung werden gemeinsam mit Jugendlichen und dem Jugendparlament entwickelt.

Geprüft wird außerdem, Spielplätze und Sportanlagen als rauch- und vapefreie Bereiche auszuweisen.

Ebenso prüfen wir die Einrichtung von Trinkwasserbrunnen und Sprühnebelanlagen nach Wiener Vorbild an geeigneten Sport- und Freizeitflächen.

Auch die Einrichtung eines zentralen Dauerfestplatzes für Großveranstaltungen wird geprüft.

Ehrenamt verdient Respekt und Unterstützung

Angestrebt wird, die Jugendförderung und die Übungsleiterzuschüsse auf ein zeitgemäßes Niveau anzuheben.

Bürokratische Hürden für ehrenamtlich Engagierte, Vereine und Brauchtumsinitiativen sollen abgebaut und Genehmigungsprozesse vereinfacht werden.

Die Finanzmittel für das Freiwilligenzentrum, die Wiesbaden Stiftung, das Jugendinformationszentrum (JIZ) und demokratiefördernde Einrichtungen wie das Aktive Museum Spiegelgasse sollen gesichert werden.

Vereine und Initiativen, die sich für den Schutz der Demokratie einsetzen, sollen weiterhin gefördert werden. Dazu zählen Formate wie die Woche der Demokratie in Klarenthal.

Die Ehrenamtskarte wird sichtbar beworben und perspektivisch in die Wiesbaden-Card integriert. Darüber hinaus soll den Ehrenamtlichen mit einer jährlichen Feier gedankt werden.

Ausgebaut werden außerdem Austauschformate zum Ehrenamt unter Einbeziehung der Ehrenamtskoordinierungsstelle, der Politik und der Verwaltung.

Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung umfasst die aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in politische Entscheidungs- und Planungsprozesse. Sie ist ein wesentliches Element lebendiger Demokratie und reicht von gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren bis zu freiwilligen Beteiligungsformaten. Diese Grundsätze sind für uns richtungsweisend.

Angestrebt wird, Bürgerinnen und Bürger bei geeigneten Best-Practice- und Pilotprojekten zu Klimaneutralität, Beteiligung, Integration und Digitalisierung einzubeziehen.

Jugendparlament, Stadtschülerrat, Seniorenvertretungen und weitere betroffene Gruppen werden frühzeitig in Projekte einbezogen, die ihre Interessen wesentlich betreffen.

Transparent dokumentiert wird die Bürgerbeteiligung: Ergebnisse, Rückmeldungen und der Umgang mit Vorschlägen werden nachvollziehbar veröffentlicht.

3. Wiesbaden als Stadt für alle gestalten

3.1 Beste Voraussetzungen für Bildung schaffen in Kita und Schule

Bildung ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und einer erfolgreichen Zukunft. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen in Wiesbaden unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen die bestmöglichen Bildungs- und Entwicklungschancen zu eröffnen.

Frühkindliche Bildung und verlässliche Kinderbetreuung sind dafür ein wichtiger Baustein. Wir wollen in Wiesbaden eine gute und inklusive Betreuung mit ausreichend Plätzen, verlässlichen Betreuungszeiten, bezahlbaren Beiträgen und guten Rahmenbedingungen für Kinder und Fachkräfte.

Zudem setzen wir auf ein vielfältiges und leistungsfähiges Schulangebot, das unterschiedliche Bildungswege ermöglicht, individuelle Begabungen fördert und echte Wahlfreiheit für Familien gewährleistet. Als Schulträger wollen wir die Wiesbadener Schulen konsequent weiterentwickeln – mit modernen, attraktiven und klimaresilienten Gebäuden und Schulgeländen, guter digitaler Ausstattung, verlässlichen Ganztagsangeboten und einer starken Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Unser Ziel ist es, dass Schulen Orte sind, an denen Kinder und Jugendliche erfolgreich lernen, ihre Talente entfalten, Demokratie und Zusammenhalt erleben und sich sicher und wohl fühlen können.

Frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung

Betreuungs- und Platzgarantie

Wir werden durch einen bedarfsgerechten Ausbau den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gewährleisten und streben eine Betreuungs- und Platzgarantie an. Das seit langer Zeit angestrebte Versorgungsziel für Kinder unter 3 Jahren von 48 % soll bis Ende 2030 endlich erreicht werden.

Angesichts zurückgehender Geburtenzahlen setzen wir auch auf flexible Übergangslösungen.

Um die Betreuungszeiten zuverlässig zu gewährleisten, entwickeln wir ein Konzept für eine städtische Betreuungsgarantie, das z. B. Notplätze, Ausfallkonzepte, Pooling, Meldestelle bei Notfällen umfassen könnte. Inklusive Plätze wollen wir sichern und setzen dafür auf ausreichend Personal sowie gute Aus- und Fortbildung, um den Bedarfen aller Kinder gerecht zu werden. Wir stehen für Kitas, die sich dem Quartier öffnen, mit Ehrenamtlichen kooperieren und gezielt den Kontakt zu älteren Menschen suchen.

Öffnungszeiten

Die Bedarfe von Familien hinsichtlich Betreuungszeiten sollen regelmäßig erhoben werden, damit auf dieser Grundlage Möglichkeiten für flexiblere Öffnungszeiten und zusätzliche Betreuungsangebote geprüft werden können. Das Modell längerer Betreuungszeiten möchten wir in über das Stadtgebiet verteilten Kitas erproben und bei Erfolg bedarfsgerecht ausbauen.

Bewährte Qualitätsstandards sichern

Wir werden an den bewährten Qualitätsstandards der Kinderbetreuung in Wiesbaden festhalten, damit Kinder und Familien eine hohe Betreuungsqualität erleben. Die bisherigen Gruppengrößen sollen beibehalten werden. Kitas betrachten wir als zentrale Orte frühkindlicher Bildung. Entsprechend befürworten wir regelmäßige Fortbildungen der dort engagierten Mitarbeitenden, insbesondere im Kontext der Sprachbildung. Wir setzen uns dafür ein, dass hierdurch möglichst wenig Betreuungszeit entfällt. Gemeinsam mit freien Trägern und dem Land Hessen soll die Stadt ein Vertretungskonzept entwickeln, um nicht dauerhaft immer nur auf Personalmangel zu reagieren, sondern stattdessen Strukturen zu schaffen, die Ausfälle auffangen, Qualität sichern und präventiv wirken.

Die App KidsFox, die Eltern und Kita-Mitarbeitende bei Kommunikation und Organisation unterstützt und Inhalte automatisch in 27 Sprachen übersetzt, führen wir fort.

Beiträge

An der bisherigen Grundstruktur der Betreuungsbeiträge halten wir fest. Insbesondere werden wir die bestehende Geschwisterbeitragsreduzierung und einkommensabhängige Zuschüsse fortführen. Dem gestiegenen Kostendruck begegnen wir mit der Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit.

Fachpersonal und Vergütung

Unseren Anspruch an eine gute Kinderbetreuung erreichen wir nur mit gut ausgebildeten und motivierten Fachkräften. Wir bieten angehenden Fachkräften die Flexibilität, den für sie passenden Ausbildungsweg auszuwählen. Der praxisintegrierten, vergüteten Ausbildung kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Der Fachkräftestandard gewährleistet es, den Bildungs- und Erziehungsauftrag optimal zu erfüllen. In multiprofessionellen Teams, auf der Grundlage des im HKJGB geöffneten Fachkräftekatalogs, können weitere Berufsgruppen als Ergänzung inhaltliche Impulse geben oder zur Entlastung der Fachkräfte beitragen. Den Quereinstieg möchten wir durch ein Mentoringprogramm vereinfachen und bei der Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse unterstützen. Als attraktiver Arbeitgeber betreibt die Landeshauptstadt Wiesbaden ein betriebliches Gesundheitsmanagement, hilft in dringenden Fällen bei der Wohnungssuche und ist offen für neue Ideen und Innovationen.

Wir streben vergleichbare Rahmenbedingungen bei Stadt und freien Trägern an, auch bei Gehalt und Nebenleistungen wie dem Jobticket.

Zentrale Platzvergabe

Wir entwickeln WIKITA als Serviceplattform weiter, an deren Ende auch die Vergabe von Kita-Plätzen stehen sollte. Damit vereinfachen wir die Platzvergabe und erhöhen die Familienfreundlichkeit.

Kindertagespflege

Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen für Tagespflegeeltern ein, die mit ihrem Angebot nicht nur zur Bedarfsdeckung beitragen, sondern für viele Eltern die bevorzugte Betreuungsform darstellen.

Mittagessen in Betreuungseinrichtungen

Gesundes Essen unterstützt nicht nur die Konzentration und Leistungsfähigkeit, sondern fördert auch die Gesundheit langfristig. Deshalb setzen wir uns für qualitativ hochwertige, frische Speisen ein, die zudem bezahlbar sind, damit alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel ihrer Familien davon profitieren können. Wir wollen deshalb, dass allen Kindern in Betreuungseinrichtungen täglich gesundes und ausgewogenes Essen angeboten wird. Dabei nehmen wir auf die Ernährungsgewohnheiten der Familien Rücksicht. Das Verpflegungsgeld gestalten wir so, dass es für alle bezahlbar ist.

Gute Schulen für alle Kinder und Jugendlichen

Schulvielfalt sichern und Schulentwicklung gestalten

Wir bekennen uns zu einem differenzierten, vielfältigen und leistungsfähigen Schulangebot in Wiesbaden, in dem alle Schulformen – Integrierte Gesamtschulen (IGS) ebenso wie Gymnasien sowie Haupt- und Realschulen – gleichberechtigt nebeneinander bestehen, und respektieren den Elternwillen bei der Wahl der weiterführenden Schule. Dabei setzen wir auf echte Wahlfreiheit und eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Schulstruktur, die sowohl unterschiedliche Lernbiografien als auch individuelle Begabungen berücksichtigt und allen Schülerinnen und Schülern bestmögliche Bildungsabschlüsse ermöglicht. In diesem Rahmen wollen wir das Angebot an Integrierten Gesamtschulen mit Oberstufe weiter stärken, um wohnortnahe Bildungswege zu ermöglichen und Schulwechsel zu vermeiden.

Für das Stadtgebiet AKK (Amöneburg, Kastel und Kostheim) werden wir mit Blick auf den steigenden Schulraumbedarf infolge der Neubaugebiete die Integrierte Gesamtschule Wilhelm-Leuschner-Schule in Kostheim entsprechend dem Schulentwicklungsplan und dem Wunsch der Ortsbeiräte Kostheim und Kastel um eine gymnasiale Oberstufe erweitern. Die hierfür erforderlichen räumlichen

Voraussetzungen sind bereits vorhanden. Mit der Oberstufe wird die Schule gestärkt und auch für Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung attraktiver. Zudem wollen wir in Kastel entsprechend dem Schulentwicklungsplan ein Mittelstufengymnasium errichten, welches für eventuelle Erweiterungsbedarfe eine Fläche im benachbarten künftigen Entwicklungsgebiet (bislang Hessische Bereitschaftspolizei) reserviert bekommen soll. Auch grundsätzlich wollen wir bei neuen Wohngebieten frühzeitig ausreichend Flächen für die schulische Infrastruktur sichern, um auch künftig eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Versorgung mit Schulplätzen sicherzustellen.

Wir unterstützen Schulen, die sich zu selbstständigen oder pädagogisch selbstständigen Schulen weiterentwickeln wollen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass kommunale Unterstützung, Landeszuständigkeit und schulische Eigenverantwortung sinnvoll zusammenwirken, damit Schulen die dafür nötigen Freiräume für Organisation, Ausstattung und Budgetverwendung erhalten, um ihre pädagogische und organisatorische Entwicklung vor Ort besser gestalten zu können.

Außerdem wollen wir weiterführende Schulen bei der Ausbildung spezifischer Schulprofile bezüglich dafür notwendiger Ausstattungsmerkmale sowie bei der Erschließung von Fördermitteln unterstützen und damit einen Beitrag leisten, stadtweit ein breites und attraktives Angebot an Schulen mit spezifischen Schwerpunkten für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler bereitstellen zu können. Wir wollen uns dafür einsetzen und dafür werben, dass in Wiesbaden eine zusätzliche Europäische Schule oder eine als „Anerkannte Europäische Schule“ zertifizierte Bildungseinrichtung angesiedelt wird. Europäische Schulen bieten einen mehrsprachigen und multikulturellen Unterricht für Kinder des Kindergartens, Primar- und Sekundarbereichs. Neben der Stärkung des europäischen Gedankens kann eine solche Schule auch Wiesbaden als Bildungs- und Wirtschaftsstandort für internationale Fachkräfte und ihre Familien attraktiver machen.

Ganztagsschulen ausbauen und für ein gutes Mittagessen sorgen

Wir werden flächendeckend alle Grundschulen im Pakt für den Ganztag weiterentwickeln und den ab 2026/2027 zunächst für Vorklassen und Klasse 1 geltenden bundesweiten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verlässlich umsetzen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen werden wir vor Ort und in Absprache mit der jeweiligen Schule für eine verlässliche und attraktive Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr schaffen. Der Rechtsanspruch gilt bundesweit jedes Jahr für eine weitere Klassenstufe, bis ab dem Schuljahr 2029/2030 alle Grundschulkinder der Klasse 1 bis 4 einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. Wir prüfen eine übergangsweise Regelung zur Nutzung des Ganztagsangebots für Alleinerziehende bzw. Familien, für die der Rechtsanspruch noch nicht besteht. Zugleich werden wir die weiterführenden Schulen bei ihrer Entwicklung zu Schulen mit Ganztagsprofil unterstützen – insbesondere dabei, Ganztagsangebote für die Jahrgänge 5 und 6 an fünf Tagen die Woche mit verlässlicher Betreuung bis 17 Uhr zu ermöglichen. Wir werden die dafür erforderlichen organisatorischen, personellen und räumlichen Voraussetzungen schrittweise verbessern. Damit schaffen wir mehr Bildungsgerechtigkeit und erleichtern zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zu den Rahmenbedingungen gehören neben Räumen für den Aufenthalt, Sportstätten und Personal auch vielfältige Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen und Vereinen im Ganztag. Ein Positivbeispiel für Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen für den Ganztag ist das erfolgreiche „Breckenheimer Modell“. Für solche Kooperationen wollen wir uns einsetzen und die Schulen und Vereine dabei unterstützen. Hierzu wollen wir im städtischen Schulamt eine Koordinierungsstelle einrichten, die sowohl den Vereinen, Kulturschaffenden und Organisationen Schulen vermittelt als auch umgekehrt Schulen passende Angebote kommuniziert, sodass auf beiden Seiten der Aufwand für die Herstellung einer Kooperation vereinfacht wird. Gleichzeitig soll diese Koordinierungsstelle auch proaktiv auf Vereine, Kulturschaffenden und Organisationen zugehen und Angebote gemeinsam mit Vereinen und Organisationen entwickeln, die passenden Schulen entsprechend angeboten werden können.

Besonders wichtig: Ganztagsschulen brauchen ein gutes Mittagessen für die Kinder und Jugendlichen. Wir werden Schulen – wenn baulich, organisatorisch und finanziell möglich – mit einer eigenen Mensa ausstatten, in der frisch vor Ort gekocht wird und so eine ausgewogene, regionale und saisonale Mittagsverpflegung nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) sicherstellen. Eine vegetarische Alternative soll immer angeboten werden. Der Preis soll unabhängig vom Einkommen der Eltern tragbar sein. Sollte eine schuleigene Mensa nicht möglich sein, soll ein solches Angebot durch ein entsprechendes Catering sichergestellt werden. Wir wollen die Schulen dabei unterstützen, die Ernährungsbildung als Bestandteil des Ganztags zu stärken und das Angebot einer gesunden Schulverpflegung durch praxisnahe Angebote wie Koch- und Gartenprojekte sinnvoll zu ergänzen.

Gute Rahmenbedingungen für das Lernen schaffen

Gute Lernbedingungen und eine motivierende Lernatmosphäre sind eine zentrale Voraussetzung für Bildungserfolg und Bildungsgerechtigkeit. Nur wer sich in seiner Schule wohlfühlt, wird dort gerne lernen und lehren. Wir wollen den bestehenden Sanierungsstau weiter abbauen und den Schulbau sowie Schulsanierungen insgesamt schneller und effizienter gestalten. Auch in schwierigen Haushaltsjahren wollen wir daher einen besonderen Fokus auf das Thema Schulbau legen. Deshalb wollen wir die systematische Sanierung und Modernisierung unserer Schulgebäude nach einer klaren Prioritätenliste konsequent fortsetzen und Neubauten nach einheitlichen, zukunftsfähigen Standards und klimaresilient gegen Hitze gestalten. Dabei prüfen wir Best Practices aus anderen Kommunen, um Sanierungen und Neubauten zu beschleunigen. Gleichzeitig wollen wir Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und die Schulleitung unterstützen, in Eigeninitiative Zwischenlösungen für ein besseres Lernumfeld zu schaffen.

Lernen und Aufenthalt auf dem Schulgelände müssen in allen Schulen bei angenehmen Temperaturen auch an heißen Schultagen möglich sein. Angesichts des Klimawandels werden wir Schulgebäude und Schulgelände klimaresilient und nachhaltig gestalten. Dazu gehören beispielsweise Maßnahmen zur Verschattung,

Dach- und Fassadenbegrünung, Photovoltaikanlagen sowie entsiegelte und begrünte Schulhöfe sowie energieeffiziente Sanierungen. Zudem werden wir in jeder Schule einen Trinkwasserspender aufstellen. Wo erforderlich, statuen wir Schulen schrittweise mit modernen, energieeffizienten Klimaanlage aus – idealerweise in Kombination mit Photovoltaikanlagen, um auch bei zunehmenden Hitzeperioden gute Lern- und Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Beim Neubau werden wir die Leitlinien für ökologisches Bauen öffentlicher Gebäude umsetzen. Zugleich wollen wir Schulneubauten und Schulsanierungen deutlich beschleunigen. Dafür setzen wir auf ein serielles, modulares System, das bei künftigen Schulbauten wiederholt angewendet werden kann, um Bauprozesse schneller, effizienter und kostengünstiger zu machen. Bei denkmalgeschützten Schulen setzen wir auf kreative Lösungen, die den Erhalt wertvoller Bausubstanz mit moderner Technik und Energieeffizienz verbinden.

Moderne Schulen – insbesondere Ganztagschulen – benötigen flexible Raumkonzepte, die individuelles Lernen, Zusammenarbeit und Rückzug gleichermaßen ermöglichen. Durch Multifunktionsräume, attraktive Spiel- und Sportflächen, gut ausgestattete und attraktive Aufenthaltsbereiche sowie eine funktionale Ausstattung wollen wir Lernorte schaffen, die selbstbestimmtes Lernen, soziale Interaktion und kreative Entfaltung fördern und gleichzeitig auch Orte für Ruhe und Rückzug ermöglichen.

Saubere und funktionierende Schultoiletten sind ein selbstverständlicher Bestandteil einer guten Lernumgebung. Deshalb wollen wir eine Task Force „Saubere Schultoiletten“ einrichten und schaffen einen angemessen ausgestatteten finanziellen Sanierungstopf, damit hygienische Missstände schnell und dauerhaft beseitigt werden können – auch an Schulen, bei denen eine umfassende Sanierung erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen ist. Außerdem wollen wir die Schulen dabei unterstützen, eigene Konzepte zu entwickeln, die sicherstellen, dass sanierte Toiletten langfristig sauber und gepflegt sind und ein Ort bleiben, an dem sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen.

Um die bauliche Qualität unserer Schulen kontinuierlich weiterzuentwickeln, wollen wir zudem eine regelmäßige Bewertung der Schulgebäude und ihrer Ausstattung unter Beteiligung von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräften verankern. Festgestellte Verbesserungsbedarfe sollen zeitnah aufgegriffen und umgesetzt werden, damit gute Rahmenbedingungen für erfolgreiches Lernen dauerhaft gesichert bleiben.

Gut und sicher zur Schule kommen

Kinder und Jugendliche sollen ihren Schulweg sicher, selbstständig und zuverlässig zurücklegen können – egal, ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Bus. Deshalb wollen wir die Infrastruktur für sichere Schulwege kontinuierlich verbessern und bei der Planung neuer Schulstandorte, Verkehrskonzepte und Schulwegepläne verbindlich mitdenken. Das für viele erlebbare Problem der überfüllten Busse wollen wir lösen durch bessere und bedarfsdeckende Busverbindungen zu Schulbeginn und

Schulende, bessere Fahrradwege und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Schulen, sichere Querungen und Tempo 30 vor Schulen sowie Maßnahmen, um Gefahren durch „Elterntaxis“ vor Schulen zu verringern.

Das vergünstigte Schülerticket wollen wir erhalten. So können Kinder und Jugendliche aus Wiesbaden bis zu ihrem 18. Geburtstag den öffentlichen Nahverkehr in Wiesbaden und Mainz weiterhin zu einem vergünstigten Preis nutzen. Familien mit geringem Einkommen sollen dabei besonders entlastet werden und entsprechend etwas weniger zahlen müssen. So werden Familien gezielt in Zeiten von steigenden Lebenshaltungskosten unterstützt und zugleich allen Kindern und Jugendlichen ermöglicht, sich auch in ihrer Freizeit selbstständig und kostengünstig in der Stadt zu bewegen, um Sport-, Kultur- oder andere Freizeitangebote zu erreichen. Außerdem prüfen wir eine Ausweitung des vergünstigten Schülertickets auf Schülerinnen und Schüler über 18 Jahre sowie auf Auszubildende, sofern dies für die Stadt Wiesbaden finanziell darstellbar ist. Gleichzeitig setzen wir uns gegenüber dem Land Hessen dafür ein, die im Hessischen Schulgesetz geregelten Mindestentfernungen für die Kostenübernahme der Schulbeförderung abzuschaffen.

Wir unterstützen Schulen dabei, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alternative Zeitmodelle und einen späteren Unterrichtsbeginn für höhere Jahrgangsstufen zu prüfen, wenn dies vor Ort sinnvoll ist und von der jeweiligen Schulgemeinschaft gewollt wird. Dabei müssen auch die Auswirkungen auf die Schulbeförderung und die Organisation der Schulwege berücksichtigt werden; ein zeitlich entzerrter Schulbeginn kann zudem dazu beitragen, die Auslastung der Busse zu Stoßzeiten zu verringern und damit den öffentlichen Nahverkehr für alle Nutzerinnen und Nutzer zu entlasten.

Digitale Ausstattung und digitale Bildung stärken

Moderne, zeitgemäße Bildung braucht eine entsprechende Infrastruktur an den Schulen und auch Präventionsarbeit für die Kinder und Jugendlichen, Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Informationsangebote für Eltern.

Wir werden für eine zeitnahe flächendeckende und leistungsstarke WLAN-Infrastruktur an den Wiesbadener Schulen sorgen sowie für eine digitale Anzeigemöglichkeit (Beamer/Bildschirm) in jedem Unterrichtsraum, sofern noch nicht vorhanden.

Alle weiterführenden Schulen sollen zeitnah nach Wunsch entweder ab Klasse 5 aufwärts vollständig mit iPads nach dem bisherigen Wiesbadener Modell (elternteilfinanziertes 1:1-Angebot für iPads) ausgestattet werden oder erst ab Klasse 7 sowie mit mehreren für Lehrkräfte ausleihbaren iPad-Koffern mit Klassensätzen.

Auch in Grundschulen soll die Möglichkeit bestehen, wo es pädagogisch sinnvoll ist, iPads zu nutzen. Daher soll jede Grundschule auf Wunsch mit iPad-Koffern ausgestattet werden.

Das Wiesbadener Medienzentrum wollen wir mit ausreichenden Ressourcen ausstatten, da dieses sowohl für den IT-Support und die Administration des Schulnetzwerks als auch für Fortbildungen für Lehrkräfte sowie die Durchführung von Präventionsprojekten (Desinformation, Extremismus, KI, Cybergrooming, Datenschutz und mehr) oder von Elternabenden mit medienpädagogischen Fachkräften essentiell sind.

Digitalisierung kann auch die Kommunikation zwischen Schule und Eltern vereinfachen. Seit 2025 unterstützt die Stadt Wiesbaden in allen städtischen Kitas die App KidsFox, die Eltern und Kita-Mitarbeitende bei Kommunikation und Organisation unterstützt, Inhalte automatisch in 27 Sprachen übersetzt und auch die Kommunikation für gehörlose Personen ohne eine dolmetschende Person leichter möglich macht. Auch für Schulen wollen wir eine vergleichbare digitale Lösung fördern und eine Bereitstellung über das Medienzentrum prüfen.

Inklusive Bildung stärken und individuelle Förderung sichern

Unser Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich an unseren Schulen gefordert und gefördert werden und dabei an ihren individuellen Voraussetzungen und Herausforderungen angesetzt wird. Wir wollen dazu beitragen, dass weniger Jugendliche als bisher ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Dazu bedarf es entsprechender Voraussetzungen – sowohl räumlich als auch personell.

Eltern sollen selbst entscheiden können, ob sie für ihr Kind eine inklusive Beschulung oder den Besuch einer Förderschule bevorzugen und welche Lösung für ihr eigenes Kind die beste Lösung ist. Deshalb wollen wir bestehende Förderschulen in Wiesbaden als Option neben der inklusiven Beschulung in Regelschulen aufrechterhalten. Wichtig für die Wahlfreiheit der Schule ist auch die Gewährleistung der Barrierefreiheit für Kinder und Jugendliche mit körperlicher Beeinträchtigung. Schulneubauten werden wir immer barrierefrei bauen und bei bestehenden Schulgebäuden wollen wir prüfen, inwiefern Barrierefreiheit nachträglich ermöglicht bzw. verbessert werden kann. Wir wollen daran arbeiten, dass es für Kinder mit körperlicher Beeinträchtigung möglich ist, wohnortnah eine Schule zu besuchen.

Damit die inklusive Beschulung an Regelschulen gut funktionieren kann, braucht es entsprechendes Personal.

Seit 2025 gibt es an allen Haupt- und Realschulen, Integrierten Gesamtschulen, Berufsschulen und auf Basis des Sozialindex an ausgewählten Grundschulen Sozialarbeitende vor Ort. Sie sind direkte Ansprechpersonen für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte – sei es bei schulischen, sozialen oder persönlichen Herausforderungen. Die Schulsozialarbeit leistet Präventionsarbeit, unterstützt bei Konflikten und Krisen und fördert die soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Durch die flächendeckende Präsenz an den Schulen tragen wir dazu bei, die Chancengleichheit zu erhöhen, den Zusammenhalt zu stärken und Kindern ein sicheres, unterstützendes Lernumfeld zu bieten. Die bisherigen Stellen der

Schulsozialarbeit an diesen Schulen wollen wir beibehalten und diese weiter stärken – auch an Grundschulen und Gymnasien. Diese leisten im Zusammenspiel mit Schulleitung, Lehrkräften, sonderpädagogischen Förderlehrkräften des regionalen Beratungs- und Förderzentrums (rBFZ), sonderpädagogischen UBUS-Fachkräften und Teilhabeassistentenkräften als Teil eines multiprofessionellen Teams eine große Unterstützung, um die Kinder und Jugendlichen erfolgreich fachlich und persönlich durch die Schullaufbahn zu begleiten.

Beim Land Hessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass perspektivisch jede Schule eine Schulgesundheitsfachkraft bekommt. Diese stärkt die Gesundheitsförderung im Schulalltag, verbessert Lernvoraussetzungen insbesondere für belastete, chronisch kranke oder beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler und trägt zur Reduzierung von Fehlzeiten bei.

Ebenso wollen wir gute Bedingungen für hochbegabte Kinder und Jugendliche an Wiesbadener Schulen für ihre individuelle Entwicklung sicherstellen. Das Gütesiegel für hessische Schulen mit Spezialisierung auf Hochbegabung wird seit zwei Jahren nicht mehr verliehen, dennoch haben einige Wiesbadener Schulen sich Expertise in diesem Bereich der Begabtenförderung erarbeitet. Wir wollen, dass hochbegabte Kinder und Jugendliche weiterhin gezielte Förderung an Wiesbadener Schulen erhalten und setzen uns beim Land Hessen dafür ein, dass es dieses oder eine andere Form eines solchen Siegels wieder gibt und Eltern bei der Schulwahl nach der Grundschule sich darüber gut informieren können, welche Schule welche Form von Begabungsförderung anbietet.

Die steigenden Verwaltungsaufgaben an Schulen erfordern zusätzliche personelle Unterstützung. Wir wollen deshalb prüfen, wie wir die Schulsekretariate entlasten können. Insbesondere wollen wir schulträgerseitige bürokratische Belastungen reduzieren und so mehr Zeit für die eigentlichen Aufgaben im Schulalltag für Lehrkräfte und Schulleitungen schaffen.

Sprachtests einführen

Bildungssprache ist ein wesentlicher Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Kinder ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sind von Anfang an in der Schule sowie später im Beruf und im Alltag benachteiligt. Wir wollen flächendeckende Sprachtests einführen, zum Beispiel nach dem Hessischen KiSS-Programm (Kindersprachscreening), die mindestens zwei Jahre vor der Einschulung angeboten werden. Bei nicht ausreichenden Sprachkenntnissen wollen wir die Kinder durch gezielte und verbindliche Angebote in Kita und Vorschule fördern. Dies ermöglicht die künftige erfolgreiche Teilhabe am Unterricht.

Schulbibliotheken und Bibliotheken als Bildungsorte stärken

Schulbibliotheken sind mehr als Büchersammlungen – sie sind Lernorte, die Lesekompetenz und kritisches Denken fördern, Medienkompetenz vermitteln und soziale Begegnungen ermöglichen. Deshalb wollen wir das Stadtschulbudget

flexibilisieren, Schulbibliotheken stärken und das Angebot von Bücherbussen ausbauen. Gleichzeitig wollen wir die Stadtteilbüchereien zu modernen Bildungsorten weiterentwickeln. Die Mauritius-Mediathek ist hierfür ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Wir wollen die Sonntagsöffnung von (Stadtteil-) Bibliotheken prüfen. Außerdem wollen wir die Lesepatinnen und Lesepaten in Wiesbaden unter anderem durch verlässliche kommunale Strukturen, passende Räume und Kooperationen unterstützen. Sie erreichen mit ehrenamtlichen Vorlese- und Leseförderangeboten im Rahmen des Projektes „Lies mit mir!“ bereits heute Kinder in Kitas, Grundschulen und Stadtteileinrichtungen.

Demokratiebildung, Europa und internationale Begegnung von jungen Menschen fördern

Wir wollen Demokratiebildung als festen Bestandteil schulischer und außerschulischer Bildung weiter stärken und alle jungen Menschen bis zum Erreichen des Alters von 16 Jahren durch geeignete Angebote befähigen, selbstbestimmte, demokratische Entscheidungen zu treffen. Deshalb wollen wir Demokratie praktisch erlebbar machen und entsprechend Demokratietage an Schulen und in Jugendzentren gemeinsam mit dem Jugendparlament sowie Stadtverordneten und Ortsbeiratsmitgliedern ausbauen. Erfolgreiche Formate wie „Jugend im Rathaus“ und „Let’s Play“ werden wir fortführen und weiterentwickeln.

Schulen sind mehr als Orte der Wissensvermittlung – sie sind zentrale Lebensorte, an denen Demokratie, Respekt, Vielfalt und soziales Miteinander erfahrbar werden. Wir wollen, dass Schulen allen Kindern und Jugendlichen ein diskriminierungsfreies und geborgenes Umfeld bieten, damit sie sich frei entfalten und ihre Persönlichkeit als Teil unserer demokratischen Gesellschaft entwickeln können. Deshalb setzen wir auf einen konsequenten Ausbau von Prävention, Beratung und die Stärkung von Resilienz, um Gewalt in all ihren Formen frühzeitig entgegenzuwirken. Körperliche, psychische, sexualisierte und digitale Gewalt, Mobbing und Bedrohungen sollen frühzeitig erkannt und durch verbindliche Schutz- und Präventionsstrukturen bearbeitet werden. Gemeinsam mit dem Land unterstützen wir Schulen bei der Weiterentwicklung ihrer Schutzkonzepte. Diese sollen klare Zuständigkeiten, vertrauliche Meldewege und eine verlässliche Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Jugendamt, Polizei und Fachberatungsstellen festlegen.

Wir wollen regelmäßige Präventionsangebote an Schulen fördern und hierfür die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen, damit externe Fachstellen und Beratungsstellen dauerhaft eingebunden und Projekte umgesetzt werden können. Dazu gehören insbesondere Projekte zur Prävention sexualisierter, körperlicher und psychischer Gewalt, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und (Cyber-)Mobbing, zur Förderung der Sicherheit im digitalen Raum sowie zur Suchtprävention. Wir bauen auf bestehenden Wiesbadener Strukturen sowie den hessischen Programmen zur Gewaltprävention und zum Jugendmedienschutz auf. Zur Prävention von Mobbing und Cybermobbing prüfen wir einen schulweiten Ansatz nach dem Vorbild des finnischen KiVa-Programms. Das Medienzentrum wird als zentrale Unterstützungsstruktur gestärkt.

Wir wollen den europäischen und internationalen Gedanken in Wiesbaden stärker verankern und dazu insbesondere das EU-Programm ERASMUS+ für Bildungspartnerschaften gezielt ausbauen, um Austausch und Zusammenarbeit zu fördern. Darüber hinaus werden wir die Verbindung zu unseren Partnerstädten intensivieren. Durch verstärkte Schüleraustausche wollen wir junge Menschen frühzeitig an die europäische Idee heranzuführen und zugleich das Engagement in Partnerschaftsvereinen stärken.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Stärkung der Erinnerungskultur: Wir wollen durch das verlässliche Bereitstellen städtischer Mittel dazu beitragen, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal in der Schullaufbahn eine Holocaust-Gedenkstätte besucht.

Neue Perspektiven außerschulischer Bildung

Wir wollen außerschulische MINT-Angebote (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) sowie entsprechende Bildungsformate stärken und den Aufbau eines TUMO-Zentrums in Wiesbaden prüfen – also eines kostenlosen außerschulischen Lernortes für Jugendliche, an dem digitale und kreative Kompetenzen wie Programmierung, Robotik oder Design vermittelt werden.

Wir wollen, dass Finanzbildung Bestandteil schulischer und außerschulischer Bildungsangebote wird – damit junge Menschen lernen, mit Geld, Verträgen und digitalen Zahlungsformen verantwortungsvoll umzugehen, frühzeitig vor Überschuldung geschützt sind und ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit gestärkt wird. Dazu wollen wir Kooperationen und Projekte von Verbraucherzentrale und Banken unterstützen.

Berufliche Bildung und den Hochschulstandort Wiesbaden stärken

Berufliche Bildung stärken und Fachkräfte sichern

Wir wollen den Berufsschulstandort Wiesbaden erhalten und stärken. An den Stellen, an denen Klassen wegen geringer Zahlen kaum zu halten sind, setzen wir auf pragmatische, regionale Kooperationen, zum Beispiel mit Mainzer Schulen. Berufsschulen sollen technisch so ausgestattet werden, dass sie mit den Ausbildungsbetrieben Schritt halten, inklusive moderner Werkstätten und digitaler Lernumgebungen.

Gleichzeitig wollen wir gezielt gegen (Jugend-)Arbeitslosigkeit und den Fachkräftemangel vorgehen, indem wir mehr Menschen für eine Ausbildung in zukunftsfähigen Berufen gewinnen. Außerdem wollen wir die enge Verzahnung von Schule, Ausbildung und Wirtschaft fördern sowie durch eine Imagekampagne der Stadt die Vorteile der dualen Ausbildung hervorheben.

Hochschulstandort Wiesbaden stärken

Wiesbadens Hochschulen sind Motoren für Innovation, Fachkräftesicherung und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt. Deshalb wollen wir den Hochschulstandort Wiesbaden gezielt stärken und die Zusammenarbeit mit den Hochschulen sowie den Studierendenvertretungen intensivieren. Hierfür wollen wir die Stabsstelle Hochschule weiter ausbauen. Außerdem wollen wir einen Runden Tisch für Studierendenvertretungen einrichten, um deren Ideen und Perspektiven zu kennen und berücksichtigen zu können.

Die Hochschule RheinMain bündelt ihre Fachbereiche am Campus Kurt-Schumacher-Ring und benötigt dort Flächen für künftige Entwicklungen sowie dringend benötigten studentischen Wohnraum. Die Flächenentwicklung der Hochschule RheinMain am Campus Kurt-Schumacher-Ring unterstützen wir und prüfen die Bereitstellung von Flächen im umliegenden Gebiet.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob es weitere staatliche Hochschulangebote in Wiesbaden braucht, um das bestehende Angebot zu ergänzen, und wir wollen neue private Hochschulen und Universitäten für Wiesbaden anwerben, um das Studienangebot in Wiesbaden zu erweitern und damit Wiesbaden als Hochschul- und Forschungsstandort insgesamt attraktiver zu machen.

Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen stärken

Wir wollen die Volkshochschule Wiesbaden, die Akademie für Ältere und die freien Träger der Erwachsenenbildung stärken. Dazu gehören der Ausbau von Angeboten für Schulabschlüsse, Sprachkurse sowie berufliche und persönliche Weiterbildung und digitale Bildungsangebote. Die Akademie für Ältere unterstützen wir als Netzwerk der Bildungsträger bei der Entwicklung neuer Angebote. Gleichzeitig stärken wir die Servicestelle Deutsch, bauen Sprachkurse für erwachsene Zugewanderte aus und schaffen zusätzliche Kinderbetreuungsangebote, um die Teilnahme an Weiterbildung zu erleichtern.

3.2 Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Pflegebereich absichern

Gesundheit und Pflege sind zentrale Bestandteile der kommunalen Daseinsvorsorge und der Lebensqualität in Wiesbaden. Wir verbinden eine leistungsfähige medizinische und pflegerische Versorgung mit Prävention, Gesundheitskompetenz, sozialer Teilhabe, Klimaresilienz, Digitalisierung und der Weiterentwicklung Wiesbadens als Gesundheitsstandort.

Das bestehende gesundheitspolitische Leitbild entwickeln wir gemeinsam mit dem Masterplan Gesundheitswirtschaft und weiteren Fachplanungen zu einer umsetzungsorientierten kommunalen Gesundheitsstrategie weiter, die Versorgung, Prävention, Pflege, Zugangsgerechtigkeit und soziale Teilhabe gleichrangig umfasst. Die Umsetzung erfolgt schrittweise und datenbasiert auf Grundlage ihrer Wirksamkeit, Umsetzbarkeit, Finanzierbarkeit und sozialen Ausgewogenheit. Gesundheit verstehen wir als Querschnittsaufgabe. Deshalb berücksichtigen wir gesundheitliche Auswirkungen themenübergreifend, insbesondere in Stadtplanung, Mobilität, Wohnen, Bildung, Umwelt und Sozialpolitik. Wir stärken dazu die Zusammenarbeit von Krankenhäusern, Praxen, Apotheken, Pflegeeinrichtungen, Pflegediensten, Rettungsdienst, Rehabilitation, Kranken- und Pflegekassen sowie sozialen Trägern.

Ein zukunftsfester öffentlicher Gesundheitsdienst ist Voraussetzung für die kommunale Steuerung, den Gesundheitsschutz und die Krisenresilienz in Wiesbaden. Auch nach Auslaufen des „Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ wollen wir daher eine bedarfsgerechte personelle Ausstattung des Gesundheitsamts sicherstellen. Hierbei werden wir prüfen, welche der geschaffenen Stellen auch künftig erforderlich sind.

Die Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (EGW) soll als koordinierende Stelle für Akteure und Angebote des Gesundheitswesens in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt wirken und eine innovative Impulsgeberin sein. Den Gesundheitskompass der EGW wollen wir weiterentwickeln – als zentrale digitale Plattform mit Gesundheitsinformationen, Veranstaltungen, Arztsuche und verständlichem Gesundheitswissen für alle Menschen in Wiesbaden.

Prävention und Gesundheitskompetenz

Durch zielgerichtete Prävention und Gesundheitskompetenz lassen sich viele gesundheitliche Belastungen vermeiden oder verringern. Daher stärken wir Information und Beratung sowie Präventionsangebote durch Beratungsstellen, aber auch dort, wo Menschen ihren Alltag verbringen: in Kitas, Schulen, Quartieren, sozialen Treffpunkten, Pflegeeinrichtungen und Vereinen.

Im Mittelpunkt stehen verständliche Gesundheitsinformationen, Bewegung, Ernährung, psychisches Wohlbefinden, Suchtprävention und eine bessere Orientierung im Gesundheitssystem. Wir setzen hierbei auf motivierende Aufklärung und Eigenverantwortung statt Bevormundung und Stigmatisierung.

Zur Gesundheitsprävention zählt für uns auch umweltbezogener Gesundheitsschutz. Der Klimawandel führt unter anderem zu gesundheitlichen Belastungen durch verstärkte Hitzeperioden. Den kommunalen Hitzeaktionsplan werden wir daher weiterentwickeln und bedarfsgerecht umsetzen. Neben Maßnahmen im öffentlichen Raum wie Begrünung, Trinkwasserbrunnen und Sprühnebelanlagen soll der Hitzeschutz insbesondere in Einrichtungen für Kinder, vulnerable Gruppen und ältere Menschen sowie darüber hinaus für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen gesichert und weiterentwickelt werden.

Ebenso setzen wir uns für Lärmschutz, insbesondere gegen Fluglärm, sowie gegen Luft- und Lichtverschmutzung ein.

Flächendeckende Gesundheitsversorgung

Wir setzen uns für eine leistungsfähige, bedarfsgerechte, wohnortnahe und erreichbare Gesundheitsversorgung für alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener ein.

Unser Ziel ist eine flächendeckende Versorgung mit Haus-, Fach- und Kinderärzten, vor allem auch in den äußeren Stadtteilen. Dazu unterstützen wir von städtischer Seite Praxisnachfolgen sowie die Gründung von Gemeinschaftspraxen und Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) durch Vernetzung, bei Standortfragen sowie durch unbürokratische und schnelle Abwicklung notwendiger städtischer Verfahren.

Die stationäre Versorgung mit Allgemeinkrankenhäusern und Spezialkliniken, insbesondere auch für Kinder und Menschen mit psychischen Erkrankungen, wollen wir weiter stärken. Die Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken (HSK) sind als Krankenhaus der Maximalversorgung von zentraler Bedeutung für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Wiesbaden und der Region.

Zudem unterstützen wir ergänzende und entlastende Beratungs- und Gesundheitsangebote im Quartier wie z. B. Gemeindepflegekräfte, Curandum e. V., Hausbesuche und Bringdienste. Auch der Ausbau von Telemedizin und weiteren digitalen Angeboten soll hier einen Beitrag leisten. Den Gesundheitskiosk im Westcenter wollen wir als Modellprojekt fortführen, evaluieren und bei positiver Wirkung sowie finanzieller Tragfähigkeit bedarfsgerecht an weiteren Standorten aufbauen.

Die Informations- und Gesundheitsangebote sollen dabei allen Menschen zugänglich sein, unabhängig von ihrer sozialen Lage, ihrem Versicherungsstatus oder ihrer Herkunft. Wir setzen uns daher für niedrigschwellige, barrierefreie und mehrsprachige Zugänge und Angebote ein. Eine sinnvolle Patientensteuerung soll gewährleisten, dass die Menschen die benötigte Hilfe zeitnah erhalten und gleichzeitig die Notfallversorgung und die spezialisierten Angebote von nicht notwendigen Fällen entlastet werden.

Unterstützung in besonderen Lebenslagen

Wir unterstützen Menschen im Bereich gesundheitlicher Themen in jedem Alter und in besonderen Lebenslagen.

Dies beginnt schon vor der Geburt. Beratung zu Sexualität, Familienplanung und Verhütung soll niedrigschwellig, vertraulich, barrierefrei und kultursensibel zugänglich sein. Wir sichern die Hebammenservicestelle, die Frühen Hilfen und das Projekt „Frühe Anleitung durch Kinderkrankenschwestern, Hebammen und Ärztinnen“ (FrAnKHA), entwickeln diese bedarfsgerecht weiter und reduzieren praktische Hindernisse für aufsuchend tätige Hebammen. Wir prüfen gemeinsam mit den Wiesbadener Kliniken die Weiterentwicklung hebammengeleiteter Versorgungsangebote und unterstützen Initiativen zur Gründung eines Geburtshauses in Wiesbaden – vorbehaltlich des Bedarfs und der Finanzierbarkeit.

Für Menschen mit psychischen Belastungen, seelischen Krisen und psychischen Erkrankungen sowie deren Angehörige wollen wir, dass Unterstützungsangebote gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden, die Krisenhilfe verbessert und die Teilhabe gestärkt wird. Hierbei unterstützen wir ein breites Angebotsspektrum von Selbsthilfe und niedrigschwelligen Beratungsangeboten – auch im Rahmen von sozialen Angeboten und Einrichtungen – bis hin zur ambulanten, teil- und vollstationären psychiatrischen Versorgung, die bedarfsgerecht ausgebaut werden soll.

Wir verfolgen eine kommunale Suchtpolitik, die Prävention, Beratung, Behandlung, Schadensminderung und rechtsstaatliches Handeln miteinander verbindet. Hierzu braucht es ein abgestimmtes Vorgehen von Suchthilfe, Gesundheitsamt, Jugend- und Sozialhilfe, Schulen, Kliniken, Selbsthilfe, aufsuchender Sozialarbeit sowie Polizei und Ordnungsbehörden. Schwerpunkte sind altersgerechte Prävention zu Alkohol, Nikotin, Vapes, Lachgas, illegalen Substanzen sowie Medien- und Glücksspielsucht, die bessere Sichtbarkeit bestehender Hilfen und eine verbindliche Vermittlung in Beratung und Behandlung. Schulen und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche entwickeln wir zu rauch- und vapefreien Umgebungen weiter. Wir prüfen auch an öffentlichen Orten wie Bushaltestellen entsprechende Verbote.

Für Menschen mit Post-COVID, ME/CFS und vergleichbaren komplexen chronischen Erkrankungen verbessern wir Information, Beratung, Selbsthilfe und Teilhabe und setzen uns für den Ausbau der Behandlungsangebote in Wiesbaden ein.

Für ein würdevolles Leben bis zum Tod und die Unterstützung von Sterbenden und Angehörigen wollen wir die ambulante sowie stationäre Palliativversorgung und die Hospize in Wiesbaden stärken und kultursensibel gestalten. Wir unterstützen die Arbeit und den Ausbau von Palliativ- und Hospizdiensten.

Pflege

Die Pflege ist für uns ein wichtiges Thema der sozialen Daseinsvorsorge. In der kommunalen Verantwortung sehen wir hier insbesondere die Information und Beratung von Pflegebedürftigen und Angehörigen, die Vernetzung der örtlichen Anbieter sowie eine vorausschauende Bedarfsplanung und Koordination von Pflege- und Entlastungsangeboten in Wiesbaden. Gleichzeitig prüfen wir, wo die Stadt derzeit Kosten trägt, die eigentlich von den Pflegekassen zu finanzieren sind oder vom Land gefördert werden, um den städtischen Haushalt zu entlasten.

Wir entwickeln gemeinsam mit Pflegekassen, Trägern, Kliniken, Pflegediensten, Wohnungswirtschaft und Interessenvertretungen die bestehende Altenhilfe- und Pflegeplanung zu einer regelmäßig fortgeschriebenen gesamtstädtischen Pflegestrategie weiter. Dabei berücksichtigen wir die demografische Entwicklung, vorhandene Kapazitäten, räumliche Versorgungslücken sowie den Bedarf an ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege. Wir erhöhen die Transparenz vorhandener Angebote und bauen die Beratung durch den Pflegestützpunkt aus.

Wir wollen älteren und pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld zu leben. Hierzu unterstützen wir niedrigschwellige Unterstützungs- und Entlastungsangebote wie Nachbarschaftshilfen, Tages- und Kurzzeitpflege und ehrenamtliche Angebote im Quartier. Pflegende Angehörige leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung. Wir verbessern ihre Beratung, erleichtern den Zugang zu Entlastungsangeboten und stärken Selbsthilfe, Erfahrungsaustausch und psychosoziale Unterstützung.

Für Menschen mit Pflegebedarf, der nicht in der eigenen Häuslichkeit abgedeckt werden kann, unterstützen wir betreute Wohnformen wie Service-Wohnen, Pflege- und Demenz-Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenprojekte. Gleichzeitig sichern wir ausreichende stationäre Kapazitäten.

Neue Angebote sollen vorrangig durch freie, private oder gemeinnützige Träger geschaffen werden. Hierbei kann die Stadt vernetzen, koordinieren und bei räumlichen Bedarfen unterstützen. Soweit dies nicht in ausreichendem Maße gelingt, sehen wir die Stadt in der Pflicht, nachdrücklich auf die bedarfsgerechte Schaffung neuer Pflege- und Entlastungsangebote hinzuwirken.

Fachkräfte im Gesundheitswesen

Die Gewinnung, Ausbildung und Bindung von Fachkräften im Gesundheits- und Pflegebereich haben für uns einen hohen Stellenwert. Wir unterstützen die Fachkräfte und die Arbeitgeber hierbei und fördern übergreifende Maßnahmen und Initiativen, insbesondere bei der Berufsorientierung, Ausbildungsplätzen, Praxiseinsätzen, Quereinstieg, Sprachförderung, Anerkennungsverfahren und internationaler Fachkräftegewinnung. Auszubildende und Beschäftigte sollen durch bezahlbaren Wohnraum, gute Mobilitätsangebote und bedarfsgerechte Kinderbetreuung unterstützt werden. In den städtischen Einrichtungen und Beteiligungen setzen wir uns für gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ein.

Als starker Gesundheitsstandort ist es unser Ziel, auch bei der Fachkräfteausbildung voranzugehen. In den städtischen Einrichtungen werden wir daher verstärkt selbst ausbilden. Wir prüfen zudem, wie die Stadt den Ausbau von Ausbildungsplätzen und Studiengängen im Gesundheits- und Pflegebereich unterstützen kann, ggf. auch mit einem gemeinsamen Gesundheitscampus, und ob in Kooperation mit anderen Hochschulen ein Medizinstudium in Wiesbaden ermöglicht werden kann.

Gesundheit als Wirtschaftsfaktor

Wiesbaden ist mit seinen Akut- und Spezialkliniken, dem Kurwesen und vielen Unternehmen der Gesundheitswirtschaft in der Region ein leistungsfähiger Gesundheitsstandort mit langer Tradition. Dies schafft Wertschöpfung, Arbeitsplätze und erhöht die Attraktivität für Einwohner, Kurgäste und Touristen. Damit trägt es zur wohnortnahen Versorgung, Fachkräftebindung und Gesundheitsinnovation bei. Gesundheit ist daher für uns auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, den wir noch stärker herausstellen und unterstützen wollen. Unser Ziel ist es, Wiesbaden als führenden Gesundheitsstandort im Rhein-Main-Gebiet zu positionieren.

3.3 Wiesbaden als Zuhause für alle Lebensphasen

Wir stehen für ein lebenswertes Wiesbaden für alle. Die Menschen in dieser Stadt sollen die Chance haben, ihr Leben unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Alter selbstbestimmt zu gestalten. Besonders die hohe Kinderarmutsquote, die Folgen des demografischen Wandels und die angespannten Kommunalfinanzen fordern uns heraus, entschlossen und wirksam zu handeln.

Unser sozialpolitischer Kompass folgt dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe: Wir stärken Menschen frühzeitig, statt nur auf Notlagen zu reagieren, und schaffen verlässliche, unbürokratische Strukturen, in denen Beratung und Unterstützung tatsächlich ankommen. Von Kinder-Eltern-Zentren über Jugendarbeit bis zu Quartiershäusern für ältere Menschen setzen wir auf ein vernetztes System der Teilhabe. Getragen wird es von starken freien Trägern, denen wir dafür Planungssicherheit und Verlässlichkeit zusichern.

Mehrgenerationen

Eine bessere Verständigung zwischen den Generationen ist integraler Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft. Darum unterstützen wir generationenübergreifende Projekte, in denen sich Menschen verschiedenen Alters begegnen und gegenseitig unterstützen, wie z. B. Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren oder Nachbarschaftshilfen. Die vielfältigen Beispiele finden sich an vielen Stellen dieses Koalitionsvertrags und werden hier daher nur verkürzt dargestellt.

Kinder, Familien und Alleinerziehende

Wiesbaden weist die zweithöchste Kinderarmutsquote in Hessen auf, in manchen Vierteln ist jedes zweite Kind armutsgefährdet. Wir nehmen dies nicht hin und steuern entschlossen dagegen. Kein Kind darf wegen schwieriger Startbedingungen abgehängt werden. Wir haben es uns deshalb zum Ziel gesetzt, der Benachteiligung armer und armutsgefährdeter Kinder entgegenzuwirken. Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben und Familien bei Herausforderungen besser unterstützt werden.

Teilhabe und Beteiligung

Unser Ansatz besteht darin, Kinder und Jugendliche von Geburt an intensiv zu begleiten und zu fördern, sodass sie ein Leben in Selbstbestimmung führen können und wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen. Deshalb stärken wir bestehende Angebote in den Bereichen Freizeit, Bildung und Gesundheit und machen sie besser zugänglich. Zudem wollen wir die bereits bestehenden Hilfen wie Gebührenermäßigungen in Betreuungseinrichtungen, gebührenfreie Kitas in Härtefällen, kostenloses Schulmittagessen, freie Schulfahrkarten und die Familienkarte als

Angebote erhalten und verbessern. Niedrigschwellige Beratungsangebote, ein transparentes und leicht zu verstehendes Vermittlungsinstrument, das Familien alle Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigt, sind uns wichtig. Bildung und kulturelle Teilhabe sind entscheidend, um dem Kreislauf der Armut zu entkommen; daher soll beides schon in der Kita einen festen Platz haben.

Um Kinder und Eltern zu beteiligen, beziehen wir sie systematisch bei Entscheidungen ein, die sie betreffen, und stärken so ihre demokratischen Teilhagemöglichkeiten. Ihre Ideen sollen in die Planung von Spielplätzen, Bildungs- und Freizeitangeboten sowie städtischen Projekten einfließen. Kinderkonferenzen, digitale Beteiligungsformate und die projektbezogene Einbindung in Gremien tragen zu Mitsprache bei. Kooperationen mit Kitas, Schulen und KiEZe (KinderElternZentren) sorgen ebenso dafür, dass Vorschläge umgesetzt werden und sichtbare Wirkung entfalten. Auch das Kinderparlament in Kastel ist hierfür ein gutes Beispiel, das auch für andere Stadtteile „Schule machen“ könnte. Solche Beteiligungsformate befürworten wir.

KiEZe

Mit den KinderElternZentren (KiEZe) werden Familien direkt in ihren Stadtteilen gestärkt. Seit mehreren Jahren bieten die KiEZe in Wiesbaden Beratung, Bildung und Begegnung an. Sie dienen als niedrigschwellige Anlaufstellen in den Stadtteilen und bieten flexible Kinderbetreuung, Elterncafés und Erziehungsberatung aus einer Hand – besonders für Alleinerziehende und Familien in herausfordernden Lebenslagen ist das ein bedeutsames, präventives Angebot. Die KiEZe vernetzen Kitas, Sozialdienste und Stadtteilinitiativen und fördern so Gemeinschaft und Chancengerechtigkeit. Wir führen dieses Konzept fort und streben einen bedarfsgerechten Ausbau an.

Schülerticket

Das vergünstigte Schülerticket wollen wir erhalten. So können Kinder und Jugendliche aus Wiesbaden bis zu ihrem 18. Geburtstag den öffentlichen Nahverkehr in Wiesbaden und Mainz weiterhin zu einem vergünstigten Preis nutzen. Familien mit geringem Einkommen sollen dabei besonders entlastet werden und entsprechend etwas weniger zahlen müssen. So werden Familien gezielt in Zeiten von steigenden Lebenshaltungskosten unterstützt und zugleich allen Kindern und Jugendlichen ermöglicht, sich auch in ihrer Freizeit selbstständig und kostengünstig in der Stadt zu bewegen, um Sport-, Kultur- oder andere Freizeitangebote zu erreichen. Außerdem prüfen wir eine Ausweitung des vergünstigten Schülertickets auf Schülerinnen und Schüler über 18 Jahre sowie auf Auszubildende, sofern dies für die Stadt Wiesbaden finanziell darstellbar ist. Gleichzeitig setzen wir uns gegenüber dem Land Hessen dafür ein, die im Hessischen Schulgesetz geregelten Mindestentfernungen für die Kostenübernahme der Schulbeförderung abzuschaffen.

Spielplätze

Wir wollen, dass alle Familien attraktive Spielplätze fußläufig erreichen können. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für die ganze Familie wollen wir weitere Spielplätze mit Trinkwasser und Toiletten ausstatten sowie auf Schatten und eine ausreichende Anzahl an Sitzbänken achten. Wir wollen Wege und Spielgeräte auf öffentlichen Spielplätzen zudem so gestalten, dass alle Kinder gemeinsam spielen können. Deshalb ist es uns wichtig, dass die Zahl der barrierefreien Spielgeräte und inklusiven Spielplätze weiter ausgebaut wird.

Jugend, Azubis, Studierende

Wiesbaden ist eine Stadt, in der Kinder, Jugendliche sowie Auszubildende und Studierende sichere Orte, verlässliche Strukturen und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten vorfinden.

Stetes Ziel ist es, die Teilhabe zu stärken, Prävention auszubauen und jungen Menschen in Freizeit, Ausbildung und Studium ebenso wie in der Schule attraktive Perspektiven für ihre persönliche Entwicklung zu bieten.

Räume für Jugend

Kinder und Jugendliche sowie Auszubildende und Studierende brauchen in Wiesbaden verlässliche, sichere und konsumfreie Räume, in denen sie sich aufhalten, lernen und ihre Freizeit gestalten können.

Um diese gezielt zu schaffen und weiterzuentwickeln, wird die ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Plätze“ gestärkt. Sie sorgt dafür, dass Bedarfe frühzeitig erkannt, Orte systematisch entwickelt und Jugendliche verantwortungsvoll eingebunden werden.

Die bestehende Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit bildet dabei das Rückgrat. Jugendzentren und Stadtteilzentren werden bedarfsgerecht gesichert und modern weiterentwickelt. Verlässliche Öffnungszeiten, qualifiziertes Personal und eine zeitgemäße Ausstattung sind dabei ebenso entscheidend wie die Verbindung von analogen und digitalen Angeboten. Barrierefreiheit und flexible Nutzungsmöglichkeiten werden konsequent ausgebaut und vorhandene Landesmittel gezielt eingesetzt.

Der öffentliche Raum muss für junge Menschen sicher und attraktiv gestaltet sein. Dazu gehören ausreichend Sitzgelegenheiten, Trinkwasserangebote, saubere öffentliche Toiletten, Schattenbereiche sowie wohnortnahe Sport- und Freizeitmöglichkeiten. In der Wiesbadener Fußgängerzone wird die temporäre Nutzung von Leerständen als konsumfreie Jugendtreffpunkte geprüft und in einem Pilotprojekt umgesetzt. Gerade in den Abendstunden sollen so geschützte Aufenthaltsorte entstehen, die Orientierung und Sicherheit bieten. Bewährte Ansätze in der Innenstadt werden verstetigt und, wo sinnvoll, gebündelt.

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind wichtige Bausteine für Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb werden Räume für kreative Entfaltung gezielt erweitert, etwa durch Proberäume und niedrigschwellige Angebote für junge Kulturschaffende.

Jugendarbeit

Eine starke Präsenz vor Ort ist entscheidend. Die mobile Jugendarbeit werden wir bedarfsgerecht ausbauen, die Bezirkssozialarbeit verlässlich stärken.

Gleichzeitig wollen wir den Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Jugendzentren intensivieren. Diese übernehmen eine klare Lotsenfunktion und bieten Jugendlichen Orientierung und Unterstützung, und sie sind verlässliche Ansprechpartner in allen Lebenslagen – frühzeitig, niedrigschwellig und vertrauensvoll.

Prävention hat Vorrang vor Repression

Gewalt- und Drogenprävention werden dort verstärkt, wo sie wirksam sind: in Schulen, Vereinen, Jugendzentren und im digitalen Raum. Unser Ziel ist es, Risiken früh zu erkennen und gegenzusteuern. Repressive Maßnahmen bleiben notwendig, kommen aber nur dort zum Einsatz, wo präventive Ansätze nicht ausreichen.

Auch die Teilhabe muss für alle jungen Menschen gewährleistet sein. Kostenfreie und bezahlbare Freizeit- und Ferienangebote werden deshalb fortgeführt und gezielt ausgebaut – insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwächeren Familien.

Beteiligung wird verbindlich und wirksam ausgestaltet

Das Jugendparlament, der Stadtschülerrat/-innenrat und der Stadtjugendring werden gestärkt und enger in Entscheidungsprozesse eingebunden. Ergänzend werden digitale Beteiligungsformate ausgebaut, um eine breite Mitwirkung zu ermöglichen. Das Ziel ist es, dass Beteiligung konkrete Auswirkungen hat – von der Gestaltung öffentlicher Räume bis hin zu zentralen städtischen Vorhaben.

Mobilität

Moderne Mobilität ist Voraussetzung für Sicherheit und Teilhabe. Deshalb wird das Angebot für junge Menschen weiter verbessert, insbesondere durch den Ausbau von Anrufsammeltaxis. Für mehr Sicherheit im Nachtverkehr werden wir zudem ermöglichen, zu bestimmten Zeiten zwischen Haltestellen auszusteigen.

Ältere Menschen

Der demografische Wandel ist in Wiesbaden längst angekommen. Aktuell sind 20 Prozent der Menschen in Wiesbaden über 65 Jahre alt. Wir wollen die Bedarfe älterer Menschen in allen Lebensbereichen und im öffentlichen Raum stärker berücksichtigen und Wiesbaden systematisch altersgerecht gestalten. Dabei sind uns Selbstbestimmung und der Erhalt der Selbstständigkeit ein besonderes Anliegen. Wir treten für vielfältige Altersbilder ein und sehen in diesem Lebensabschnitt ein großes Potenzial für die Stadtgesellschaft.

Wir möchten ein städtisch unterstütztes Großeltern-Programm (sogenannte „Leih-Omas“) aufbauen, das ältere Menschen und Familien zusammenbringt, um Kinder zu begleiten, Eltern zu entlasten und den Austausch zwischen den Generationen zu fördern.

Die Akademie für Ältere erhält als Netzwerk von Bildungsträgern finanzielle Förderung zur Koordination und Entwicklung altersgerechter Bildungsangebote und generationsübergreifender Projekte.

Um die Teilhabe älterer Menschen in Zeiten schnellen technologischen Wandels zu verbessern, setzen wir auf praktische Trainings zum sicheren Umgang mit E-Bikes, zur Nutzung der RMV-App oder zum Verhalten in Bus und Bahn. Zudem fördern wir beispielsweise mit dem Zukunftswerk Wiesbaden gezielt die Medienkompetenz Älterer, um ihnen den Zugang zu digitalen Angeboten und Informationen zu erleichtern. Darüber hinaus werden wir auch weiterhin analoge Services anbieten, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Wir wollen, dass das Seniorenticket in Abstimmung mit den zuständigen Stellen so angepasst wird, dass eine Nutzung bereits ab 07:00 Uhr ermöglicht wird. Alle Haltestellen gestalten wir barrierearm.

Leben im Quartier wollen wir durch gemeinschaftliche und generationenübergreifende Programme, die sozialer Isolation entgegenwirken und nachbarschaftliche Verbindungen stärken und fördern. Seniorentreffs in den Stadtteilen sollen erhalten bleiben.

Nach dem Vorbild des „Bielefelder Modells“ verbinden Quartiershäuser barrierefreies Wohnen mit sozialer Infrastruktur – Begegnungsräumen, Beratung und Nachbarschaftshilfe. Sie fördern Zusammenhalt im Stadtteil und verhindern Einsamkeit. Dies stärkt generationenübergreifendes Miteinander, soziale Teilhabe und die Möglichkeit, auch im hohen Alter selbstbestimmt in vertrauter Umgebung zu leben. Wir wollen den bedarfsgerechten Ausbau der Quartiershäuser unterstützen und so neue Räume für Begegnung, Teilhabe und selbstbestimmtes Wohnen im Alter schaffen.

Wir unterstützen Angebote, bei denen geschulte Fachkräfte ältere Menschen regelmäßig zu Hause besuchen, Versorgungsbedarfe ermitteln und

Unterstützungsleistungen vor Ort auch jenseits klassischer Pflegebedürftigkeit koordinieren (z. B. Gemeindepflegekräfte, Beratungsstelle für selbstständiges Leben im Alter).

Wir wollen die nationale Demenzstrategie durch Unterstützungsangebote und Präventionsmaßnahmen wie soziale Teilhabe, Kommunikation, Bewegung und spezielle Mobilitätsdienste umsetzen.

Ältere Menschen sind immer wieder physischer oder psychischer Gewalt ausgesetzt. Da sie oft größere Hürden beim Zugang zu Hilfe haben und künftig häufiger von Armut betroffen sind, benötigen sie – besonders ältere Frauen – niedrigschwellige Schutzangebote.

Inklusion und Barrierefreiheit

Wiesbaden ist eine Stadt für alle. Teilhaben statt Ausgrenzen ist unser Leitbild, denn alle sollen ihr Leben möglichst selbstbestimmt gestalten können. Wir erstellen einen systematischen Aktionsplan Inklusion für Wiesbaden, der alle Lebensbereiche umfasst und messbare Ziele definiert. Partizipation von Menschen mit Behinderungen ist dabei zentral.

Zudem stärken wir die Beteiligung von Menschen mit Behinderung, indem wir sie mit ihrer Expertise über den Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit, Wiesbadener Behindertenorganisationen und den Expertenrat sowie entsprechende Interessengemeinschaften frühzeitig in Sozialraumplanung und städtische Bauprojekte einbeziehen.

Wir wollen Bus und Bahn barrierearm umsetzen, dazu bauen wir barrierefreie Haltestellen, Fahrzeuge und Tarife weiter aus. Ampelzeiten werden wir barrierefrei gestalten. Den barrierefreien Innenstadtplan und taktile Stadtmodelle behalten wir bei und bauen sie möglichst aus. Weitere Gebäude und öffentliche Wege werden barrierefrei gestaltet. Die „Stille Stunde“ für mehr Inklusion und Teilhabe behalten wir bei. Inklusive Kulturangebote bleiben bestehen, darüber hinaus motivieren wir privatwirtschaftliche Akteure wie Ärzte, Kultureinrichtungen oder Geschäfte, ihre Zugänge und Angebote barrierefrei zu gestalten.

Barrierefreie Verwaltung

Digitale Angebote der Stadt Wiesbaden und Veröffentlichungen müssen für alle Menschen zugänglich sein. Leichte Sprache, klare Strukturen und der Verzicht auf Abkürzungen sorgen für Transparenz, Verständlichkeit und echte Teilhabe. Unsere Stadtverwaltung soll Vorbild bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen werden, dazu etablieren wir inklusive Personalpolitik, gestalten Arbeitsplätze entsprechend und schaffen Unterstützungsstrukturen.

Soziale Teilhabe und Menschen in Notlagen

Wiesbaden soll eine Stadt sein, in der Menschen in Notlagen nicht im Stich gelassen werden und städtische Unterstützung dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.

Maßstab unserer Politik ist die Wirkung: Wir wollen Menschen frühzeitig stärken, damit sie ihren Alltag selbstbestimmt gestalten können, und folgen dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir vertrauen darauf, dass Menschen ihr Leben aktiv gestalten wollen, und sehen die Aufgabe der Stadt darin, dafür verlässliche Voraussetzungen zu schaffen.

Wir verhindern Armut und Notlagen frühzeitig durch integrierte kommunale Strategien und bedarfsgerechte Unterstützung. Dafür stellen wir personell gut ausgestattete Sozialarbeit für Krisenhilfe und präventive Unterstützung vor Ort bereit. Wir wollen eine ressortübergreifende Präventionsstrategie entwickeln, die alle Bereiche vernetzt, die Kinder und Familien berühren. Dabei prüfen wir, ob das Bildungs- und Teilhabepaket bei den Berechtigten ankommt und welche Leerstellen es gibt, etwa bei bedarfsorientierter Nachhilfe.

Alle Menschen sollen unabhängig vom Einkommen am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Wir wollen eine diskriminierungsfreie digitale Karte einführen, die nicht nur Sozialleistungen umfasst, sondern auch Ehrenamtskarte und Bibliotheksausweis. Das vereinfacht den Zugang zu städtischen Leistungen und reduziert Stigmatisierung.

Wir sichern Tafelstrukturen und Sozialkaufhäuser als Übergangshilfen, solange sie notwendig sind. Unser Ziel bleibt es, dass es Tafeln perspektivisch nicht mehr braucht.

Stadtteilzentren, Kinder-Eltern-Zentren und Quartiershäuser leisten mit Freizeit-, Bildungs-, Unterstützungs- und Teilhabeangeboten einen wesentlichen Beitrag für ein gutes Zusammenleben und gegen Einsamkeit. Wir setzen uns für ihren bedarfsgerechten Ausbau ein.

Wiesbaden fördert eine Vielzahl sozialer und ehrenamtlicher Projekte, aber häufig mit unterschiedlichen Zuständigkeiten, Fördertöpfen und Ansprechstellen. Das führt zu Doppelstrukturen, Mehraufwand und fehlender Transparenz. Wir richten deshalb eine zentrale Koordinierungsstelle ein, die das Förder- und Dienstleistungsmanagement sozialer Angebote bündelt, Anträge vereinfacht, Förderlinien zusammenführt und den Überblick für Träger, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger schafft. So wird aus parallelen Silos ein vernetztes System, das effizient, gerecht und nachvollziehbar arbeitet.

Wir wollen im ganzen Stadtgebiet unbürokratische Sozialberatung anbieten, die Menschen dabei hilft, ihre sozialen Ansprüche wahrzunehmen und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen zu erhalten. Wir bauen dabei auf bestehende Strukturen wie Ortsverwaltungen oder Stadtteilzentren auf.

Die Stadtverwaltung sollte dabei bereits vorhandene Daten von Antragstellenden, soweit rechtlich zulässig, besser nutzen und die Zusammenarbeit ihrer Behörden stärken, um Sozialleistungen einfacher und unbürokratischer zugänglich zu machen. Bereits bei der Antragstellung sollte eine umfassende Beratung über weitere mögliche Leistungsansprüche erfolgen. Wo Anspruchsvoraussetzungen durch bereits vorliegende Daten nachgewiesen sind, sollten Leistungen ohne erneute Nachweise oder doppelte Antragsverfahren bereitgestellt werden.

Träger

Das Soziale Netz der Landeshauptstadt Wiesbaden wäre ohne die hohe Zahl vielfältiger Träger nicht tragfähig. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unser Gemeinwesen und verdienen eine Stadt, die Verlässlichkeit und Planungssicherheit gewährleistet.

Wir werden die bestehende kommunale Förderlandschaft auf Überschneidungen und Doppelstrukturen überprüfen und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Nicht nur beim Wegfall von Aufgaben oder Aufträgen prüfen wir, welche anderen bzw. weiteren Aufgaben die Stadt an sie übertragen kann.

Den Trägern wollen wir zudem auf anderem Weg Sicherheit geben: Die Praxis rückwirkender Kürzungen bereits erbrachter Leistungen beenden wir, soweit dem keine rechtlichen Vorgaben entgegenstehen. Zudem streben wir an, Verträge mit Trägern binnen eines Monats nach Haushaltsgenehmigung zu unterzeichnen.

3.4 Gleichstellung sowie Sicherheit von Frauen und Mädchen fördern

Wir wollen Wiesbaden zu einer Stadt weiterentwickeln, in der Frauen und Mädchen sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Das bedeutet, Chancen zu eröffnen, Verantwortung zu stärken und sie dort zu unterstützen, wo sie Hilfe benötigen.

Unser Ziel ist eine Frauen- und Gleichstellungspolitik, die wirksam, verlässlich und praxisnah ist. Wir bauen auf den bestehenden Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen auf.

Die tägliche Arbeit freier Träger, Beratungsstellen, Vereine, Initiativen, Ehrenamtlicher sowie der kommunalen Fachstellen bildet das Fundament einer erfolgreichen Gleichstellungs- und Präventionspolitik. Die Zusammenarbeit mit ihnen wollen wir stärken. Politik muss dafür zuhören, verlässlich handeln und gemeinsam mit den Fachpersonen und aus der Praxis heraus Lösungen entwickeln.

Bewährte Angebote wollen wir stärken, sinnvoll miteinander vernetzen, regelmäßig anhand ihrer Wirksamkeit evaluieren und dort weiterentwickeln, wo neue Herausforderungen entstehen.

Neue Maßnahmen sollen vorhandene Strukturen ergänzen und keine Doppelstrukturen schaffen. Fördermöglichkeiten von Europäischer Union, Bund, Land sowie privaten Stiftungen wollen wir konsequent nutzen, um zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

Chancengerechtigkeit, berufliche Chancen und Teilhabe

Frauen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Stadt. Sie übernehmen Verantwortung in Familien, Unternehmen, Vereinen, sozialen Einrichtungen, Wissenschaft, Verwaltung und Politik. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Hürden, die gleiche Chancen erschweren.

Wir wollen Frauen in allen Lebensphasen unterstützen. Dazu gehören gute Bildungs- und Berufschancen, wirtschaftliche Eigenständigkeit, faire Entwicklungsmöglichkeiten, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflege und Ehrenamt sowie eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben.

Angebote müssen erreichbar, verständlich und niedrigschwellig sein.

Wir stärken die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen und wollen ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten weiter verbessern. Gründerinnen und Unternehmerinnen sollen auf ihrem Weg unterstützt und stärker sichtbar gemacht werden. Die Zusammenarbeit mit bestehenden Netzwerken, der Start-up-Szene sowie den Wirtschaftsakteuren in Wiesbaden soll hierfür weiter ausgebaut werden.

Mädchen und junge Frauen wollen wir frühzeitig für MINT-Berufe, Digitalisierung und Zukunftstechnologien begeistern. Wir fördern Schulprojekte und bauen den Girls'Day und Boys'Day weiter aus. Bestehende Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen, Unternehmen und weiteren Partnern sollen fortgeführt und weiterentwickelt werden. Bewährte Projekte, Mentoringprogramme sowie praxisnahe Angebote zur Berufsorientierung sollen dabei gezielt genutzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen Beruf, Familie, Pflege, Ehrenamt und kommunalpolitisches Engagement besser miteinander vereinbaren können. Flexible Arbeitszeitmodelle und Jobsharing in der Stadtverwaltung sowie den städtischen Gesellschaften wollen wir weiterentwickeln. Die besonderen Belange von Alleinerziehenden sowie pflegenden Angehörigen sollen bei kommunalen Beratungs- und Unterstützungsangeboten angemessen berücksichtigt werden.

Wir wollen gute Beispiele aus Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar machen und Unternehmen dabei unterstützen, innovative Maßnahmen zur Förderung von Frauen, insbesondere in Führungspositionen und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu entwickeln und öffentlich darzustellen.

Demokratie lebt vom Engagement vieler Menschen. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich Frauen in allen Lebensphasen aktiv in Politik und Ehrenamt einbringen können. Dazu gehören familienfreundliche Sitzungsstrukturen sowie die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflege, Ehrenamt und kommunalpolitischem Engagement.

Wir machen kommunalpolitisches Engagement insbesondere für junge Frauen sichtbarer und werben für eine Mitarbeit in Beiräten, Ortsbeiräten und kommunalen Gremien.

Wir setzen uns für eine stärkere Präsenz von Frauen in Führungspositionen und für mehr Transparenz bezüglich der Verteilung nach Geschlecht in städtischen Gremien und Beteiligungen ein.

Wir treten Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in allen Bereichen des kommunalen Handelns entgegen und berücksichtigen die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen.

Frauengesundheit

Gesundheit ist eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Frauen haben je nach Lebensphase unterschiedliche gesundheitliche Bedürfnisse. Diese wollen wir bei der Weiterentwicklung der kommunalen Gesundheitsangebote stärker berücksichtigen.

Wir setzen uns für einen niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitsinformationen, Prävention, Beratung und Versorgung ein. Dabei nehmen wir körperliche und psychische Gesundheit ebenso in den Blick wie Schwangerschaft, Geburt, Wechseljahre und gesundes Älterwerden.

Wir setzen uns für eine gute Versorgung rund um Schwangerschaft, Geburt und die Zeit danach ein und unterstützen bestehende Netzwerke, insbesondere im Bereich der Hebammenversorgung.

Geschlechtersensible Medizin gewinnt zunehmend an Bedeutung. Unterschiede bei Symptomen, Diagnosen und Behandlungen müssen stärker erforscht und berücksichtigt werden. Deshalb wollen wir den Austausch zwischen Gesundheitswesen, Wissenschaft und kommunalen Akteuren weiter fördern.

Frauengesundheit ist ein eigenständiger Bestandteil kommunaler Gesundheitsförderung. Prävention, Aufklärung und ein leichter Zugang zu Informationen stärken die Gesundheit und Lebensqualität vieler Frauen.

Wir wollen bestehende Informations-, Beratungs- und Präventionsangebote besser sichtbar machen, bedarfsgerecht weiterentwickeln und miteinander vernetzen. Dabei bauen wir auf vorhandene Strukturen auf und berücksichtigen die kommunalen Zuständigkeiten.

Gesundheitsbildung und Prävention sollen insbesondere Mädchen und junge Frauen frühzeitig erreichen. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit Schulen, Beratungsstellen, dem Gesundheitswesen sowie weiteren Partnern stärken, um bestehende Angebote besser bekannt zu machen und den Zugang zu Informationen zu erleichtern.

Wir unterstützen Maßnahmen, die den niedrighschwelligen Zugang zu Angeboten der Frauengesundheit verbessern. Hierzu gehört auch, gemeinsam mit Schulen, Schulträgern sowie weiteren Kooperationspartnern zu prüfen, wie bestehende Initiativen zur Bereitstellung von Menstruationsprodukten weiterentwickelt, besser kommuniziert und möglichst allen Schülerinnen zugänglich gemacht werden können.

Darüber hinaus wollen wir Kooperationen mit Unternehmen, Stiftungen, Wissenschaft und weiteren Partnern fördern, um innovative Projekte der Forschung und Gesundheitsförderung zu unterstützen und bestehende kommunale Angebote sinnvoll zu ergänzen.

Sicherheit von Frauen und Mädchen

Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt bleibt ein zentrales Anliegen unseres Handelns. Jede Frau muss sich darauf verlassen können, dass sie in Wiesbaden Schutz, Unterstützung und schnelle Hilfe erhält. Gewalt gegen Frauen und Mädchen darf keinen Platz in unserer Stadt haben.

Wir setzen die Istanbul-Konvention im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten weiterhin konsequent um und entwickeln die bestehenden Schutz-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen bedarfsgerecht weiter.

Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Fachberatungsstellen und spezialisierte Hilfsangebote bilden das Fundament des kommunalen Gewaltschutzes. Wir wollen diese bewährten Strukturen gemeinsam mit den freien Trägern stärken, ihre Vernetzung weiter verbessern und ihre Erfahrungen bei der Weiterentwicklung kommunaler Maßnahmen frühzeitig einbeziehen.

Wir entwickeln niedrigschwellige, barrierefreie und mehrsprachige Beratungs- und Unterstützungsangebote weiter. Wir fördern bestehende Sensibilisierungs- und Präventionskampagnen.

Wir sichern die Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung einschließlich der vertraulichen Spurensicherung und machen das Angebot stärker bekannt.

Prävention ist ein wesentlicher Bestandteil eines wirksamen Gewaltschutzes. Wir wollen bestehende Präventionsangebote stärken, Gewalt möglichst früh verhindern und den Zugang zu Hilfs-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten weiter erleichtern. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit von Stadt, freien Trägern, Polizei, Justiz, Gesundheitswesen sowie weiteren Partnern.

Wir stärken Präventionsangebote für Jungen und Männer sowie die Täterarbeit als Bestandteil eines wirksamen Gewaltschutzes.

Wir nehmen Gewalt in älteren Paarbeziehungen stärker in den Blick und verbessern die Zusammenarbeit zwischen Beratungsstellen, Pflege, Gesundheitswesen und Seniorenarbeit.

Die Umsetzung neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen, insbesondere des Gewalthilfegesetzes, wollen wir eng begleiten und die Erfahrungen der Wiesbadener Einrichtungen in die Weiterentwicklung des kommunalen Hilfesystems einbeziehen.

Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes, verlässliches und gut vernetztes Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder. Wir berücksichtigen Kinder als Mitbetroffene häuslicher Gewalt und stärken die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schulen, Kindertagesstätten und den Einrichtungen des Gewaltschutzes.

Wir unterstützen Fachveranstaltungen, Fortbildungen und den fachlichen Austausch, um neue Erkenntnisse frühzeitig in die kommunale Praxis zu übernehmen.

Prävention und sicherer öffentlicher Raum

Prävention kann Gewalt verhindern. Ein sicherer öffentlicher Raum ist ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität.

Deshalb wollen wir bestehende Kampagnen, Aktionstage und Informationsformate nutzen, um auf Gewalt gegen Frauen, Gleichstellung, Frauengesundheit und die Rechte von Frauen aufmerksam zu machen, Vorurteile abzubauen und Zivilcourage zu stärken.

Dabei setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit freien Trägern, Vereinen, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und weiteren Partnern.

Bewährte Präventions- und Schutzangebote wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Dazu gehören insbesondere die Kampagne „Luisa ist hier!“, das Informationsportal der Stadt „Wiesbaden-gewaltfrei.de“, das Heimwegtelefon sowie die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Programms „Schutzmann/ Schutzfrau vor Ort“. Ihre Bekanntheit soll weiter erhöht und die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, freien Trägern, Polizei, Schulen, Vereinen sowie weiteren Partnern weiter ausgebaut werden.

Wir wollen niedrigschwellige, barrierefreie und mehrsprachige Hilfs-, Beratungs- und Informationsangebote weiter stärken und ihren Zugang sowohl online als auch vor Ort verbessern. Ziel ist es, dass Betroffene schnell, unkompliziert und wohnortnah die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie bestehende Angebote für einen sicheren Heimweg – einschließlich möglicher Nachttaxi-Modelle oder anderer geeigneter Lösungen, wie etwa Zwischenhaltestellen – bedarfsgerecht weiterentwickelt werden können.

Wir wollen den öffentlichen Raum so gestalten, dass sich Frauen und Mädchen zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher bewegen können. Dazu gehören eine bedarfsgerechte Beleuchtung öffentlicher Wege und Plätze, die Identifizierung und Beseitigung von Angsträumen sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung kommunaler Sicherheits- und Präventionskonzepte.

Bestehende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum und auf dem Heimweg wollen wir regelmäßig evaluieren und gemeinsam mit den beteiligten Akteuren bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dabei sollen Wirksamkeit, Erreichbarkeit und die tatsächlichen Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt stehen.

Wir begleiten Aktionstage wie den Internationalen Frauentag, den Orange Day sowie weitere geeignete Formate, um Aufmerksamkeit für Gleichstellung, Gewaltprävention und Frauenrechte zu schaffen.

Wir fördern Veranstaltungen, Projekte und Kooperationen mit Schulen, Vereinen, Unternehmen, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie freien Trägern, die das Bewusstsein für Gleichstellung, Respekt und ein gewaltfreies Miteinander stärken.

Wir unterstützen Projekte, die Zivilcourage fördern, über Hilfsangebote informieren und bestehende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sichtbarer machen. Wir verbessern die Öffentlichkeitsarbeit und digitale Auffindbarkeit bestehender Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Wir stärken Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen gegen Alltagssexismus, Catcalling und andere Formen sexueller Belästigung.

Wir fördern Aufklärungsarbeit und niedrigschwellige Meldemöglichkeiten, damit Betroffene schnell Unterstützung erhalten.

Digitale Gewalt

Digitale Gewalt ist längst Teil der Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Deshalb muss Prävention auch den digitalen Raum umfassen.

Wir wollen bestehende Beratungs-, Präventions- und Opferschutzangebote deshalb gezielt auf digitale Gewalt ausrichten und ihre Vernetzung weiter stärken.

Hierzu zählen insbesondere Cyberstalking, digitale Erpressung, bildbasierte Gewalt, Doxxing, Hass und Bedrohungen im digitalen Raum sowie Cybergrooming. Betroffene sollen schnell, niedrigschwellig und kompetent Unterstützung erhalten.

Wir wollen die Aufklärungs- und Präventionsarbeit weiter ausbauen, die Medien- und Digitalkompetenz stärken und die Zusammenarbeit von Beratungsstellen, Schulen, Jugendhilfe, Polizei sowie weiteren Partnern weiter intensivieren. Gleichzeitig sollen bestehende Beratungsangebote dabei unterstützt werden, ihre IT-Sicherheitsmaßnahmen und ihre fachliche Kompetenz im Umgang mit digitaler Gewalt kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Unser Ziel ist es, insbesondere Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene und Senioren frühzeitig für die Gefahren digitaler Gewalt zu sensibilisieren, Betroffene wirksam zu schützen und die Melde- und Anzeigebereitschaft zu stärken. Dafür stärken wir unter anderem die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften.

Wir informieren über bestehende Hilfs- und Meldeangebote und machen sie leichter zugänglich. Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Fachberatungsstellen, Schulen, Jugendarbeit und weiteren Partnern.

Prostitution – Schutz, Beratung und Perspektiven

Menschen, die von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung oder Prostitution betroffen sind, brauchen Schutz, Beratung und eine realistische Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben.

Wiesbaden soll auch künftig Maßstäbe für eine wirksame kommunale Unterstützungs- und Ausstiegspolitik setzen. Dafür bauen wir auf den bestehenden Strukturen auf und entwickeln sie gemeinsam mit den Fachstellen weiter. Betroffene Personen sollen Zugang zu niedrigschwelligen Beratungs-, Gesundheits- und Ausstiegshilfen erhalten. Schutz, Aufklärung und konkrete Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben stehen dabei im Mittelpunkt.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Fachberatungsstellen, sozialen Trägern, Gesundheitswesen, Polizei und weiteren zuständigen Stellen weiter stärken, um Betroffene frühzeitig zu erreichen und bedarfsgerecht zu unterstützen.

Prävention und frühzeitige Hilfen sind wesentliche Bestandteile dieses Ansatzes. Wir unterstützen Informations- und Präventionsangebote, die Menschenhandel und sexueller Ausbeutung frühzeitig entgegenwirken. Bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen weiterentwickelt und besser miteinander vernetzt werden. Dabei sollen insbesondere Frauen in besonderen sozialen Notlagen frühzeitig Zugang zu passgenauen Hilfen erhalten.

Schnittstellen zu den Themen Wohnungslosigkeit, Gewaltschutz, Gesundheit und sozialer Teilhabe sollen im Rahmen der gesamtstädtischen Strategien eng berücksichtigt werden.

3.5 Beratung, Teilhabe und Schutz für LSBT*IQ-Personen stärken

Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sicher, selbstbestimmt und frei von Diskriminierung leben können.

Unser Ziel ist eine Stadt, die Chancen eröffnet, Sicherheit gibt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Wir setzen dabei auf Partnerschaft statt Doppelstrukturen, auf Wirksamkeit und auf konkrete Verbesserungen, die im Alltag der Menschen spürbar werden.

Schutz vor Diskriminierung und Gewalt

Queerfeindlicher Gewalt, Hasskriminalität und jeder Form der Diskriminierung treten wir entschieden entgegen. Unser Ziel ist ein respektvolles Miteinander und ein sicheres Lebensumfeld für alle Menschen in Wiesbaden.

Wir bauen auf den bestehenden Beratungs-, Unterstützungs- und Begegnungsangeboten auf. Das Queere Zentrum Wiesbaden, die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle, der Runde Tisch LSBT*IQ sowie Wiesbadens Vereine, weitere Fachberatungsstellen und Initiativen sind wichtige Partner der Stadt.

Ihre fachliche Expertise wollen wir frühzeitig in kommunale Entscheidungsprozesse einbeziehen. Bestehende Strukturen sollen gestärkt, sinnvoll miteinander vernetzt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Wir unterstützen Maßnahmen gegen queerfeindliche Gewalt und verbessern die Zusammenarbeit mit Polizei, Justiz und Präventionsrat.

Prävention und Sicherheit

Prävention ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Handelns.

Wir wollen bestehende Präventionsangebote weiterentwickeln, die Zusammenarbeit von Beratungsstellen, Polizei, Schulen, Jugendhilfe und weiteren Partnern stärken und niedrigschwellige, barrierefreie und mehrsprachige Beratungs- und Meldewege bekannter machen.

Eine Kampagne zur Erhöhung der Melde- und Anzeigebereitschaft bei queerfeindlicher Gewalt wollen wir initiieren und zusammen mit den Vereinen weiterentwickeln.

Wir streben an, die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle dauerhaft in die Arbeit des Präventionsrates einzubinden.

Unterschiedliche Lebenslagen berücksichtigen

Menschen haben unterschiedliche Lebensrealitäten. Deshalb wollen wir Angebote für queere Jugendliche ebenso wie für ältere LSBT*IQ-Personen schaffen und dort, wo sie bereits existieren, bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit dem Queeren Zentrum Wiesbaden und den bestehenden Vereinen der Community.

Sichtbarkeit, Erinnerungskultur und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wir unterstützen Projekte, Gedenk- und Aktionstage sowie Veranstaltungen, die Respekt, Akzeptanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen.

Dazu gehören insbesondere bestehende Formate wie der Christopher Street Day (CSD), der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) sowie weitere Veranstaltungen und Projekte, die alltägliche Sichtbarkeit im Stadtbild und in städtische Publikationen schaffen und den Dialog fördern.

Wir wollen die Erinnerung an die Verfolgung homosexueller und queerer Menschen wachhalten und eine lebendige Erinnerungskultur unterstützen. Sichtbarkeit trägt dazu bei, Vorurteile abzubauen, gegenseitigen Respekt zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Wir fördern Projekte, die Sichtbarkeit, Begegnung und gegenseitigen Respekt stärken. Auch dabei setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit dem Queeren Zentrum Wiesbaden, der LSBT*IQ-Koordinierungsstelle, den Vereinen und Initiativen sowie weiteren Partnern, die sich seit vielen Jahren für Vielfalt, Akzeptanz und den Schutz vor Diskriminierung engagieren.

3.6 Vielfalt als Stärke nutzen und Integration erleichtern

Eine Stadtgesellschaft, in der sich alle sicher, wertgeschätzt und willkommen fühlen, kann nur durch erfolgreiche Integration gelingen. Integration verstehen wir nicht als Belastung, sondern grundsätzlich als Bereicherung. Damit sie gelingen kann, bedarf es persönlichen Engagements, chancengebender Strukturen sowie der Akzeptanz in der Bevölkerung. Ein wichtiger Baustein hierfür ist für uns, dass Geflüchtete möglichst schnell in die Lage versetzt werden, ein selbstständiges Leben zu führen.

Vielfalt ist eine Stärke Wiesbadens und Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diskriminierung wirkt dem entgegen und muss konsequent bekämpft werden. Deshalb unterstützen wir Vereine und Initiativen der Antidiskriminierungsarbeit, fördern den Austausch zwischen bestehenden Organisationen sowie interreligiöse Begegnungen und ermutigen Religionsgemeinschaften, gemeinsame Projekte zu entwickeln.

Sprache und Arbeitsmarktzugang

Das beginnt natürlich bei der Sprache. Darum wollen wir sicherstellen, dass es für alle Zugewanderten – auch diejenigen aus dem EU-Raum – niederschwellige Sprachangebote und freiwillige Integrationsangebote gibt. Die Teilnahme muss auch für Menschen mit Betreuungspflichten möglich gemacht werden, damit hier kein Integrationshemmnis besonders für Frauen bestehen bleibt. Auch Arbeitgeber wollen wir für betriebliche Sprachkurse gewinnen. Eine digitale Lernplattform könnte ebenfalls einen erheblichen Beitrag leisten.

Darüber hinaus wollen wir die uns zur Verfügung stehenden Mittel zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs nutzen. Hier gehören für uns berufsqualifizierende Sprachförderung (z. B. unter Nutzung des Landesprogramms „BQS Plus“), niederschwellige Berufsvorbereitungskurse sowie die Unterstützung bei der Überwindung bürokratischer Hürden bei der Anerkennung von Qualifikationen. Auch zu Patenschaften zwischen Unternehmen und Geflüchteten wollen wir ermutigen.

Integrierte internationale Fachkräfte wollen wir mit Partnern wie der IHK und der Handwerkskammer in Wiesbaden halten. Zudem unterstützen wir die Vernetzung internationaler Fachkräfte, um ihr Ankommen in Wiesbaden zu erleichtern.

Integration jenseits des Arbeitsmarkts

Auch jenseits des Arbeitsmarkts bedarf es vieler Anstrengungen für eine gelungene Integration. Darum werden wir die Finanzierung bestehender bedarfsgerechter und wirksamer Integrationsprojekte sichern und die Sozialarbeit in diesem Bereich zielgenauer und wirksamer ausrichten.

Schon für Menschen ohne Migrationsgeschichte stellt die breite Streuung bei Verwaltungsleistungen oftmals eine große Herausforderung dar. Darum wollen wir prüfen, möglichst viele Verwaltungsleistungen dezentral z. B. in Ortsverwaltungen zu bündeln.

Zumindest soll es eine zentrale Anlaufstelle zur Orientierung geben, die zu anderen Stellen vermittelt, Beratung bietet und somit niederschwellige Teilhabe ermöglicht. Auch ein offenes Forum zum Austausch soll geboten werden. Insgesamt soll der Zugang zu Beratung und Begegnung vereinfacht werden. Der Einsatz eines mehrsprachigen Behördenwegweisers sowie von niedrigschwelligen digitalen Übersetzungstools kann neben den Sprach- und Kulturmittlern einen wesentlichen Beitrag leisten. Grundsätzlich soll die Stadt weiterhin Vielfalt und Mehrsprachigkeit stets mitdenken – auch im Bereich der Stadtentwicklung.

Auch abseits der Stadtverwaltung selbst sind wir auf weitere Angebote angewiesen. Beispiele sind weitere Möglichkeiten über das Bürgerkolleg, das Fördern kultursensibler mehrsprachiger Gesundheits- und Pflegeangebote sowie die Unterstützung von Vernetzung zwischen bestehenden Organisationen. Auch wollen wir Menschen mit Migrationsgeschichte unterstützen, einfacher ins Ehrenamt oder zur Vereinsmitarbeit zu kommen.

Unterbringung und Leben in Wiesbaden

Wir bekennen uns zur Wiesbadener Linie der dezentralen Unterbringung Geflüchteter. Wir streben weiterhin die Unterbringung in möglichst kleinen Einheiten mit möglichst ausgewogener Verteilung in Wiesbaden an – das gilt besonders für eventuell trotzdem benötigte größere Gemeinschaftsunterkünfte, deren Standards wir prüfen und gegebenenfalls anpassen. Wir werden auch Wohnheimkonzepte prüfen. Unabhängig von der Art der Unterbringung müssen die Kosten von Unterkünften für Geflüchtete in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Plätze stehen.

Ziel muss es weiterhin sein, dass alle möglichst schnell in eigene Wohnungen ziehen können. Wir investieren in benachteiligte Quartiere, um gemischte Wohnquartiere zu schaffen und Segregation zu vermeiden.

Die Koalition wird die praktische Anwendung der Bezahlkarte fortlaufend evaluieren, um den Verwaltungsaufwand weiter zu optimieren und sicherzustellen, dass die Teilhabe im Alltag sowie die Akzeptanz des Systems in der Stadtgesellschaft jederzeit gewahrt bleiben.

Einbürgerung

Die Einbürgerung ermöglicht die volle Teilhabe in Wiesbaden. Wer die hohen Anspruchsvoraussetzungen für das aufwändige Einbürgerungsverfahren erfüllt, soll bei der Antragstellung unterstützt werden. Der Einbürgerungsakt muss weiterhin würdig und wertschätzend gestaltet sein. Teil dessen muss sein, dass die Einbürgerungsfeiern im festlichen Rahmen fortgesetzt werden.

Migranten in Öffentlichkeit und Stadtverwaltung

Migranten sind Teil der Gesellschaft – dazu gehört auch eine öffentliche Wahrnehmbarkeit wie durch die Darstellung migrantischer Geschichte im Stadtmuseum. Des Weiteren wollen wir die Ortsbeiräte ermutigen, bei der Benennung von Straßen und Plätzen Personen mit Migrationsgeschichte zu berücksichtigen.

Die Stadtverwaltung soll weiterhin Sorge dafür tragen, dass Migranten genauso in der Verwaltung vertreten sind wie in der Gesellschaft – über gezielte Personalentwicklung, Schulungen zu Themen wie Vielfalt und transparente Einstellungs- und Beförderungsprozesse.

Wir wollen weiterhin einen Überblick über die Integrationsherausforderungen in unserer Stadt behalten. Darum entwickeln wir das Integrationsmonitoring weiter.

4. Politische Zusammenarbeit

Wiesbaden steht vor großen Herausforderungen, die wir gemeinsam angehen. Wir gestalten die Zukunft unserer Stadt in den Jahren 2026 bis 2031 als Koalition von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Volt.

Grundlage unserer Zusammenarbeit sind gegenseitiges Vertrauen, Verlässlichkeit und Respekt. Die vier Koalitionspartner tragen gemeinsam Verantwortung für die Umsetzung dieses Koalitionsvertrages. Die Koalitionspartner stimmen ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und im Magistrat sowie in den weiteren städtischen Gremien laufend und umfassend miteinander ab. Entscheidungen innerhalb der Koalition werden einstimmig getroffen. Die politische Willensbildung der Koalition erfolgt dabei in den Koalitionsgremien. Die Koalitionspartner stimmen in den städtischen Gremien ausnahmslos einheitlich ab.

Die Koalitionspartner streben eine konstruktive, auf gegenseitigem Respekt beruhende, vertrauensvolle und lösungsorientierte Zusammenarbeit mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister und allen Magistratsmitgliedern an.

Die Koalitionspartner bekennen sich zu einer nachhaltigen, verantwortungsvollen und generationengerechten Haushaltsführung. Maßnahmen und Initiativen, die zusätzliche finanzielle Aufwendungen, dauerhaften Personalbedarf oder Folgekosten verursachen, stehen grundsätzlich unter Finanzierungsvorbehalt und werden im Rahmen der Haushaltsberatungen entschieden.

Für die Ab- und Zuwahlen zum hauptamtlichen Magistrat haben die Koalitionspartner folgendes vereinbart:

Abgewählt werden die Dezernentin der Partei DIE LINKE und ein Dezernent bzw. eine Dezernentin der SPD. Es werden drei neue Dezernenten gewählt, für zwei Dezernate besitzt die CDU das Vorschlagsrecht, für eines die FDP. Die Bürgermeisterin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Dezernenten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Volt bleiben mit verändertem Aufgabenzuschnitt im Amt.

Im September 2028 wird die Bürgermeisterin Christiane Hinnerger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor Ende ihrer regulären Amtszeit als Bürgermeisterin vorzeitig in den Ruhestand treten und statt ihrer wird eine Person der CDU, die zuvor im September 2026 als Dezernent/in gewählt wurde, als Bürgermeister/in gewählt. Für die frei werdende Stadtratsstelle besitzt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vorschlagsrecht. Die Wahl der Person für dieses Dezernat findet in derselben Stadtverordnetenversammlung statt.

Im Januar 2029 wird für Volt eine Dezernentin/ein Dezernent für das Volt-Dezernat gewählt. Andreas Kowol, Dezernent von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geht im Januar 2029 vorzeitig in den Ruhestand und führt sein Amt nicht bis zum regulären Auslaufen seiner Amtszeit am 4. Mai 2029 fort. Für diese frei werdende Stadtratsstelle hat dann die CDU das Vorschlagsrecht. Beide Wahlen werden in derselben Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfinden.



Dezernat I	Dezernat II	Dezernat III	Dezernat IV	Dezernat V	Dezernat VI	Dezernat VII	Dezernat VIII
Dezernat des Oberbürgermeisters	Dezernat für Wirtschaft, Sport und Ordnung	Dezernat für Recht und Mobilität	Dezernat für Soziales und Gesundheit	Dezernat der Bürgermeisterin für Umwelt und Stadtentwicklung	Dezernat für Finanzen	Dezernat für Smart City, Digitales und Europa	Dezernat für Schule und Kultur
Oberbürgermeister Mende							
10 Hauptamt	23 Liegenschaftsamt & 050002 Stabsstelle Aktive Bodenpolitik	30 Rechtsamt	39 Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	36 Umweltamt	20 Kämmerei	12 Amt für Statistik und Stadtforschung	40 Schulamt
11 Personalamt	31 Amt für Stadtpolizei und Ordnung	66 Tiefbau- und Vermessungsamt & Straßenverkehrsbehörde (3405)	50 Sozialleistungs- und Jobcenter	61 Stadtplanungsamt	21 Kassen- und Steueramt	15 Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung	41 Kulturamt
14 Revisionsamt	33 Amt für Zuwanderung und Integration	050001 Stabsstelle Mobilitätskonzepte	51 Amt für Soziale Arbeit	63 Bauaufsicht	Referat für Fördermittelmanagement	34 Stadtamt	Geschäftsstelle des Kulturbetriebs
16 Amt der Stadtverordnetenversammlung	52 Sportamt	0501 Referat für Öffentliche Nahverkehrsorganisation	53 Gesundheitsamt	64 Hochbauamt	Referat für Europa	Referat Smart City	
37 Feuerwehr	Referat für Wirtschaft und Beschäftigung			67 Grünflächenamt (zukünftig mit Entsorgungsbetriebe Stadtservice)			
010010 Stabsstelle Antikorruptionsbeauftragte	Stabsstelle Citymanagement			020030 LSB/TIQ-Koordinierungsstelle			
010020 Stabsstelle Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte (HGIG)	Stabsstelle Hochschuleauftragteir			020040 Stabsstelle Kommunale Frauenbeauftragte			
010050 Stabsstelle mitWirken							
0102 Pressereferat							
0104 Büro des Magistrats							
0105 Bürgerreferat beim Oberbürgermeister							
AKK-Angelegenheiten	Spielbankangelegenheiten						Kulturbetrieb
US-Angelegenheiten	Ausländerbeirat						Stiftung Stadtmuseum
Seniorenbeirat							
Gestaltungs- und Denkmalbeirat							
81 Wasserversorgungsbetriebe	82 TrivitiCon			70 Entsorgungsbetriebe (zukünftig mit Grünflächenamt StadtService)			
86 mattiaqua							
ESWE Versorgungs AG	Wiesbaden Congress & Marketing GmbH	RMV GmbH	EGW Gesellschaft für ein Gesundes Wiesbaden	Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH		WIVERTIS GmbH	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
WVW Wiesbaden Holding GmbH	WVW Wiesbadener Jugendwerkstatt	ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	HSK Dr. Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	Bürgersolaranlagen GmbH		WITCOM GmbH	
Nassauische Sparkasse	EXINA GmbH	lvm GmbH	GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH	MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co. KG			
Sparkassenzweckverband	FrankfurtRheinMain GmbH - Marketing of the Region	VNV Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden	GWV Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH			
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG			AHW AlterHilfe Wiesbaden GmbH	EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH			
			WiBau GmbH	WiBau GmbH			
			MBA Wiesbaden GmbH	DBW Recycling GmbH & Co. KG			
				GWI Gewerbeimmobilien GmbH			